

Ingar Solty, Claude Serfati, Judith Dellheim

SICHERHEITSPOLITIK CONTRA SICHERHEIT

ZUR SYMBIOSE VON RÜSTUNG UND
INDUSTRIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

24

Sicherheitspolitik contra Sicherheit
Zur Symbiose von Rüstung und Industrie
in der Europäischen Union

Ingar Solty, Claude Serfati, Judith Dellheim

**SICHERHEITSPOLITIK
CONTRA SICHERHEIT**

ZUR SYMBIOSE VON RÜSTUNG UND
INDUSTRIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Gabriele Nintemann

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Januar 2020

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Ingar Solty	
Die Industriepolitik ist zurück! Gut. Aber welche genau?	7
Claude Serfati	
Frankreichs militärischer Machthebel und die «europäische Verteidigung»	16
Judith Dellheim	
Diskussionsangebot für die Analyse politischer Handlungsbedingungen und die daraus zu ziehenden praktischen Konsequenzen	89
Die Autor*innen	119

Ingar Solty

DIE INDUSTRIEPOLITIK IST ZURÜCK! GUT. ABER WELCHE GENAU?

Der Staat und die aktive Industriepolitik sind zurück. Das ist zunächst einmal gut so. Denn ohne sie und ohne einen viel stärkeren Staatsinterventionismus wird es nicht gelingen, die großen Krisen der Gegenwart – Ökonomie, Demokratie, sozialer Zusammenhalt, Ökologie und Klima – auch nur ansatzweise zu bearbeiten. Aber Industriepolitik ist nicht gleich Industriepolitik. Wird sie, worauf viele Zeichen hindeuten und wie in dieser Studie systematisch analysiert wird, mit Aufrüstung und Militarismus verknüpft, dann driftet sie in gefährliche Gewässer ab. Dies zu verhindern ist das Interesse der vorliegenden Broschüre, die in die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Industriepolitik interveniert und sich kritisch zur militärischen Schlagseite der neuen industriepolitischen Offensiven verhält.

Aber zunächst einmal gilt: Der Staat und die aktive Industriepolitik sind zurück. Das ist eine bemerkenswerte Veränderung im Jahr 13 nach Beginn der globalen Finanzkrise von 2007 ff. Jahrzehntelang dominierten neoliberale Orthodoxie und der fundamentalistische Glaube an die Innovationskraft der Märkte und der kapitalistischen Privatwirtschaft. Lange gehörten neoliberale Überzeugungen zum Alltagsverstand, zum Common Sense: War zum Beispiel nicht das Silicon Valley der beste Beleg dafür, wie innovativ die private Unternehmerinitiative ist? Hatte sich nicht gezeigt, dass solche Initiativen in einer globalisierten Wirtschaft gesellschaftlichen Wohlstand und Entwicklung schaffen, von dem am Ende alle profitieren? Ist der Staat hiergegen nicht ein ineffizientes, bürokratisches Monstrum? Ist nicht das Problem, dass dieser immer nur auf kurzfristige «populistische» Wahlversprechen setzt, um dann in eigentlich doch sich selbst regulierende und die Ressourcen optimal allozierende Märkte hineinzufunken und damit das Vertrauen der Märkte zu erschüttern? Und ist der Berliner Flughafen nicht ein eindruckliches Beispiel staatlicher Inkompetenz, insbesondere wenn man ihn mit der vierten industriellen Revolution vergleicht, die Steve Jobs ganz allein in einer Garage an der US-Westküste austüftelte? Bedarf es nicht

einer «marktkonformen Demokratie», wie das die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Zuge der Eurokrise genannt hat, und nicht «demokratiekonformer Märkte», wie der Schriftsteller Ingo Schulze dagegensetzte?

So in etwa klang lange der neoliberale Alltagsverstand. Inzwischen hat sich der Wind jedoch zu drehen begonnen. Die globale Finanzkrise von 2007 ff. hat den Glauben an die Märkte zutiefst erschüttert. Die unter VWL-Professor*innen an deutschen Universitäten vorherrschende neoliberale Orthodoxie hatte keine Antwort auf die Frage, woher diese Mutter aller Krisen eigentlich herrührte. Denn Krisen kommen in ihren mathematischen Modellen, die davon ausgehen, dass Märkte stets zum Gleichgewicht tendieren, ja gar nicht vor. Und auch wenn die südeuropäischen Länder nach 2010 mit dem Argument, sie hätten jahrelang «über ihre Verhältnisse gelebt», zu gigantischen Spar- und Kürzungsmaßnahmen mit erheblichen humanitären Konsequenzen gezwungen wurden, ließ sich anders als in der vorherigen Krise des Fordismus zwischen 1967 und 1979 die Mär von gierigen Gewerkschafter*innen, von zu viel Staatsinterventionismus oder zu freigiebiger linker Sozialpolitik als Krisenverursacher nicht lange aufrechterhalten. Im Gegenteil: Die seither die meiste Zeit regierenden konservativen und liberalen Parteien sowie aber auch Mitte-links-Regierungen hatten zwischen den 1980er und den 2000er Jahren den alten keynesianischen Wohlfahrtsstaat in einen neoliberalen Workfare-Staat umgebaut, hatten öffentliches Eigentum privatisiert und staatliche Interventionspolitik – wie etwa im sozialen und öffentlichen Wohnungsbau – massiv zurückgefahren. Sie hatten den Außenhandel mit Visionen eines grenzenlosen Kapitalismus und mit dem Verweis auf «komparative Kostenvorteile» bis zum Anschlag liberalisiert und auf vertiefte Weltmarktintegration gedrängt. Und sie hatten im Namen der «Wettbewerbsfähigkeit» die Finanz- und die Arbeitsmärkte dereguliert und damit immer mehr Lohnabhängige ungeschützt den Marktkräften und der Prekarisierung ausgesetzt.

Die Gewerkschaften waren dagegen durch die Fordismus-Krise, die Globalisierung als damalige Krisenlösung und die hier skizzierte Politik der Privatisierung und Deregulierung seit den 1980er Jahren in eine historische Krise und in die Defensive gedrängt worden. Es gelang ihnen im Westen immer weniger, Reallohnsteigerungen zu erwirken. Die Produktivitätsgewinne flossen ohnehin zunehmend zu den Kapitaleinkommen und die – im Namen der «Wettbewerbsfähigkeit» vollzogenen – Steuergeschenke für Kapital und Vermögensbesitzer*innen begünstigten die Kapitaleinkommensbezieher*innen noch zusätzlich. Die Kapitaleinkommen entwickelten sich, wie Thomas Piketty zeigt, im Kapitalismus zwangsläufig immer weiter zuungunsten der Arbeitseinkommen auseinander.¹ Die Lohnquote sank dramatisch. Die soziale Ungleichheit stieg auf immer neue historische Rekordstände an, mancherorts erreichte sie Dimensionen wie in den 1920er Jahren. Die Obszönität gigantischer

1 Piketty, Thomas: *Capital in the 21st Century*, Cambridge, MA u. a. 2017.

Milliardenvermögen in den Händen von Einzelpersonen – der Großteil davon Erben wie die Walton-Familie, die Gebrüder Koch oder die Mars-Konzern-Erben – wird immer stärker thematisiert.

Kurzum, was 2007 ff. passierte, war kein Staatsversagen und nicht das Ergebnis sozialistischer oder sozialdemokratischer Politik, sondern das Ergebnis des liberalen Marktfundamentalismus und seines ideologischen Kollapses. Ein Kollaps, der sich auch im Bewusstsein der Bevölkerung niedergeschlagen hat, sogar in Deutschland, das durch die massive Kapitalflucht aus Südeuropa von der Eurokrise noch profitiert hat. So ergab eine Forsa-Umfrage vom Oktober 2019 große Mehrheiten für eine post-neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, 87 Prozent der Befragten stimmten etwa der Aussage zu: «Die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland wird zunehmend zu einem Problem für den sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung.» 78 Prozent Zustimmung erfuhr der Satz: «Die Privatisierung öffentlicher Leistungen in Deutschland ist zu weit gegangen.» 81 Prozent stimmten der Aussage zu: «Das Risiko für Menschen, heutzutage in Deutschland sozial abzustiegen, ist im Vergleich zu früheren Generationen (sehr) viel größer.» Und 80 Prozent der Befragten stimmten dem Satz zu: «Die Regierung sollte Menschen stärker schützen, wenn ihnen infolge der Digitalisierung oder Globalisierung in größerem Umfang ein Verlust des Arbeitsplatzes droht», während ganze 87 Prozent sich für mehr Geld vom Staat für Klimaschutz, moderne Schulen und Universitäten sowie eine bessere Ausstattung der Deutschen Bahn aussprachen.²

Der geschwächte Glaube an die Selbstregulierung des Marktes ist dabei verknüpft mit einer Infragestellung der These von der besonderen Effizienz und Innovationskraft des Marktes. Hierfür war nicht zuletzt der Bestseller «The Entrepreneurial State» der kritischen Wirtschaftswissenschaftlerin Mariana Mazzucato verantwortlich,³ für den sie 2015 von der Friedrich-Ebert-Stiftung den Matthöfer-Preis verliehen bekam. In ihrem Buch zeigt Mazzucato, die zur politökonomischen Beraterin der Labour-Schattenregierung von Jeremy Corbyn wurde, dass Digitalisierung und Hochtechnologie nicht das Ergebnis von kapitalistischer Konkurrenz und mutmaßlich dynamischen Märkten sind, sondern größtenteils das Ergebnis einer starken staatlichen Innovationspolitik. So entstammen etwa alle Innovationen, die ein iPhone des Apple-Konzerns auszeichnen, öffentlicher Forschung. Tatsächlich sollte dies nicht verwundern, weil ohnehin ein Großteil der Forschung und Entwicklung in Sachen Zukunftstechnologien aufs Engste mit dem Staat und insbesondere mit dem Militär verknüpft ist und *dual use* – also militärischer wie ziviler Nutzen von neuen Techno-

2 Dieckmann, Florian: „Deutsche wollen mehr Staat“, in: Der Spiegel (Online), 30.10.2019, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutsche-wollen-mehr-staat-statt-allzu-freien-markt-a-1293966.html.

3 Mazzucato, Mariana: *The Entrepreneurial State*, London u. a. 2013.

logien – im Zentrum steht.⁴ Technologie ist also niemals neutral, sondern sie dient Zwecken: Im Kapitalismus sind das die des Staates und seiner Militärmacht oder, wie das Beispiel «Industrie 4.0» und das «Internet der Dinge» zeigen, die Rationalisierungsbestrebungen privatkapitalistischer Unternehmen, die selbst wiederum dem Profitmaximierungsprinzip unterworfen sind. Dabei ist immer klarer zutage getreten, dass das vermeintliche Staatsversagen – etwa beim Berliner Flughafen – das Ergebnis von Marktversagen und der Aushöhlung des Staates durch private Subunternehmer und öffentlich-private Partnerschaften ist, die zwar im Auftrag des Staates, aber ohne große Staatskontrolle agieren.

Die Krise von 2007 ff. endete zunächst mit einem nochmaligen Triumph des Neoliberalismus. Zwar hatten die Staaten immerhin die Fehler neoliberaler Orthodoxie vermieden und anders als in den 1930er Jahren parallel zum Rückgang privatwirtschaftlicher Investitionen nicht auch noch die öffentlichen Ausgaben weiter zurückgefahren. Damals hatten entsprechende Versäumnisse vonseiten des Staates eine desaströse Deflationsspirale, einen nie zuvor dagewesenen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, den Aufschwung nicht nur der revolutionären Arbeiterbewegung, sondern auch des Faschismus und der extremen Rechten und am Ende einen Weltkrieg mit 70 bis 85 Millionen Toten zur Folge. Den Fehler einer solchen Austeritätspolitik vermieden die G20-Staaten zunächst und verständigten sich auf umfangreiche keynesianische Konjunkturprogramme. Manche Reformer*innen – wie der linke Flügel der Obama-Regierung rund um Christina Romer, Chefin des Council of Economic Advisers – setzten darauf, in die Forschung und Entwicklung von grünen Zukunftstechnologien wie Hochgeschwindigkeitszüge, Windkraft- und Photovoltaikanlagen zu investieren. Sie unterlagen letztlich den neoliberalen Hardliner*innen. Die kurze keynesianische Phase endete schon im Frühjahr 2010, als die Staaten des Westens auf dem G20-Gipfel in Toronto den Übergang zur Austeritätspolitik vollzogen.⁵ Ab sofort sollten die Staatsausgaben zurückgefahren werden. Investitionspolitik im größeren Stil war ein Tabu, stattdessen regierte nun das Prinzip des ausgeglichenen Staatshaushalts sowie der Unternehmenssteuersenkungen, Sozialkürzungen und Arbeitsmarktderegulierungen im Namen der Wettbewerbsfähigkeit. In Deutschland und in anderen Staaten erhob man mit der «Schuldenbremse», *balanced budget amendments* usw. die Austeritätspolitik in den Verfassungsrang.⁶ Auch europaweit geschah dies im Europäischen Stabilitätspakt («Fiskalpakt»), dessen Wirksamkeit sich schon zeigte,

4 Vgl. z. B. Cox, Robert W.: *Production and Security*, in: ders. (Hrsg.): *Approaches to World Order*, Cambridge, MA u. a. 2001, S. 276–295.

5 Vgl. zum Beispiel der USA Solty, Ingar: *Die USA unter Obama: Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise*, Hamburg 2013, S. 15–71.

6 Vgl. zum Staatsprojekt ausgeglichener Staatshaushalt weiterführend Stütze, Ingo: *Austerität als politisches Projekt: Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise*, Münster 2014. Zum antidemokratischen Wesen der Austeritätspolitik vgl. z. B. Solty, Ingar: *Is the Global Crisis Ending the Marriage between Capitalism and Liberal Democracy?*, in: Lakitsch, Maximilian (Hrsg.): *Political Power Reconsidered: State Power and Civic Activism between Legitimacy and Violence*, Peace Report 2013, Berlin u. a. 2014, S. 161–204.

als die italienische Regierung der Fünf-Sterne-Bewegung und der Lega öffentliche Investitionen über Neuverschuldung finanzieren wollte oder sich der französische Präsident Emmanuel Macron durch die massiven Proteste der Gelbwestenbewegung gezwungen sah, die aufgebrachtten Volksmassen auf der Straße mit sozialpolitischen Zugeständnissen wieder ruhigzustellen. All das war nach den Regeln der neuen europäischen Wirtschaftsregierung faktisch illegal. Es schien, die aktive Industriepolitik des Staates sei am Ende.

Aber weniger als ein Jahrzehnt nach der austeritätspolitischen Wende bröckelt die Austeritätspolitik trotzdem und es zeigen sich im Zuge des Wirtschaftskriegs zwischen den USA und China immer tiefere Risse in den herrschenden Klassen des «Westens». Dies hängt nicht zuletzt mit der verschärften geökonomischen Rivalität zusammen. China hat sich in den letzten vier Jahrzehnten von der verlängerten Werkbank der Welt, die mit niedrigen Löhnen, geopolitischer Bedeutung im Kalten Krieg und politischer Stabilität das internationale Kapital und transnationale Konzerne anlockte, mittlerweile zum Rivalen vor allem im Hochtechnologiesektor entwickelt.⁷ Die globale (Vor-)Herrschaft der USA und des «Westens» ist in Gefahr, denn China fordert die US- und westlich dominierte Weltwirtschaftsordnung und ihre einseitigen Spielregeln heraus, schickt sich an, sich aus der untergeordneten Rolle in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zu lösen. Der Aufstieg Chinas war möglich, weil der chinesische Staat die Mittel zur Kontrolle seines Finanzsystems und seiner Zinspolitik nicht aus der Hand gegeben hat und in einem hohen Maße die gesellschaftliche Entwicklung (in Fünfjahresplänen) plant und lenkt und dabei – trotz Bürokratie – ein hohes Maß an Effizienz aufweist. Chinas Staatsbetriebe und *national champions* haben sich bei den wichtigsten Zukunftstechnologien wie der E-Mobilität und der 5. Generation des Mobilfunks, von der wiederum künstliche Intelligenz, Cloud & Big Data oder die «Smart City» abhängig sind, als ebenbürtig und teilweise – im Hinblick etwa auf Solartechnologien – schon als überlegen erwiesen. Einer der Schwachstellen ist, dass China über keine eigene Mikrochipproduktion verfügt und auf die teuren Importe aus dem Westen angewiesen ist. Das macht China verwundbar – und es ist diese Verwundbarkeit, die von den USA unter Trump als Faustpfand in die Waagschale geworfen wird, wie dies der Huawei-Streit zeigt.

China hat nun also längst die Mythen und die Legende der (Neo-)Liberalen Lügen gestraft, wonach der sogenannte freie Markt und der liberale Parlamentarismus die besten Voraussetzungen für gesellschaftlichen Wohlstand sind. Längst grassiert im Westen selbst unter den alten Ideologen des Liberalismus wie Francis Fukuyama

7 Schmalz, Stefan: Machtverschiebungen im Weltsystem: Der Aufstieg Chinas und die große Krise, Frankfurt/New York 2018.

oder Thomas L. Friedman ein tiefer Pessimismus.⁸ Weltweit ist seit der globalen Finanzkrise, der Eurokrise und dem Aufstieg von Donald Trump zum US-Präsidenten der Glaube daran brüchig geworden, dass die neoliberale Blaupause des Westens, der «Washington Consensus», noch die beste Entwicklung verspricht.⁹ Mit dem fortgesetzten chinesischen Staatsinterventionismus spitzt sich allerdings auch die Konkurrenz zwischen China und den USA sowie der Europäischen Union zu, wobei Letztere im Kampf um künstliche Intelligenz und neue Technologien längst schon ins Hintertreffen geraten ist. Der chinesische Staatsinterventionismus hat sich gegenüber der Austeritätspolitik als überlegen erwiesen. Die Autoindustrie in Deutschland etwa preiste lieber Strafzahlungen im Rahmen des «Dieselskandals» ein, als alternative, emissionsärmere Produktionen (wie das Dreiliterauto) zu forcieren. Es war billiger, zu lügen und erwischt zu werden, als Alternativen zu entwickeln und zu vermarkten.

Der Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes ist jedoch nicht ganz verschwunden. Er ist mancherorts immer noch stark – besonders in Deutschland, auf dessen Hinwirken die Austeritätspolitik im Euroraum nicht zuletzt zurückzuführen ist. So haben in Deutschland nun sogar Bündnis 90/Die Grünen unter der neuen Doppel-Realo-Führung von Annalena Baerbock und Robert Habeck den Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm beschritten, das «Technologieoptimismus» anpreist, das aber vor allem Ausdruck von Opportunismus gegenüber Großkonzernen, Marktgläubigkeit und Offenheit für entsprechende Bündnisse mit der CDU/CSU und der FDP ist.¹⁰ Und dennoch haben die zunehmenden Rivalitäten im internationalen System dazu geführt, dass sich auch in Deutschland immer mehr Risse im ideologischen Gebälk der Herrschenden zeigen: Mittlerweile wird nicht mehr nur in Südeuropa die Austeritätspolitik infrage gestellt, sondern auch hierzulande mehren sich die Stimmen, die eine Abkehr von der Austeritätspolitik und einen Übergang zu einer neuen aktiven Industriepolitik mit hohen öffentlichen Investitionen fordern.

Man sieht dies im Kontext der Parteivorsitzenden-Urwahl in der SPD, die stark vom Streit über die «schwarze Null» geprägt war, die SPD-Finanzminister Olaf Scholz noch beinhart verteidigte, seine Herausforderer Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans jedoch infrage stellten. Auch im sozialdemokratischen Umfeld wird nun –

8 Das letzte Kapitel von Thomas L. Friedmans Krisenbuch ist mit dem unverhohlenen Wunsch «To Be China for One Day» überschrieben, während Francis Fukuyama auf dem Höhepunkt der Krise in der *Financial Times* einen Artikel mit der Überschrift «U.S. democracy has little to teach China» veröffentlichte und mittlerweile die Rückkehr des Sozialismus nicht nur für unausweichlich, sondern sogar für wünschenswert hält. Nicht unähnlich ist die Entwicklung von Jeffrey D. Sachs, der einst nach dem Ende des Kalten Krieges als Ökonom die Schockprivatisierungen in Osteuropa orchestrierte und ideologisch flankierte und mittlerweile zu einem linken Sozialdemokraten geworden ist.

9 Vgl. z. B. das vom Council on Foreign Relations herausgegebene Buch Kurlantzick, Joshua: *Democracy in Retreat: The Revolt of the Middle Class and the Worldwide Decline of Representative Government*, Ithaca, NY 2013.

10 Vgl. Habeck, Robert/Baerbock, Annalena: Der Markt soll es richten, Interview in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.3.2019, unter: www.faz.net/aktuell/politik/inland/interview-mit-baerbock-und-habeck-der-markt-soll-es-richten-16104619.html.

teilweise unter Verweis auf die «Modern Monetary Theory» – die Forderung erhoben, dass die historischen Niedrigzinsen der Europäischen Zentralbank, Bundesbank und Federal Reserve für eine massive Ausweitung der staatlichen Investitionen und für eine viel aktivere Industriepolitik genutzt werden sollten – als Investitionen in die Zukunft, als Schaffung der Voraussetzungen für eine sozialökologische Transformation.¹¹ Die LINKE als Ganze ist da schon viel weiter und fordert seit Beginn der Krise eine solche sozialökologische Transformation. Sie hat diese Forderung nun auch mit Bezugnahme auf die angloamerikanischen Debatten über den «Green New Deal» (so wie sie von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez angestoßen worden sind) bekräftigt. Ja, selbst innerhalb der Regierung zeigen sich Risse, wenn der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) im Namen der Innovation und im Rahmen seiner im Februar 2019 vorgestellten «Nationalen Industriestrategie 2030» auf eine aktive Industriepolitik setzt.¹² Und selbst bei den Grünen ist das Festhalten an der «schwarzen Null» mittlerweile nicht mehr unumstritten, wagen sich Einzelpersonen und Finanzpolitiker*innen der grünen Bundestagsfraktion vor und stellen die «Heilige Kuh» der Austeritätspolitik zur Disposition.¹³ Mittlerweile ist die Stimmung in einer Weise gekippt, dass auch der «Sachverständigenrat», die sogenannten fünf Wirtschaftsweisen, der Bundesregierung in ihrem jüngsten Bericht eine Infragestellung der «schwarzen Null» nahegelegt haben.¹⁴

Kurzum, der Staat und die Industriepolitik sind zurück. Aber welche eigentlich? Und zu welchem Zweck? Und wer sind die treibenden Akteure? Denn tatsächlich findet die Renaissance der Industriepolitik unter sehr besonderen Vorzeichen statt. Die Frage ist darum: Dient die Industriepolitik eigentlich gesellschaftlichen Bedürfnissen und Erfordernissen der natürlichen Umwelt, ist sie Teil einer großen Gesellschaftsreform zur Bearbeitung der sozialen Frage, der Demokratiekrise und der Klimakrise oder ist sie lediglich ein Mittel zum Zweck in der Zuspitzung der geopolitischen Rivalität mit China? Ist sie ein reines Mittel der konjunkturpolitischen Stabilisierung? Denn dann droht die Industriepolitik tatsächlich zum kritischen Ausgangspunkt der staatlichen Innovationen zurückzukehren: dem engen Zusammenhang zwischen Innovations- und Industriepolitik und militärischer Aufrüstung.

Denn so wie schon beim Rüstungsk Keynesianismus das Militär als Zentralinstanz der aggregierten Nachfrage diente, weil es nun einmal einfacher ist, die Nachfrage

11 Vgl. z. B. Meyer, Henning: Digitale 360-Grad-Ökonomie, in: Süddeutsche Zeitung, 18.11.2018, unter: www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-digitale-360-grad-oekonomie-1.4216078.

12 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Altmaier stellt Nationale Industriestrategie 2030 vor, 5.2.2019, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190205-altmaier-stellt-nationale-industriestrategie-2030-vor.html.

13 Vgl. Bayaz, Danyal/Hajduk, Anja: Investitionen sind wichtiger als das Symbol „schwarze Null“, 6.6.2019, unter: www.gruene.de/artikel/investitionen-sind-wichtiger-als-das-symbol-schwarze-null.

14 Vgl. Löhr, Julia/Schäfers, Manfred: Wirtschaftsweisen stellen Schwarze Null in Frage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.11.2019, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/wirtschaftsweisen-stellen-schwarze-null-in-frage-16469735.html.

nach milliardenschweren Rüstungsgütern durch den Staat selbst und legitimierende sicherheitspolitische Diskurse für die Öffentlichkeit zu fabrizieren als die Menschen einzeln dazu zu bringen, ein neues Auto und noch einen Flachbildschirm oder Ähnliches zu kaufen, so haben die Diskussionen und die praktischen Initiativen der herrschenden Politik eine starke militärische, ja militaristische Schlagseite. Aber auch die Vorschläge, die von manchen SPD-Vordenkern geäußert werden, laufen letztlich bloß auf die Wiederauflage der «Deutschland AG» hinaus, die sich in der globalen Konkurrenz behaupten soll und die dann hauptsächlich gegen China gerichtet wäre.¹⁵

Die starke militärische Schlagseite der Industriepolitik gilt innerhalb der Europäischen Union insbesondere für Frankreich, das vor dem Hintergrund seiner historischen etatistischen Tradition wie kein anderes Land jenseits der USA seine wirtschaftliche und politisch-militärische Macht verkoppelt und im Zuge der veränderten internationalen Kräfteverhältnisse und zugespitzten Rivalitäten eine immense Aufwertung des Militärischen vorgenommen hat. Auch in Deutschland gibt es diese binnenwirtschaftliche Ausrichtung. Zugleich gilt sie auch und gerade für die Europäische Union, wo die Aufrüstungsmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) als industriepolitische Maßnahme begründet werden.¹⁶ Dies hat zweifellos auch damit zu tun, dass solche Rüstungskonzernförderungen ansonsten gegen die eigenen EU-Vertragswerke verstoßen würden, weshalb man sie – wie es die europäische Linke versucht – vor Gerichten anfechten könnte. Diese Subventionsmaßnahme zugunsten der deutschen und französischen Rüstungskonzerne ist aber zugleich ein Ausdruck davon, dass die Konfrontation mit China gesucht wird – wirtschaftlich, aber eben auch militärisch, wozu dann auch die Strukturen zählen, die mit der «Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit» (PESCO) geschaffen worden sind. Diese wiederum werden ideologisch von der Debatte zur «strategischen Autonomie Europas» flankiert, so wie sie auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 losgetreten wurde.

Die vorliegende Broschüre interveniert also in die gegenwärtigen Auseinandersetzungen, beschreibt im Detail die wachsende militärische Dimension der Industriepolitik in Europa, vor allem in Frankreich (vgl. hierzu Claude Serfatis Beitrag), und problematisiert dabei zugleich die Industriepolitik im Kapitalismus ganz allgemein, um sie dann, Claude Serfatis Beitrag flankierend, auf die lang zurückreichende militärische Integration Europas zu beziehen (vgl. hierzu Judith Dellheims Beitrag).

Diese Broschüre will verdeutlichen: Ja, wir brauchen unbedingt eine viel aktivere Industriepolitik jenseits der marktgetriebenen Gesellschaftsentwicklung, die gescheitert ist. Eine aktive Industriepolitik mit dem Ziel einer sozial gerechten Industriekonversion ist eine Mindestvoraussetzung, wenn es gelingen soll, die drohende Kli-

15 Vgl. z. B. Heisterhagen, Nils: Die Leerstelle des Fortschritts, in: Cicero, 27.5.2019, unter: www.cicero.de/innenpolitik/spd-sozialdemokratie-gruene-linke.

16 Wagner, Jürgen/Haydt, Claudia: Die Militarisierung der EU: Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht, Berlin 2018.

makatastrophe, so wie sie uns vom «Weltklimarat» prognostiziert worden ist, noch zu verhindern. Auch ist die aktive Industriepolitik als Teil einer sozialökologischen Transformation eine Mindestvoraussetzung, wenn es gelingen soll, die Krise der sozialen Frage und der Demokratie in Deutschland, Europa und darüber hinaus zu überwinden.¹⁷ Kurzum, es braucht eine umfassende wirtschaftspolitische Kurskorrektur, in der eine aktive Industriepolitik eine zentrale Rolle spielt. Eine Industriepolitik aber, die stattdessen in der in dieser Broschüre beschriebenen Form nicht dem sozialökologischen Umbau, sondern dem Zweck der Zuspitzung von internationalen Rivalitäten dienen soll, ist nicht nur hochgefährlich, sondern eine falsche politische Orientierung in einer richtigen Debatte.

17 Zum Verhältnis von Kapitalismuskrisis und Demokratiefrage vgl. Gill, Stephen/Solty, Ingar: Die organischen Krisen des Kapitalismus und die Demokratiefrage, in: Juridikum 1/2013, S. 51–65.

Claude Serfati

FRANKREICHS MILITÄRISCHER MACHTHEBEL UND DIE «EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG»

Einleitung

Die vorliegende Studie analysiert die Rolle des Militärs in Frankreich sowie die jahrzehntelangen Bemühungen des Landes um eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik. Als Ausgangspunkt der Analyse dienen vier Hypothesen:

Erstens: Frankreich ist im Vergleich zu anderen westlichen Staaten durch zwei Besonderheiten geprägt. Zum einen durch die zentrale Rolle der staatlichen Institutionen in den sozialen und ökonomischen Verhältnissen, zum anderen durch die Zentralität des Militärs bei der Staatsgründung und -konsolidierung.

Zweitens: Der globale Raum – der leider allzu oft vage als Globalisierung bezeichnet wird – ist durch die Verstrickung der Dynamik von Kapitalakkumulation und dem internationalen Staatensystem gekennzeichnet. Die konkreten Modalitäten des Verhältnisses zwischen beiden verändern sich mit der Zeit und entsprechen bestimmten historischen Entwicklungen. Das Ende des vergangenen Jahrzehnts markiert eine neue historische Konstellation, die die Folge tief greifender wirtschaftlicher und geopolitischer Veränderungen ist. Ein Merkmal dieses «2008er-Moments»,¹ der in diesem Aufsatz analysiert wird, ist, dass die wirtschaftliche und geopolitische Konkurrenz im globalen Raum nicht nur zwischen den geopolitischen Rivalen (USA, Russland und China), sondern auch zwischen den westlichen Staaten viel stärker ineinandergriffen. Dabei machten die mächtigeren Staaten im Kontext ihrer jeweiligen ökonomischen Konflikte ihre politisch-militärische Stärke direkt und indirekt geltend.

Drittens: Der internationale Status eines Landes – das heißt seine Position im globalen Raum – wird sowohl durch wirtschaftliche als auch durch politisch-militärische Macht bestimmt. Neben den USA ist Frankreich das Land, dessen internationale

1 Serfati, Claude: *Le militaire, une histoire française*, Paris 2017.

Stellung am stärksten durch die Verbindung von wirtschaftlicher und politisch-militärischer Macht bestimmt wird, wenngleich die beiden Länder in unterschiedlichen Ligen spielen. Die seit den frühen 2000er Jahren zu beobachtende Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Geopolitik markiert eine Zeitenwende, die in Frankreich in einer erheblichen Aufwertung des Militärs Ausdruck findet. Letzteres schlägt sich in verschiedener Hinsicht nieder: die Zunahme militärischer Auslandseinsätze, eine deutliche Erhöhung der Militärausgaben, die erfolgreiche Exportvermarktung von «kampferprobten» Waffen sowie der Ausbau des inländischen Sicherheitsapparats, was zu einer immer unschärfer werdenden Abgrenzung zwischen Verteidigung und Sicherheit führt. Kurz gesagt, Frankreich nutzt seine militärische Stärke als «Wettbewerbsvorteil», um den Verlust seiner «wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit» auszugleichen. Das wachsende Ungleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland hinsichtlich ihrer Wirtschaftsleistung hat die Rolle Frankreichs in der politischen Führung der EU geschwächt. Das Engagement für eine gemeinsame Verteidigungspolitik der EU spiegelt sich in Frankreichs Bemühungen wider, seine Überlegenheit im militärischen Bereich dazu zu nutzen, weiterhin ein Schlüsselakteur innerhalb der EU zu bleiben und gleichzeitig im Inland die Anhebung der Rüstungsausgaben zu rechtfertigen und die Zustimmung für Militäreinsätze zu erhöhen.

Viertens: Die Konzentration auf die Veränderungen im globalen Raum als Ausgangspunkt dieser Analyse des Militarisierungsschubs in Frankreich soll nicht heißen, dass die entsprechenden relevanten innerfranzösischen Triebkräfte außer Acht gelassen werden. Vielmehr werden französische wirtschaftliche und geopolitische Interessen vor allem – aber nicht ausschließlich – in Afrika durch mächtige Akteure wie transnationale Unternehmen und militärisch-industrielle Institutionen vorangetrieben. Deren zunehmender Einfluss – wenn nicht gar ihre Vormachtstellung – stellt sowohl eine Folge der Veränderungen im globalen Raum als auch einen Beitrag zu diesen dar, wenn auch proportional zu Frankreichs eingeschränktem globalen Einfluss.

1 Die starke Einbindung des Militärs in Frankreich und der «2008er-Moment»

Die Einbindung des Militärs in den französischen Staatsapparat (siehe Abschnitt 1.1) hat sich über die letzten Jahrzehnte noch verstärkt (siehe Abschnitt 1.2). Zugleich hat sie die Positionierung des Landes im globalen Raum im Kontext der internationalen Konstellation definiert, die als «2008er-Moment» analysiert wird (siehe Abschnitt 1.3), was zu einem Militarisierungsschub in Frankreich geführt hat (siehe Abschnitt 1.4). Damit sollte der «Wettbewerbsvorteil» des Landes zur Geltung gebracht werden: Die Konsolidierung seiner Militärmacht spiegelt das Bemühen Frankreichs wider, sein stetig schwindendes ökonomisches Gewicht vor allem innerhalb der EU zu kompensieren. Da das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen dem deutsch-französischen «Paar» die Bedeutung Frankreichs in der EU geschmälert hat, sieht es seine militärische Macht als «Wettbewerbsvorteil».

1.1 Der Einsatz des Militärs im In- und Ausland

Ein kurzer historischer Überblick verdeutlicht zwei Besonderheiten Frankreichs. Da ist erstens die Zentralität staatlicher Institutionen in sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen. Anders als in England führte der bewaffnete Konflikt zwischen der Monarchie und dem Adel in Frankreich – und in geringerem Umfang in Preußen – zur Organisation einer hochgradig zentralisierten Staatsbürokratie. Der Antagonismus zwischen der Aristokratie, die zunehmend als entscheidender Akteur in die absolute Monarchie integriert worden war, und der Bourgeoisie, die sich auf das entstehende Proletariat stützte (in Paris die sogenannten Sansculottes), führte 1789 zum Sturz der Monarchie. Die Bourgeoisie übernahm den Staatsapparat, um im Innern die Monarchisten abzuwehren und außerhalb des Landes gegen die europäische Koalition zu kämpfen. Trotz ihrer gegensätzlichen politischen Positionen waren sich Alexis de Tocqueville und Karl Marx in ihren umfangreichen Analysen über Frankreich hinsichtlich der starken staatlichen Zentralisierung einig.

Tocqueville schrieb: «Die Zentralisation [ist] in der Revolution deshalb nicht untergegangen [...], weil sie selbst der Anfang dieser Revolution und deren Vorzeichen war [...]. Die Zentralisation fand in der durch diese Revolution gebildeten Gesellschaft [nach 1789, C. S.] so natürlich ihre Stelle, dass man sie leicht für eines ihrer Werte hat halten können.»² «Ich behaupte, dass es kein Land in Europa mehr gibt, in dem die öffentliche Verwaltung nicht nur stärker zentralisiert worden wäre, sondern sich auch inquisitorischer mit allen Einzelheiten beschäftigte; überall dringt sie weiter als früher in die Privatangelegenheiten ein; sie regelt auf ihre Weise mehr und auch unbedeutendere Tätigkeiten und richtet sich täglich fester neben, über und in der Umgebung jedes Einzelnen ein, um ihm beizustehen, ihn zu beraten und ihn zu pressen.»³

Marx analysierte den ökonomischen und gesellschaftlichen Gehalt des Bonapartismus in seiner Schrift «Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte», in der es schlussfolgernd heißt: «Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuren bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer andern halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie.»⁴

Die zweite Besonderheit ist die zentrale Rolle des Militärs als Institution bei der Gründung und Konsolidierung des französischen Staates. Wie der Historiker Charles Tilly feststellt, war sie charakteristisch für die Festigung des modernen Staatswe-

2 Tocqueville, Alexis de: Der alte Staat und die Revolution, Leipzig 1867, S. 68.

3 Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika, Wiesbaden 1967, S. 87–88.

4 Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, Berlin 1960 [1852], S. 111–207, hier S. 196.

sens.⁵ Auch nach den Umbrüchen aufgrund von politischen und gesellschaftlichen Kämpfen in Frankreich behielt die Armee ihre prominente Stellung, lange nachdem Kriegszüge und Dirigismus (Jean-Baptiste Colbert) unter der langen Herrschaft des «Sonnenkönigs» Ludwig XIV. (1643–1715) untrennbar miteinander verbunden worden waren.⁶ In gramscianischen Worten ließe sich sagen, dass der lange Weg hin zum Triumph der französischen Bourgeoisie von der «passiven Revolution» ausging, in der die Herrschaft auf einem Kompromiss innerhalb der Ausbeuterklasse basierte und «einen Prozess der radikalen Zerstörung des Ancien Régime von unten durch die Volksmassen durchlief».⁷ Das gesamte 19. Jahrhundert wurde für Frankreich zu einer beinahe ununterbrochenen Serie von sozialen Aufständen gegen autoritäre Regime, denen jeweils durch die Mobilmachung der Armee und mit Gewalt begegnet wurde.

Insgesamt trug die Kombination aus sozialer Revolution «zu Hause», Kriegen mit anderen europäischen Mächten sowie kolonialen Eroberungsfeldzügen zur Konstituierung des Militärs als zentraler Säule des französischen Staates bei. Eine kurze Chronologie macht die Wechselwirkung zwischen sozialen Aufständen und Veränderungen der politischen Herrschaft deutlich. Die Wiedereinsetzung des Bourbonenkönigs Karls X. folgte dem Zusammenbruch der Herrschaft Napoleons und leitete die Rückkehr zu einer extrem reaktionären Monarchie ein. Im Jahr 1830 wurde die Herrschaft des Bourbonenkönigs durch einen Volksaufstand beendet und der Aufstieg seines Cousins Louis Philippe, des Herzogs von Orléans, ermöglicht. Dieser etablierte die Herrschaft der «Finanzaristokratie» (Karl Marx), was wiederum zwischen 1831 und 1835 eine Reihe von Aufständen in ganz Frankreich provozierte (die Canuts in Lyon, Barrikadenkämpfe in Paris etc.). Im Jahr 1848 schließlich kam es zur ersten proletarischen Revolution unter der Losung «Für eine soziale Republik» – die erste Phase des «Frühlings der Völker» in Europa, der wiederum 1852 eine heftige Konterrevolution folgte, die zum Kaiserreich des Louis Napoleon Bonaparte führte. Der Niederlage Napoleons III. gegen Preußen folgte im März 1871 die Pariser Kommune, welche im Mai 1871 durch die Armee während der *semaine sanglante* (dt. «Blutige Maiwoche») mit Zehntausenden Toten brutal niedergeschlagen wurde.

Nachdem der Bonapartismus im Deutsch-Französischen Krieg zusammengebrochen war, wurde im Jahr 1870 die Dritte Republik, eine Art Urform parlamentarischer Demokratie, ausgerufen. Die Staatsregierung sah eine neue Rolle für das Militär vor. Sein demokratischer Auftrag wurde durch die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht unterstrichen – zugleich eine Vorbereitungsmaßnahme für den nächsten Krieg gegen Deutschland («Der Rachefeldzug»), nicht zuletzt ein Grund dafür, dass

5 Vgl. Tilly, Charles: *Coercion, Capital, and European States, AD 990–1992*, Oxford 1992, S. 67–95.

6 Eine statistische Schätzung, die die Autoren «nur zur Veranschaulichung» präsentieren, besagt, dass die Kriegsausgaben im Jahr 1683 etwa 57 Prozent aller Staatsausgaben ausmachten, während es 1714 nur noch rund 52 Prozent waren. Vgl. dazu Eloranta, Jari/Land, Jeremy: *Hollow Victory? Britain's Public Debt And The Seven Years' War*, in: *Essays in Economic & Business History* 2011.

7 Callinicos, Alex: *The limits of passive revolution*, in: *Capital and Class* 3/2010, S. 491–507.

die Armee von dem prominenten französischen Historiker Raoul Girardet als «Heilige Arche» bezeichnet worden ist.⁸ Zwischen 1871 und 1914 wurde die Armee so häufig zur Niederschlagung von Demonstrationen der Arbeiterschaft eingesetzt, dass der Historiker Jean-Marie Mayeur und die Historikerin Madeleine Rebérioux angemerkt haben: «Es gab keine Phase in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in der das Militär nicht zur Unterstützung der Gendarmerie eingesetzt wurde.»⁹ Vergleichende Studien haben gezeigt, dass die Armee in keinem anderen europäischen Land so oft gegen Arbeiter*innen eingesetzt wurde wie in Frankreich.¹⁰

Trotz dieser zentralen Rolle der Armee innerhalb Frankreichs und bei kolonialen Eroberungen zwischen 1871 und 1914 konnte die Dritte Republik zu keinem Zeitpunkt die volle Loyalität des Offizierskorps sicherstellen. Eine hohe Zahl von Offizieren stand fest im antirepublikanischen Lager (Monarchisten, Bonapartisten usw.). Oftmals verbündeten sie sich mit der katholischen Kirche gegen die Republik. Den antisemitischen und antirepublikanischen Höhepunkt markierte die Dreyfus-Affäre (1894–1906), angeführt vom Kriegsminister höchstpersönlich. Wenige Jahrzehnte später wurde Marschall Pétain 1939 von der Daladier-Regierung zum französischen Botschafter in Franco-Spanien ernannt. Er sah seine Berufung auf diesen Posten als Gelegenheit, «Buße für die Sünden der Volksfront zu leisten»,¹¹ obwohl ihm Léon Blum, der sozialistische Premierminister der französischen Volksfrontregierung (1936–1938) zum Zeitpunkt seiner Ernennung volles Vertrauen entgegenbrachte. Noch im Jahr 1932 hatte Pétain einen Bericht über «Die Feinde im Innern» vorgelegt, womit vor allem die Kommunisten und andere linke Parteien gemeint waren, die seiner Meinung nach infolge deutscher Luftangriffe einen Aufstand organisieren könnten.¹²

Pétain stellte freilich keine Ausnahme dar. Während der Zwischenkriegszeit war ein Großteil des Offizierskorps antirepublikanisch gesinnt, wobei sich einige in rechtsextremen Untergrundbewegungen organisierten, die den Sturz gewählter Regierungen anstrebten. Sie alle einte der Hass auf die Parteien der extremen Linken.¹³

8 Girardet, Raoul: *La société militaire de 1815 à nos jours*, Paris 1998, S. 121–144.

9 Mayeur, Jean-Marie/Rebérioux, Madeleine: *The Third Republic from Its Origins to the Great War. 1871–1914*, Cambridge 1987, S. 190.

10 Für einen Vergleich mit Preußen vgl. Johansen, Anja: *State bureaucrats and local influence on the use of military troops for maintenance of public order in France and Prussia, 1889–1914*, in: *Crime, History & Societies* 1/2001.

11 Szaluta, Jacques: *Marshal Petain's Ambassadorship to Spain: Conspiratorial or Providential Rise toward Power?*, in: *French Historical Studies* 4/1974, S. 511–533, hier: S. 513.

12 Vgl. Vidal, Georges: *L'armée française face au problème de la subversion communiste au début des années 1930*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 4/2001, S. 41–65.

13 Vgl. Paxton, Robert O.: *Parades and Politics at Vichy: The French Officer Corps under Marshal Pétain*, Princeton 1966.

1.2 Die Fünfte Republik: die Neuaufstellung des Militärs als Kern des Staates

Im Jahr 1958 markierte die Rückkehr des angesehensten Militärs der Republik, Charles de Gaulles, einen erneuten Umbruch. Sie war das Ergebnis einer politischen Krise, wie sie Frankreich seit dem 19. Jahrhundert nicht erlebt hatte. Im Grunde ging es darum, die Stellung Frankreichs im globalen Raum zu erhalten. Konkret wurde die Krise durch die Rückschläge der französischen Truppen in den asiatischen Kolonien (Indochina) ausgelöst, die ihre Höhepunkte in der Niederlage bei Dien Bien Phu (1954) – die die Unabhängigkeit Vietnams (1955) nach sich zog – sowie in der Demütigung französischer (und britischer) Truppen während der Suezkrise (1956) fanden. Ähnliches geschah nach 1954 in Algerien, als die französischen Regierungen sich als unfähig erwiesen, dem Unabhängigkeitskampf der Algerier*innen etwas entgegenzusetzen. Im Mai 1945, nachdem sich in Algerien Demonstrationen zur Feier des Endes des Zweiten Weltkriegs mit antikolonialen Forderungen vermengten, wurden die Proteste noch brutal niedergeschlagen, mit Tausenden Toten. 1954 jedoch sendete der Unabhängigkeitskampf in Algerien das eindeutige Signal, dass Frankreich seine Stellung als Weltmacht nicht länger auf sein Kolonialreich würde stützen können.

Die Mehrheit der französischen Historiker*innen ist sich darin einig, dass die Bedingungen der Rückkehr de Gaulles an die Macht (nachdem er 1946 eine Schlappe bei den Wahlen erlitten hatte) das Resultat einer Kombination aus parlamentarischer Krise und außerparlamentarischen Militäraktionen war.¹⁴ De Gaulle selbst hatte dieses Szenario bereits vorhergesehen, als er ein paar Monate zuvor erklärte: «Wenn es keine Regierung gibt, wird die Armee die Macht übernehmen. Und ich für meinen Teil werde angesichts einer fehlenden Regierung die Macht in Paris übernehmen, um die Republik zu retten.»¹⁵ François Mitterrand hat dieses Ereignis in einem denkwürdigen Buch¹⁶ aus dem Jahr 1964, zwei Jahrzehnte bevor er selbst zum französischen Präsidenten gewählt wurde, als «permanenten Staatsstreich» bezeichnet – in Anspielung auf den Staatsstreich von Louis Napoleon Bonaparte vom 2. Dezember 1851.

Die Umstände der erneuten Regierungsübernahme de Gaulles bekräftigen diese Einschätzung: Das von General Jacques Massu geführte Militär – das in Algerien eingesetzt war (fast 400.000 Soldaten) und dort algerische Nationalisten systematisch folterte und von einem erheblichen Teil der Kolonisten aus der Metropole (*les pieds-noirs*) unterstützt wurde – kritisierte 1958 die versöhnlerische Haltung der Pariser Regierung gegenüber der Kolonie und rief de Gaulle dazu auf, in Frankreich die Macht zu übernehmen, um so Französisch-Algerien zu erhalten. Zwei Tage nach einer von Militärs und Algerienfranzosen organisierten Großdemonstration in Algerien (13. Mai 1958) reagierte de Gaulle, der auf die Unterstützung neogaullistischer

14 Vgl. Anderson, Grey: La guerre civile en France, 1958–1962. Du coup d'État gaulliste à la fin de l'OAS, Paris 2018.

15 Zit. n. Ferro, Marc: De Gaulle expliqué aujourd'hui, Paris 2010.

16 Mitterrand, François: Le Coup d'État permanent, Les débats de notre temps, Paris 1964.

Netzwerke in Frankreich und Algerien zählen konnte, mit einer scharf antiparlamentarischen Verlautbarung, dass er «bereit [sei], die Regierungsgewalt der Republik zu übernehmen».¹⁷ Am 26. Mai startete ein Elite-Fallschirmjägerbataillon, das in Algerien diente, die «Opération Résurrection», landete auf Korsika und übernahm ohne Gegenwehr der Polizei oder lokaler Beamter die Kontrolle über die Insel. Die Vierte Republik war gestürzt und die Regierung de Gaulle trat am 1. Juni 1958 ihr Amt an.

Nachdem er zum Staatspräsidenten ernannt worden war, erkannte de Gaulle allerdings rasch, dass es für Frankreich unmöglich geworden war, im internationalen Kontext der späten 1950er Jahre ein archaisches Kolonialverhältnis mit Algerien aufrechtzuerhalten. In einer außerordentlichen Kehrtwende beauftragte de Gaulle – nachdem er am 4. Juni 1958 vor einer großen Menge in Algier erklärt hatte «Je vous ai compris» (dt. «Ich habe euch verstanden») und «Vive l'Algérie française» (dt. «Es lebe Französisch-Algerien») – seine Regierung in den Folgemonaten damit, Verhandlungen mit der wichtigsten Unabhängigkeitspartei, der Front de Libération Nationale (FLN), zu führen, die schließlich 1962 mit den Verträgen von Évian die Unabhängigkeit Algeriens brachten.

Die Politik von General de Gaulle basierte auf dem Einsatz beider Machtmittel, dem wirtschaftlichen wie dem militärischen, um Frankreichs Stellung – oder, wie es de Gaulle ausdrückte, «die Größe Frankreichs» – an der Spitze der globalen Hierarchie zu erhalten. Im Jahr 1958 war die ökonomische Basis Frankreichs fragmentiert und in vielen Bereichen technologisch rückständig. Mehr als ein Drittel der französischen Arbeiterschaft war in der Landwirtschaft beschäftigt. Die gaullistische Industriepolitik zielte auf die Förderung der – sowohl privaten wie auch öffentlichen – «nationalen Champions», die durch staatlich finanzierte technologische Großprojekte in den Bereichen Telekommunikation, Luftfahrt und Atomindustrie unterstützt werden sollten. Angesichts der schwachen industriellen Unternehmertradition in Frankreich, die von Historiker*innen lange Zeit als Existenz (beziehungsweise Nichtexistenz) malthusianischer Tendenzen innerhalb großer Teile der Wirtschaft diskutiert worden ist,¹⁸ erhielten in der Fünften Republik staatliche Förderung und technologische Institutionen eine zentrale Rolle.

In der von starker Internationalisierung des Kapitals geprägten Nachkriegsordnung wurde die Ausrichtung der französischen Industrie und Landwirtschaft auf Auslandsmärkte entscheidend. De Gaulles rasche Annahme der Römischen Verträge, die Beobachter*innen durchaus überraschte, offenbarte die Tatsache, dass der «globale Horizont» Frankreichs zu jener Zeit im Grunde lediglich auf einen Teil des europäischen Kontinents (und natürlich auf ehemalige afrikanische Kolonien unter seinem Schutz) beschränkt gewesen war. Die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemein-

17 Vgl. www.charles-de-gaulle.org/wp-content/uploads/.../Déclaration-du-15-mai-1958.pdf.

18 Für eine Zusammenfassung der Debatte vgl. Crouzet, François: The Historiography of French Economic Growth in the Nineteenth Century, in: The Economic History Review 2/2003, S. 215–242.

schaft (EWG) half Frankreich bei der Überwindung des grundlegenden Dilemmas seiner geringen industriellen und landwirtschaftlichen Produktivität: Frankreich bekam für seine Produkte Zugang zu ausländischen Märkten, wobei die Konkurrenz auf dem heimischen Markt durch eine gemeinsame Zollpolitik begrenzt wurde. Wie der ausgewiesene Experte internationaler Beziehungen, Andrew Moravcsik, angemerkt hat: «De Gaulles erfolgreiches Rezept aus Abwertung und Sparpolitik im Jahr 1958 verschaffte französischen Großunternehmen den benötigten Wettbewerbsvorteil, und die Wirtschaft wurde zu einem enthusiastischen Befürworter der Liberalisierung.»¹⁹

Hinsichtlich der militärischen Komponente verfolgte de Gaulle eine ambitionierte Politik. Die Entwicklung Frankreichs zur Atomstreitmacht hatte oberste Priorität. Die Umsetzung wurde durch eine bereits vor dem Krieg bestehende Tradition der französischen Kompetenz in der Atomforschung und deren Konsolidierung 1945 in Form der staatlichen Atomenergiebehörde (CEA) ermöglicht. Tatsächlich wurde die Entscheidung, Frankreich zur Atommacht zu machen, bereits vor de Gaulles Amtsantritt aufgrund der Schmach in der Suezkrise von 1956 getroffen. Der Aufbau einer vollständig selbstentwickelten Force de frappe (Streitmacht für nukleare Abschreckung) wurde als aussichtsreichster Schritt zur Erhaltung des permanenten Sitzes im UN-Sicherheitsrat angesehen. Die Atombombe sollte Frankreichs Souveränität untermauern und damit dem Land die Unabhängigkeit von den USA ermöglichen. Der gaullistische Mythos eines souveränen Frankreichs wurde allerdings ernsthaft infrage gestellt, nachdem eingehende Recherchen zeigten, dass die USA über etwa anderthalb Jahrzehnte insgeheim umfangreiche Unterstützung bei der Entwicklung atomarer Kapazitäten gewährt hatten.²⁰

Um die internationale Bedeutsamkeit wiederherzustellen, bedurfte es der Regeneration und Konsolidierung militärischer Institutionen im Inland, was aufgrund der Diskreditierung der französischen Armee im Zuge des Weltkriegs und der Kolonialfeldzüge eine große Herausforderung bedeutete. Studien des US-amerikanischen Historikers Robert Paxton offenbarten, dass die Kollaboration mit dem Naziregime Frankreich keineswegs aufgezwungen worden war, sondern ihren ideellen Ursprung in Frankreich selbst hatte.²¹ Diese Politik wurde von Frankreichs angesehenstem Militär, dem bereits oben erwähnten Marschall Philippe Pétain, dem «Helden von Verdun» (jene Schlacht im Ersten Weltkrieg, bei der auf allen Seiten Zehntausende Soldaten umkamen), vorangetrieben. Pétain war diesbezüglich allerdings absolut keine Ausnahme, denn an der Kollaboration mit den Nazis beteiligte sich eine ganze Reihe hochrangiger Offiziere. In den Nachkriegsjahren kämpften die Expeditionstruppen zunächst im «schmutzigen Krieg» in Indochina (1946–1954) und anschließend im Algerienkrieg (1954–1962).

19 Moravcsik, Andrew: De Gaulle Between Grain And Grandeur: The Political Economy of French EC Policy, 1958–1970 (Part 1), in: *Journal of Cold War Studies* 2/2000, S. 3–43, hier: S. 15.

20 Ullman, Richard: The Covert French Connection, in: *Foreign Policy* 75/1989, S. 3–33.

21 Paxton, Robert O.: *Vichy France: Old Guard and New Order, 1940–1944*, New York 1972.

Ein erheblicher Teil des Offizierskorps in diesen Kriegen war von extrem rechten, konservativen und fremdenfeindlichen Ideologien geprägt. Viele hassten de Gaulle für seine Handlungen während des Krieges in Algerien. Sie bildeten die tragende Säule der Bewegung für ein französisches Algerien vor Ort. Sie organisierten verschiedene (erfolglose) Attentatsversuche auf de Gaulle und im Jahr 1961 sollte ein von Generälen in Algerien organisierter Putsch als Ausgangspunkt für die Machtübernahme in Frankreich dienen.

Vor diesem Hintergrund betrieb de Gaulle gegenüber dem Militär eine «Zuckerbrot und Peitsche»-Politik. Die Peitsche setzte er ein, um die kolonialistische Fraktion innerhalb der Armee zu zerschlagen, während der Zucker für die Einbindung des Militärs als zentrale Instanz im französischen Staat stand, auch um dessen Legitimität in den Augen seiner Bürger*innen zu stärken. Eine grundlegende Innovation im Vergleich zum 19. Jahrhundert war, dass dem Militär als Institution nun eine wesentlich gewichtigere ökonomische Rolle zuteilwurde, die im Übrigen bis heute andauert (siehe Kapitel 2) und einer stärkeren Einbettung in die französische Gesellschaft dienlich war.

Die Wiedereinsetzung des Militärs im Herzen des Staatsapparats wurde durch die institutionellen Neuerungen begünstigt, die 1958 zu einer neuen Verfassung führten. Zu jener Zeit teilte de Gaulle Michel Debré, dem Hauptarchitekten der neuen Verfassung und späteren Premierminister, mit: «Alle Angelegenheiten, die Algerien, Verteidigung, die Armee, die Außenpolitik oder die Gemeinschaft betreffen, müssen direkt mit mir abgestimmt werden.»²² In der Tat ist ein Großteil der Macht in den Händen des Präsidenten gebündelt, während die Legislative von vielen Politikwissenschaftler*innen als eine der schwächsten der demokratischen Staatengemeinschaft gilt.²³ Das französische System wird in der einschlägigen Literatur als semipräsidentielles Regierungssystem bezeichnet, wobei dem Präsidenten die Rolle des «republikanischen Monarchen» zufällt, wie es ein Beobachter einst ausdrückte.²⁴

Die französischen politischen Institutionen können – ein Jahrhundert nach dem Regierungssystem Napoleons III., einer Mischung aus Überzentralisierung, einem starken Militär und staatlich garantierten bürgerlichen Freiheiten – auch als «quasibonapartistisches» System interpretiert werden. Die im Amt des Präsidenten konzentrierte Macht ist bemerkenswert und sucht unter demokratischen Staaten ihresgleichen. Der Präsident hat die Macht, alle «erforderlichen Maßnahmen» zu treffen, sofern «die Institutionen der Republik, die Unabhängigkeit der Nation, die Integrität ihres Staatsgebietes oder die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen schwer und unmittelbar bedroht sind und wenn gleichzeitig die ordnungsgemäße Ausübung der verfassungsmäßigen öffentlichen Gewalten unterbrochen ist» (Art. 16 Verfassung

22 Zit. n. Irontelle, Bastien: Defence and Armed Forces: The End of the Nuclear Monarchy?, in: Appleton, Andrew M./Brouard, Sylvain/Mazur, Amy G. (Hrsg.): The French Fifth Republic at Fifty. Beyond Stereotypes, Basingstoke 2009, S.118–135, hier: S. 121.

23 Masters, Jonathan: How Powerful Is France's President?, Council on Foreign Relations, 1.2.2017, unter: www.cfr.org/backgrounder/how-powerful-frances-president.

24 Duverger, Maurice: La Monarchie Républicaine, Paris 1974.

der Französischen Republik). Mit anderen Worten: Einzig der Präsident kann den Ausnahmezustand im Falle einer «schweren und unmittelbaren Bedrohung» ausrufen, die wiederum nur er selbst als solche beurteilen darf. Diese Macht wird noch durch die eingeschränkte Rolle des Parlaments erweitert; der Präsident kann eigenmächtig die Legislative auflösen und Referenden durchführen lassen.

Verteidigung und Außenpolitik stellen aufgrund des nuklearen Vorrechts des Präsidenten²⁵ eine *domaine réservé* dar, das heißt, sie sind Angelegenheiten, die ausschließlich in seine Zuständigkeit fallen, samt des ihm unterstehenden Stabschefs des Militärs. Hinsichtlich der Kontrolle der Legislative durch die Exekutive hat Bastien Irondelle das französische Parlament einst als «eines der machtlosesten Parlamente in Bezug auf Außen- und Verteidigungspolitik»,²⁶ beschrieben. Eine Reihe vergleichender Studien haben zudem angemerkt, dass die Rolle des französischen Parlaments bei der Beschließung und Prüfung von Militäreinsätzen im Ausland wesentlich schwächer ist als in anderen europäischen Ländern. Auch die bescheidene Reform von 2008, die eine nachträgliche parlamentarische Bestätigung vorsieht, hat die präsidentiellen Entscheidungsbefugnisse nicht wirklich eingeschränkt.²⁷

Über die letzten 60 Jahre hinweg hat die Fünfte Republik ein System geschaffen, das dem Präsidenten erlaubt, seine Privilegien zu erhalten und bei Bedarf sogar auszuweiten. Die Abwechslung zwischen linken und rechten Regierungen hat überdies zu einer starken Konsensneigung der etablierten Parteien beigetragen. Die Wahl Mitterrands zum Präsidenten im Jahr 1981 als Folge jahrzehntelanger gaullistischer und neogaullistischer Mehrheiten war Ausdruck eines weitverbreiteten Bedürfnisses nach tief greifender gesellschaftlicher und politischer Veränderung. Stattdessen verwarf der neue Präsident kurz nach Amtsantritt die Versprechen seiner (sozialistischen) Partei aus den 1970er Jahren, insbesondere die Ankündigung, die Waffengeschäfte und neokolonialistische Politik in Afrika zu beenden.²⁸ Der gefestigte politische Konsens in Bezug auf die «Vision» von der Rolle Frankreichs in der Welt und damit der Stellung des Militärs innerhalb der französischen Gesellschaft untermauern also insgesamt die Grundlage der Fünften Republik. Emmanuel Macron, der sich in seinem Wahlkampf 2017 als «Jupiter-Präsident» ankündigte, behauptete außerdem, dass Frankreich seit der Hinrichtung Ludwigs XVI. am 21. Januar 1793 seinen König vermisst und es die Aufgabe des Präsidenten sei, diese Leerstelle zu füllen.²⁹

25 Cohen, Samy: *La Monarchie nucléaire*, Paris 1994.

26 Irondelle, Bastien: *Defence and Armed Forces*, S. 129.

27 Ostermann, Falk: *France's reluctant parliamentarisation of military deployments: the 2008 constitutional reform in practice*, in: *West European Politics* 1/2017, S. 101–118.

28 Der ehemalige Chef der Sozialistischen Partei, mittlerweile ein enger Berater Macrons und an dritter Stelle in der politischen Hierarchie (Präsident der Nationalversammlung), feiert die Langlebigkeit der Fünften Republik und fordert: «Wir müssen Mitterrandistische Gaullisten sein.» Zit. n. Ferrand, Richard: *Ni immobilisme, ni césarisme: un républicanisme rénové*, in: *Le Monde*, 4.10.2018.

29 Emmanuel Macron im Interview mit Paul Ricoeur, in: *Le Un*, 8.7.2015, unter: www.lepoint.fr/politique/emmanuel-macron-plus-royaliste-que-socialiste-07-07-2015-1943115_20.php.

1.3 Frankreichs Militarisierungsschub und der «2008er-Moment»

Für diese Analyse ist eine Betrachtung der neuen historischen Situation entscheidend, die sich zum Ende der 2000er Jahre einstellte und die die Phase seit 1990 bzw. seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion abschloss. Der «2008er-Moment» markierte das Zusammenfallen fundamentaler ökonomischer und geopolitischer Veränderungen. In ökonomischer Hinsicht führte das, was zunächst als Finanzkrise begann, zu einer anhaltenden Rezession.³⁰ Die offensichtliche oder latente Überproduktion, die sich aus den akkumulierten Produktionskapazitäten – nicht nur in China – ergab, lässt sich in verschiedenen Branchen auch jenseits der Stahlindustrie beobachten. Eine Studie von Ende 2017 deutete auf mittlere bis erhebliche Überkapazitäten in mehr als der Hälfte aller Branchen weltweit hin.³¹ Doch während Mainstream-Medien mittlerweile die wirtschaftliche Erholung feiern, sind die Schulden zwischen 2007 und 2018, die durch eine (zumindest für die Wirtschaft) großzügige Niedrigzinspolitik befeuert wurden, für die globalen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors auf 78 Prozent des Basisdollarkurses gestiegen.³² Diese Aufblähung privater Schulden deutet darauf hin, dass die Weltwirtschaft abermals auf eine Finanzkrise zusteuert – diesmal jedoch in erheblich größerem Umfang und mit weitreichenderen Folgen als noch 2008.

In Europa wurde die Krise 2008 durch eigensinnige makroökonomische Maßnahmen verschärft, die vornehmlich darauf abzielten, die Interessen von Kreditinstituten zu schützen – allen voran die der französischen und deutschen Banken in Griechenland und anderen Ländern. Die ungleichmäßige und kombinierte Entwicklung, die die Europäische Union bereits seit Jahrzehnten prägt, setzt sich ungebrochen fort,³³ und es gibt wenige Anzeichen dafür, dass die immensen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten – vor allem zwischen Deutschland und den meisten anderen Mitgliedsstaaten – in irgendeiner Weise verringert worden sind. Trotz der Selbstgefälligkeit in Brüssel und von anderen europäischen Regierungen machen sich in einer Reihe von Ländern die hohe Arbeitslosigkeit und der dramatische Verfall der Sozialsysteme gepaart mit zunehmender Einkommensunsicherheit bemerkbar. Das damit verbundene Leid wird fast überall von extrem rechten und fremdenfeindlichen Bewegungen als Anlass zum Kampf gegen Migrant*innen (womit auch anderer EU-Bürger*innen gemeint sind) sowie gegen Flüchtlinge umgedeutet.

Der anhaltende Abschwung könnte sich nun durch die Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump verschärfen. Das Dilemma für die USA entspringt der

30 Carchedi, Guglielmo/Roberts, Michael: The long roots of the present crisis: Keynesians, Austerians and Marx's law, in: *World Review of Political Economy* 1/2013, S. 86–115.

31 Williams, Gareth/Schulz, Bob/Lemos-Stein, Gregg: Global Corporate Analyst Survey 2018, in: S&P Global, 11.12.2017.

32 Lund, Susan/Mehta, Asheeta/Manyika, James/Goldshtein, Diana: A Decade After The Global Financial Crisis: What Has (And Hasn't) Changed?, McKinsey Global Institute, 2018, unter: www.mckinsey.com/industries/financial-services/our-insights/a-decade-after-the-global-financial-crisis-what-has-and-hasnt-changed.

33 Serfati, Claude: EU Integration as Uneven and Combined Development, in: Desai, Radhika (Hrsg.): *Analytical Gains of Geopolitical Economy*, Bingley 2016, S. 255–294.

Tatsache, dass die dortige importbasierte Erholung einen Anstieg des Handelsdefizits mit sich bringt, was wiederum eng damit zusammenhängt, dass große transnationale US-Unternehmen ihre Güter außerhalb der USA produzieren und sie anschließend ins Land einführen. Hinzu kommt, dass Trumps protektionistische Politik zur Arbeitsplatzsicherung durch die Errichtung von Handelsbarrieren eine sehr begrenzte Wirkung haben dürfte. Hierauf deuten zumindest Studien, die zeigen, dass Produktivitätszuwächse zwischen 2000 und 2010 die bedeutendste Ursache für den Verlust von Arbeitsplätzen waren (insgesamt circa 87 %), während der internationale Handel nur 13,4 Prozent ausmachte; die steigende Nachfrage im Inland sorgte hingegen für nur 1,2 Prozent neue Arbeitsplätze.³⁴ Angesichts der wachsenden Entkopplung zwischen den US-amerikanischen transnationalen Unternehmen von ihrer heimischen Basis, die ein besonderes Merkmal aller Industrienationen darstellt, forciert ein verschärfter Wettbewerb auf den Weltmärkten im Zusammenhang mit stagnierenden Profitraten (außer für die globalen Spitzenkonzerne) eine US-geführte zwischenstaatliche Konkurrenz. Handelskriege kamen bereits in den 1930er Jahren zur Anwendung, doch die aktuellen könnten wesentlich gravierendere Auswirkungen haben, da internationaler Handel heute eine größere Rolle für die Weltwirtschaft spielt als jemals zuvor.³⁵

Was die geopolitische Dimension betrifft, so ist das, was kontrovers als «unipolarer Moment» diskutiert worden ist, aufgrund der Unfähigkeit der USA, das Chaos im Irak infolge des Kriegszugs von George W. Bush zu kontrollieren, in sich zusammengefallen. Diese Katastrophe für die imperiale US-Politik, die «aus strategischer Sicht schlimmer als Vietnam» ist,³⁶ hat Russlands Rückkehr als wichtigen geopolitischen Akteur ebenso begünstigt wie die Ambitionen Irans, sich als Regionalmacht im Nahen Osten zu etablieren. Darüber hinaus befeuerte die durch den Irakkrieg sowie andere imperiale Kriege in der Region ausgelöste Destabilisierung den «Arabischen Frühling», dessen tiefere Wurzeln in der anhaltenden ökonomischen Blockade liegen, die explosive gesellschaftliche Folgen in sich barg. Dies stellt die Einschätzung infrage, beim «Arabischen Frühling» habe es sich um das Ergebnis kultureller und politischer Veränderungen gehandelt, die durch die Anbindung einer neuen Generation an eine globale Kultur hervorgebracht wurden. Entsprechend lassen sich die Aufstände in der Region im marxistischen Sinne als klassischer Fall einer sozialen Revolution als Folge anhaltender Blockierung von Entwicklung interpretieren.³⁷ Diese grundlegende Veränderung der internationalen Stellung der USA, die den «2008er-Moment» kennzeichnet und überdies nicht zuletzt durch die rasch aufholende Entwicklung in China vorangetrieben wurde, ist für die US-Führung umso bedrohlicher. Peking ar-

34 Hicks, Michael J./Devaraj, Srikanth: *The Myth and Reality of Manufacturing in America*, Muncie 2017.

35 Rushe, Dominic: More than 1,000 economists warn Trump his trade views echo 1930s errors, in: *The Guardian*, 3.5.2018.

36 Thompson, Loren: Iraq: The Biggest Mistake In American Military History, in: *Forbes*, 15.12.2011.

37 Achcar, Gilbert: What Happened to the Arab Spring?, in: *Jacobin*, 17.12.2015, unter: www.jacobinmag.com/2015/12/achchar-arab-spring-tunisia-egypt-isis-isis-assad-syria-revolution/.

beitet weiterhin mit Hochdruck an der Stärkung seiner militärischen und technologischen Kapazitäten. Aus diesem Grund ist das Land, wie es in der nationalen Verteidigungsstrategie der Trump-Regierung heißt, ein «strategischer Konkurrent [...], der auf militärische Modernisierung setzt, seinen Einfluss ausweitet und eine räuberische Wirtschaftspolitik betreibt».³⁸

Die Weltmacht Frankreich hat mit schwerwiegenden Auswirkungen der globalen Veränderungen zurechtkommen müssen, die zum «2008er-Moment» führten. Finanzinteressen wurden durch Maßnahmen zum Schutz der Banken im In- und Ausland – in Form beträchtlicher öffentlicher Hilfen – auf Kosten von Arbeitsbedingungen und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit bedient. Seit nunmehr einem Jahrzehnt hat sich die offizielle (und noch immer zu niedrig angesetzte) Arbeitslosenquote auf hohem Niveau eingependelt; im Jahr 2018 lag sie bei 9,2 Prozent, was über dem Durchschnitt der Eurozone (8,2 %) liegt. Investitionen in die Produktion haben noch immer nicht das Vorkrisenniveau erreicht, und Investitionen in die wirtschaftliche Forschung und Entwicklung – üblicherweise die treibende Kraft für Innovation – stiegen zwischen 2007 und 2016 langsamer als im Rest der Eurozone. Derweil haben sich Handelsdefizit und Staatsverschuldung dramatisch erhöht. Zwischen 2008 und 2017 stieg die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) wesentlich stärker als im Vergleich zur restlichen Eurozone. Ein Indikator für Frankreichs abnehmende industrielle Konkurrenzfähigkeit ist der starke Anstieg des Defizits im Güterhandel, der das im Energiehandel sogar noch übersteigt. Noch symptomatischer ist das abnehmende ökonomische Gewicht Frankreichs innerhalb der EU. Im Jahr 2017 hatte Frankreich gegenüber den meisten EU-Ländern eine negative Handelsbilanz. Zudem ist auch der Marktanteil der französischen Industrie am Welthandel stärker als in anderen EU-Staaten zurückgegangen: Frankreichs Anteil an Exporten aus der Eurozone sank zwischen 2000 und 2017 von 17 auf 13 Prozent. Die schwächere Position Frankreichs auf globaler Ebene wird noch deutlicher sichtbar, wenn man das Land mit Deutschland vergleicht. Beide Länder führten 2017 die EU-Wirtschaft mit zusammen über einem Drittel des gesamten europäischen BIP an (Deutschland: 21,4 %; Frankreich: 14,9 %). Über ein Jahrzehnt lang verstärkte sich das Auseinanderdriften der ökonomischen Stellung beider Länder auf den globalen wie auf den EU-Märkten dramatisch. Diese wachsende Asymmetrie bedeutet nicht nur eine weitere Quelle für die Instabilität der EU, bedenkt man, dass das französisch-deutsche «Paar» seit 1958 das Rückgrat der europäischen Entwicklung darstellte. Sie löst darüber hinaus innerhalb des französischen politischen Establishments zunehmend die Sorge aus, dass ihr Land angesichts der stärker werdenden Führungsrolle Deutschlands in der EU zum wirtschaftlichen Juniorpartner werden könnte.

38 Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten: Nationale Verteidigungsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika 2018, S. 1–2, unter: <https://dod.defense.gov/Portals/1/Documents/pubs/2018-National-Defense-Strategy-Summary.pdf>.

Auch die zuvor beschriebenen, mit dem «2008er-Moment» verbundenen geopolitischen Verschiebungen hatten Folgen für Frankreich. Zum einen nahm der «Arabische Frühling» seinen Anfang gerade in den Ländern, in denen Frankreich umfangreiche (geo-)ökonomische Interessen hat. Im Fall Tunesiens sicherte die Regierung unter Nicolas Sarkozy Ben Ali trotz Massendemonstrationen, die dessen Rücktritt forderten, ihre Unterstützung zu. Selbst noch am 12. Januar 2012, drei Tage bevor Ben Ali aus dem Land floh, bot ihm die damalige Außenministerin Alliot-Marie an, den tunesischen Sicherheitskräften die französische polizeiliche Expertise hinsichtlich der «Beilegung von Situationen dieser Art»³⁹ zur Verfügung zu stellen. Auch bei den Demonstrationen in Ägypten gegen Hosni Mubarak bekundete die französische Regierung nur äußerst begrenzte Solidarität mit den Protestierenden.

Kurz darauf wurde die ehemalige Kolonialmacht jedoch mit deren Triumph konfrontiert, sodass sie sich gezwungen sah, eine neue Taktik zu verfolgen. Sarkozy benötigte nur wenige Monate, um nach der «Jasminrevolution» in Tunesien eine Militärintervention in Libyen zu starten (März 2011), die als humanitäre Intervention zum Sturz eines Diktators verkauft wurde. Die durch Frankreich vorangetriebene Transition in Libyen hatte weitreichende destabilisierende Auswirkungen auf die gesamte Region. In Libyen befanden sich zu diesem Zeitpunkt rund zwei Millionen Arbeitsmigrant*innen (bei einer Bevölkerung von sieben Millionen), die regelmäßig Geldsendungen in ihre Heimatländer schickten (vor allem Subsahara-Afrika). Das regionale Chaos, das mit dieser Transition entstand, zog eine Reihe weiterer französischer Interventionen in der Sahelzone (insbesondere in Mali im Januar 2013) und im Nahen Osten nach sich.

1.4 Frankreichs Militarisierungsschub

Seit dem Ende des vergangenen Jahrzehnts gibt es insbesondere vier Faktoren, die auf die zunehmende Militarisierung Frankreichs hindeuten:

Erstens: Die militärische Beteiligung französischer Truppen hat sich intensiviert. Dazu zählen umfangreiche militärische Operationen in Afrika (Elfenbeinküste und Libyen 2011, Mali 2013, Zentralafrikanische Republik 2013, Sahelzone 2014) und im Nahen Osten (Syrien und Irak 2014). Während Frankreich seit dem Jahr 1995 insgesamt 110 Militäroperationen durchgeführt hat, die meisten davon auf dem afrikanischen Kontinent, haben die zeitliche Konzentration und der Umfang der genannten Operationen eine Ausweitung seiner interventionistischen Politik mit sich gebracht. In einer Rede, die an die von George W. Bush ein Jahrzehnt zuvor erinnerte, sagte Präsident François Hollande in den ersten Tagen der Militärintervention

39 Bowen, Andrew: French foreign minister defends offer of help to Tunisian ex-president, Deutsche Welle, 18.1.2011, unter: www.dw.com/en/french-foreign-minister-defends-offer-of-help-to-tunisian-ex-president/a-14773771.

in Mali, dass Frankreich Mali «so lange beistehen wird wie nötig»,⁴⁰ woraufhin die wichtige Tageszeitung *Le Monde* noch vier Jahre später konstatierte: «Mali ist unser Afghanistan.»⁴¹

Im Jahr 2018 befanden sich fast 20.000 Soldat*innen im Auslandseinsatz, von denen etwa zehn Prozent an Sondereinsätzen beteiligt waren, was einen erheblichen Anstieg bedeutet. Ein internationaler Vergleich des Verhältnisses zwischen den Truppen in derartigen Einsätzen (ausschließlich der Überseegebiete) zur Gesamttruppenstärke zeigt, dass Frankreich im Jahr 2016 mit 8,9 Prozent auf Platz zwei hinter den USA (14,9 %) rangierte, knapp bzw. weit vor dem Vereinigten Königreich (8,8 %), Russland (6,7 %) und Deutschland (1,7 %).⁴² Noch interessanter ist ein Vergleich der beiden größten Militärmächte Europas unter Berücksichtigung der Überseegebiete. Der Vergleich zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich gibt Aufschluss über ihre jeweiligen geopolitischen Prioritäten (siehe Tabelle 1). Beinahe alle im Ausland stationierten französischen Truppen sind aufgeteilt auf Afrika einerseits (und dort ist wiederum die Hälfte der eingesetzten Truppen in der Sahelzone konzentriert, was auf die Priorisierung des Schutzes der geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen in Frankreichs «Hinterhof» verweist) und die französischen Überseegebiete andererseits (mehr als 54 % seiner im Ausland befindlichen Truppen). Sowohl die Sahelzone als auch die Überseegebiete (Karibik, Neukaledonien, Französisch-Polynesien,⁴³ Réunion, Mayotte etc.) sind zentral für die geopolitische Präsenz Frankreichs und haben absolute Priorität in dessen Militärstrategie. Frankreich brüstet sich damit, über die zweitgrößte maritime Sonderwirtschaftszone der Welt zu verfügen. Die konkurrierenden, im Ausland eingesetzten britischen Truppen sind jedoch im Gegensatz zu Frankreich überwiegend in Europa konzentriert (73,8 %), was die umfassende Einbindung des Vereinigten Königreichs in die NATO widerspiegelt, während auf Nordafrika und Subsahara-Afrika lediglich etwas mehr als 20 Prozent seines Auslandskontingents entfallen.

40 Rede von François Hollande in Bamako, 2.2.2013, unter: <https://ml.ambafrance.org/Discours-de-Francois-Hollande>.

41 Ayad, Christophe: Le Mali est notre Afghanistan, in: *Le Monde*, 16.11.2017.

42 Global Defense Perspectives 2017. Updating the Map of Defense Prioritization and Posture in a Challenging World, PricewaterhouseCoopers, unter: www.pwc.com/gx/en/government-public-sector-research/pdf/global-defense-perspectives-2017.pdf.

43 Die Vereinten Nationen führen Polynesien seit 1986 als nicht selbstregiertes Land.

Tabelle 1: Vergleich der militärischen Einsatzorte im Ausland zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich

Region	Anteil am Gesamtauslandskontingent (in %)	
	Vereinigtes Königreich (2016)	Frankreich (2017)
Europa	73,8	0,5
Nordamerika	5,0	n. v.*
(Subsahara-)Afrika	11,7	41,6
Nordafrika/Naher Osten	9,6	3,1
frz. Überseegebiete	0,0	54,8

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Zahlen der jeweiligen Verteidigungsministerien

* n. v. = nicht verfügbar

Zweitens: Die Ausgaben für das Militär sowie für öffentliche Ordnung und Sicherheit⁴⁴ sind im Zeitraum 2008 bis 2016 stärker gestiegen als die staatlichen Gesamtausgaben (siehe Tabelle 2). Der Anstieg der Ausgaben ist nicht nur in absoluten Zahlen bedeutsam, sondern auch im Hinblick auf die Ausgabenentwicklung wichtiger ziviler Ressorts. Während die Ausgaben im Bildungsbereich bereits geringer anstiegen als im militärischen und Sicherheitsbereich, wurden in den Bereichen Umweltschutz, Wohnungsbau, Freizeit- und Sportangebote sogar Kürzungen vorgenommen.

Tabelle 2: Entwicklung der staatlichen Ausgaben pro Ressort (2008–2016)

Ressort	in %
gesamt	+13,6
öffentliche Ordnung und Sicherheit	+20,3
Verteidigung	+19,8
Bildung	+12,1
Umweltschutz	-1,2
kulturelle Dienstleistungen	-7,7
Freizeit- und Sportangebote	-20,9
Wohnungsbau	-33,7

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung

Drittens: Die Zunahme der Waffenexporte entspricht der Ausweitung der Militäreinsätze (siehe Kapitel 2).

44 Entsprechend den hier angewendeten Klassifikationen der Aufgabenbereiche des Staates (COFOG).

Viertens: Wie Tabelle 2 verdeutlicht, hat Frankreich auch seinen inländischen Sicherheitsapparat ausgebaut. Ein Trend, der bereits lange vor den Terroranschlägen, die das Land im November 2015 trafen, einsetzte. Auf Letztere reagierte die französische Regierung mit der Verhängung des Ausnahmezustands und der Mobilisierung von 10.000 Soldat*innen zum Schutz der Bevölkerung vor Terrorattacken in den Städten des Landes. Die Anschläge von 2015 dienten dem Verteidigungsministerium als Anlass, die Reduzierung der Gesamttruppenstärke (–22.000 Soldat*innen) umzukehren und 16.000 neue Soldat*innen zu rekrutieren sowie die Zahl der Gefechtsverbände auf 33 zu erhöhen. Die Einsätze im Innern werden unter anderem von der Polizei kritisiert – mit dem Argument, dass nur die Polizei (und Gendarmerie) im Umgang mit zivilen urbanen Bedrohungsszenarien geschult sei. Weitere Kritik kommt vom militärischen Oberkommando, das die Abstellung der neu rekrutierten Soldat*innen als Wachposten an Straßenecken ablehnt.

Der Verteidigungs- und Sicherheits-Nexus, der die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit verwischt, hat in Frankreich eine lange Geschichte (siehe Kapitel 1). Als Folge der Terroranschläge wurde diese Entgrenzung – in Kombination mit andauernden Angriffen gegen «erkennbare Minderheiten» – noch intensiviert.⁴⁵ Frankreich ist das einzige Land unter den demokratischen Staaten weltweit, das auf Terroranschläge mit der Verhängung eines 18-monatigen Ausnahmezustands reagiert hat. Dieses «Suchtverhalten»⁴⁶ wurde von einem neuen Gesetz abgelöst, das von NGOs als nicht weniger als die Etablierung eines permanenten Ausnahmezustands kritisiert worden ist, und das eine Bedrohung der freiheitlichen Bürgerrechte, der Sicherheit sowie der Versammlungs- und Religionsfreiheit darstellt. Es gibt wenig Zweifel daran, dass öffentliche und zivile Freiheiten in Frankreich ohne viel Aufwand erheblich eingeschränkt werden können. Die Grundlage dafür bilden die zentrale Rolle des Militärs und die überzentralisierten französischen politischen Institutionen in Zusammenhang mit einer langen Tradition der Dominanz der «Exekutivgewalt über die Legislativgewalt [...]. Die Exekutivgewalt im Gegensatz zur Legislative drückt die Heteronomie der Nation im Gegensatz zu ihrer Autonomie aus.»⁴⁷

1.5 Treiber der Militarisierung: der globale Raum als analytischer Hintergrund

Die genannten Fakten bestätigen eine Zunahme der Militarisierung Frankreichs – sowohl im In- wie im Ausland – seit dem Ende der 2000er Jahre. Eine Kombination verschiedener Faktoren ermöglichte diese Entwicklung. Verständlich wird diese nur durch eine Betrachtung Frankreichs im internationalen Kontext: Ausgehend von einer

45 Für eine Analyse des Verteidigungs- und Sicherheits-Nexus vgl. Serfati: *Le militaire. Une histoire française*, insbesondere Kapitel 5.

46 Jannerod, Benedicte: *France is addicted to the state of emergency. Put an end to it, Mr. President*, Human Rights Watch, 11.7.2017, unter: www.hrw.org/news/2017/07/11/france-addicted-state-emergency-put-end-it-mr-president.

47 Marx: *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, S. 196.

globalen Perspektive werden hier die nationalen Entwicklungen untersucht. Die internationale Positionierung eines Landes bildet die Voraussetzung, um zu verstehen, wie Regierungen und Bevölkerungen auf globale Veränderungen reagieren. Die grundlegende These dieses Artikels ist, dass der globale Raum – der leider allzu oft recht vage als Globalisierung bezeichnet wird – durch die Verstrickung der Dynamik von Kapitalakkumulation und dem internationalen Staatensystem gekennzeichnet ist. Eine klare Sicht wird oft schon dadurch erschwert, dass von «globalem Kapitalismus» gesprochen wird. Im besten Fall ist dieser Begriff ein Schreibfehler, denn etwas wie «globalen Kapitalismus» gibt es nicht. Kapitalistische gesellschaftliche Verhältnisse sind immer territorial eingegrenzt und politisch organisiert.⁴⁸ Der durch die Internationalisierung des Kapitals geschaffene Weltmarkt bewirkt einen Prozess der ungleichen und einander wechselseitig beeinflussenden Entwicklung verschiedener nationaler Territorien.⁴⁹

Vor diesem Hintergrund ist der internationale Status eines Landes durch seine ökonomische wie politisch-militärische Macht definiert. Die eingehende Beleuchtung des Verhältnisses zwischen diesen beiden Komponenten, die sowohl vom Mainstream (Theorie Hegemonialer Stabilität, Paul Kennedy u. a.) als auch aus heterodoxer Perspektive (Giovanni Arrighi u. a.) diskutiert worden sind, ist an dieser Stelle nicht möglich. Es soll aber zumindest festgehalten werden, dass die spezifische Kombination ökonomischer und militärischer Komponenten eines Landes dessen nationale Besonderheit ausmacht. Frankreich und Deutschland bieten ein gutes Beispiel dafür, wie zwei Länder, die im globalen Raum durchaus einen vergleichbaren Status einnehmen, gleichwohl sehr verschiedene ökonomisch-militärische Kombinationen aufweisen können. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterscheiden sich Frankreich und Deutschland in der Anwendung ihrer ökonomischen wie auch diplomatisch-militärischen Macht im globalen Raum deutlich voneinander. Diese Unterschiede bildeten einen wichtigen Motor für ihre Nachkriegspartnerschaft, da beide Länder ein gemeinsames Interesse an der Entwicklung von EU-Institutionen und -Märkten hatten, wenngleich sie von verschiedenen Standpunkten und Verankerungen im globalen Raum starteten. Jahrzehntelang wurde Deutschlands wachsender Einfluss auf die europäische Wirtschaft durch Frankreichs prominente geopolitische Rolle (atomare Abschreckung, permanenter Sitz im UN-Sicherheitsrat etc.) und militärische Kapazitäten, die Frankreich zur treibenden Kraft europäischer Fortschritte im militärischen und Sicherheitsbereich machten, ausgeglichen.

Der «2008er-Moment» bedeutete eine Wende für das französisch-deutsche «Paar». Zum einen hat das wachsende wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Frank-

48 Serfati, Claude: The new configuration of the Capitalist class, in: Panitch, Leo/Albo, Greg/Chibber, Vivek (Hrsg.): *Registering Class, Socialist Register*, London 2014, S. 138–161.

49 Zur Relevanz des Konzepts der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung für die Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus vgl. Desai, Radhika: *Geopolitical Economy: After US Hegemony, Globalization and Empire. The Future of World Capitalism*, London/Halifax 2013.

reich und Deutschland die Rolle Frankreichs in der politischen Führung der EU geschwächt. Zum anderen wurde die Verbindung zwischen globalen ökonomischen Dynamiken und der Geopolitik (d. h. der Gestaltung des internationalen Staatensystems) verstärkt. Das bedeutet also, es gab nie eine «Rückkehr der Geopolitik», wie im *Mainstream-Lager* der Politikwissenschaften behauptet wird,⁵⁰ sondern eine neue internationale Konstellation, die die These bestätigt, das kapitalistische gesellschaftliche Verhältnisse politisch organisiert und territorial eingegrenzt sind. Die Tatsache, dass wirtschaftliche Konkurrenz und geopolitische Rivalitäten im globalen Raum aufs Engste miteinander verknüpft sind, wird durch die verschärften Spannungen zwischen den USA und ihren langjährigen Konkurrenten Russland und China unterstrichen. Zugleich nehmen ähnliche Spannungen jedoch auch in den transatlantischen Beziehungen zu. Letztere traten aber nicht erst unter Trumps Regierung in Verbindung mit politischem Druck und Handelsmaßnahmen gegen EU-Staaten auf. Die Verhandlungen über das transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaftsabkommen TTIP, das sowohl die USA als auch die EU ursprünglich begeistert als «geoökonomisches» Projekt zur «Ausweitung westlicher Werte» präsentierten, scheiterten bereits unter Obama, was auf die kumulierten Spannungen unter einst absolut verlässlichen Partnern hindeutet.⁵¹

Frankreich gehört neben den USA zu den westlichen Staaten, in denen ökonomische und politisch-militärische Macht zur Erlangung bzw. Erhaltung der internationalen Position am stärksten miteinander verzahnt sind. Wie bereits erwähnt, spielen Frankreich und die USA jedoch nicht in derselben Liga. Mit der stärkeren Kopplung von Wirtschaft und Geopolitik seit dem Ende der 2000er Jahre weitete Frankreich seine Militäroperationen in Afrika aus und verstärkte seinen Anspruch, seine wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen robust zu verteidigen. Untermauert wurde dies insbesondere durch die Bemühungen französischer Regierungen um eine stärkere Militarisierung der EU, die unter Macron noch verstärkt wurden und mit denen zwei ganz konkrete Ziele verfolgt werden: der Einsatz der französischen militärischen Schlagkraft zum Ausgleich seiner geringer gewordenen wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit und im Inland zum einen die Rechtfertigung der Rüstungsausgaben und zum anderen die Sicherung der Zustimmung zu Militäreinsätzen. Mit anderen Worten: Im globalen Raum setzt Frankreich seine militärische Stärke als «Wettbewerbsvorteil» ein.

Die Konzentration auf die Veränderungen im globalen Raum als Ausgangspunkt für die Analyse des Militarisierungsschubs in Frankreich soll nicht heißen, dass die entsprechenden relevanten innerfranzösischen Triebkräfte außer Acht gelassen wer-

50 Mead, Walter R.: *The Return of Geopolitics. The Revenge of the Revisionist Powers*, in: *Foreign Affairs* 3/2014, S. 69–79.

51 Serfati, Claude: *The transatlantic bloc of states and the political economy of the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)*, in: *Work Organisation, Labour and Globalisation* 1/2015, S. 7–37.

den. *Erstens* kontrolliert Frankreich in Afrika wichtige geopolitische Standorte, zum anderen gibt es große französische Konzerne, die ein ausgeprägtes Interesse an nuklearer Entwicklung sowie in den Bereichen Telekommunikation und Infrastruktur haben. Sowohl geopolitische als auch ökonomische Interessen werden von gesellschaftlichen Gruppen unterstützt, die umso mächtiger sind, als sie über großen Einfluss im Staatsapparat verfügen (Françafrique-Netzwerke). *Zweitens* sollte die Rolle des Militärs nicht unterschätzt werden: Der Oberbefehlshaber der Armee war schon Monate vor Interventionen im Ausland sehr gut vorbereitet – jenseits eines einfachen Notfallplans. Das US-Militär drückte sich über die vorbereitende Expertise französischer Expeditionstruppen ausdrücklich anerkennend aus.⁵² *Drittens* profitierte die Rüstungsindustrie einerseits von der Erhöhung des Verteidigungsetats und andererseits davon, dass das Attribut «kampferprobt», mit dem die französischen Rüstungsgüter aufgrund der zahlreichen Militäroperationen charakterisiert werden können, bei den Abnehmern sehr gut ankommt. «Ich kann bestätigen, dass die Leistung der Leclerc-Panzer im Jemen die Militärs des gesamten Nahen Ostens nachhaltig beeindruckt hat»,⁵³ so der Chef der Firma Nexter Systems, ein Hersteller von Bodenwaffen, in einer Anhörung vor der Nationalversammlung. Ein weiterer vorteilhafter Faktor für die Aufwertung des Militärs ist *viertens* die Überzentralisierung politischer Entscheidungsprozesse, die zugleich auf einem rechten politischen Konsens beruhen und durch das Fehlen einer schlagkräftigen Antikriegsbewegung weiter begünstigt werden (deren Mobilisierungsfähigkeit an die in anderen europäischen Ländern heranreichen würde – wie z. B. in Deutschland, Italien, dem Vereinigten Königreich oder den skandinavischen Ländern).

All diese internen Faktoren haben über lange Zeit die Positionierung Frankreichs innerhalb des globalen Raums bestimmt, während globale Veränderungen gleichzeitig auf die inneren Triebkräfte zurückgewirkt haben.

2 Die ökonomische Dimension des französischen Militärs

Zunächst wird hier der Vorrang der Entwicklungs- und Produktionskapazitäten für Waffensysteme im Rahmen der Industriepolitik analysiert. Dann folgt ein Überblick über die aktuelle Position des französischen rüstungsbezogenen Mesosystems (FRMS) innerhalb der nationalen Wirtschaft. Anschließend wird die zentrale Rolle von Exporten für das FRMS untersucht. Der Verkauf von Rüstungsgütern geht insbesondere mit der Verletzung von Menschenrechten und einem hohen Maß an Korruption einher. Zum Schluss werden die Auswirkungen auf die französische Wirtschaftsleistung diskutiert.

52 Shurkin, Michael: France's War in Mali. Lessons for an Expeditionary Army, Santa Monica 2014.

53 Zit. n. Mayer, Stéphane: Commission de la défense nationale et des forces armées, Französische Nationalversammlung, 2.3.2016, unter: www.assemblee-nationale.fr/14/cr-cdef/15-16/c1516037.asp.

2.1 Die Rüstungsindustrie vor 1958

Durch die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende militaristische Tradition ist die Rüstungsproduktion in Frankreich tief verwurzelt. Im Laufe des 19. Jahrhunderts diente die vom «Sonnenkönig» zwei Jahrhunderte zuvor aufgebaute königliche Waffenproduktion als Basis für die Entwicklung einer leistungsstarken Metall- und Schiffbauindustrie. Die Ingenieure, die an der *École Polytechnique* (einer während der Revolution gegründeten militärischen Elitehochschule) ausgebildet wurden, bildeten die Grundlage für den staatlich geförderten Maschinenbau.⁵⁴ Die osmotische Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft verlieh ihnen zugleich eine prominente Rolle als französische Industriefachleute. Diese Art von Industriepolitik war inspiriert von der Denkschule des Saint-Simonismus unter der Herrschaft von Louis-Napoleon Bonaparte (1852–1870). Zahlreiche militärische Abenteuer des Kaisers (Krimkrieg 1854–1856, Italien 1859, Eroberungsversuche in Korea 1856, Opiumkrieg in China 1860, Mexiko 1862–1867 etc.) befeuerten die Waffenproduktion und kurbelten die metallurgische Industrie an.

Ab den 1880er Jahren setzten die zunehmenden interimperialistischen Rivalitäten einen Rüstungswettlauf zwischen den Ländern Europas in Gang, der zudem durch verschiedene technische Neuerungen begünstigt wurde. Ab den 1870er Jahren profitierten die Waffenschmiede von einem starken Anstieg der staatlichen Rüstungsausgaben. Zu den prominenteren Symbolen des Reichtums der «Waffenhändler» gehörten die Konzerne Schneider in Frankreich, Armstrong und Vickers im Vereinigten Königreich und Krupp in Deutschland. In der Zeit zwischen 1873 und 1913 betrug der Anteil der Militärausgaben am BIP in Frankreich 3,68 Prozent, im Vereinigten Königreich 2,63 Prozent, in Deutschland 2,56 Prozent und 0,74 Prozent in den USA.⁵⁵ Im Jahr 1913 schließlich lagen die französischen Rüstungsausgaben bei 3,9 Prozent des BIP, womit es zwar noch hinter Russland (4,6 %) aber vor Deutschland (3,5 %) und Großbritannien (3 %) rangierte.⁵⁶

Die Rolle der Rüstungsindustrie wird auch durch die Zusammensetzung der französischen Kapitalexperte deutlich. Wenngleich Frankreich vor 1914 der weltweit zweitgrößte Kapitalexporteur war (allerdings weit abgeschlagen hinter Großbritannien), veranschaulicht der Vorzug von Krediten an ausländische Regierungen vor direkten industriellen Investitionen den Vorrang der Rentenökonomie vor dem industriellen Unternehmertum.⁵⁷ Diese Kredite wurden Regierungen hauptsächlich zu

54 Belhoste, Bruno/Chatzis, Kostas: From Technical Corps to Technocratic Power: French State Engineers and their Professional and Cultural Universe in the First Half of the 19th Century, in: *History and Technology* 3/2007, S. 209–225.

55 Eloranta, Jari: Struggle for Leadership? Military Spending Behavior of the Great Powers, 1870–1913, unter: www.appstate.edu/~elorantaj/warwick2002d.

56 Ferguson, Niall: Public Finance and National Security: The Domestic Origins of the First World War, in: *Past & Present* 1/1994, S. 141–168.

57 Serfati, Claude: Imperialism in context: The case of France, in: *Historical Materialism* 2/2015, S. 1–42.

militärischen Zwecken oder für zivile Infrastrukturprojekte gewährt. Eine Begleiterscheinung der umfangreichen französischen Kredite für das zaristische Russland war, dass französische Investoren den größten privaten Rüstungsproduzenten in Russland, die Firma Putilow, beherrschten. Auch die Türkei erhielt Kredite nur unter der Bedingung, dass sie davon militärische Ausrüstung kaufte.

An dieser Stelle muss hinzugefügt werden, dass die wichtigsten europäischen Rüstungsfirmen keine Scheu vor einer Kooperation untereinander hatten, auch wenn sie auf dem Rüstungsmarkt Konkurrenten waren. Schneider erwarb Krupp-Patente und erhielt einen Kredit von Skoda, einem Tochterunternehmen von Krupp. Der Krupp-Konzern selbst, dessen Verkaufszahlen hauptsächlich von ausländischen Märkten abhingen, umgarnte Bonaparte – und präsentierte auf der Weltausstellung in Paris im Jahr 1867 gar eine Auswahl seiner Pistolen – bis kurz vor Beginn des Deutsch-Französischen Krieges ab 1870.⁵⁸

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg investierte Frankreich große Summen in die Verteidigung, wobei der Anteil der Rüstungsausgaben am BIP in manchen Jahren sechs Prozent übertraf. Mehr als 60 Prozent des Verteidigungsbudgets flossen dabei in Personalkosten: Mitte der 1950er Jahre gab es ein stehendes Heer von 1.230.000 Soldaten (im Vergleich zu 260.000 Soldat*innen im Jahr 2018), das damals dreimal so groß war wie das Heer Großbritanniens, obwohl Großbritannien eine größere Bevölkerung aufwies. Das Land durchlief zu jener Zeit ein starkes gesamtwirtschaftliches Wachstum, weshalb der französische Ökonom Jean Fourastié die Phase als die «glorreichen dreißig Jahre»⁵⁹ bezeichnete und weshalb sie in keynesianischer Terminologie als «goldenes Zeitalter» gilt.

Zugleich stellte die Transformation der industriellen und gesellschaftlichen Strukturen zur Anpassung der französischen Volkswirtschaft an die Internationalisierung des Kapitals eine große Herausforderung dar. In den 1950er Jahren stützte sich Frankreich noch immer sehr stark auf seine Kolonien: 37 Prozent seiner Waren exportierte das Land in die Kolonien (allein 11 % nach Algerien), während 25 Prozent der Importe von dort stammten.

Die große Wende 1958

Der Umbau der französischen Wirtschaft bildete den Kern der Regierungspolitik de Gaulles. Im Vergleich zum ersten Nachkriegsjahrzehnt erhielt die Rüstungsindustrie unter seiner Regierung eine neue Rolle in der Wirtschaftspolitik. Infolge des Zweiten Weltkriegs hatte sich die wirtschaftspolitische Planung («Dirigismus»), die Jean Monnet für Frankreich – und später für ganz Westeuropa – entworfen und die auf

58 Engelbrecht, Helmuth C./Hanighen, Frank C.: Merchants of Death. A study of the International Armament Industry, New York 1934.

59 Fourastié, Jean: Les Trente glorieuses ou la Révolution invisible: de 1946 à 1975, Paris 1980.

den Wiederaufbau und die Modernisierung der französischen Wirtschaft abgezielt hatte, auf zivile Institutionen gestützt, darunter die staatliche Planungskommission, das Handels- und Industrieministerium und das Außenhandelsministerium. Unter der gaullistischen Politik basierten wichtige Komponenten der französischen Innovationspolitik auf umfangreichen Technologieprogrammen im Bereich der Rüstung (einschließlich der Atomarene), der Luftfahrt und der Telekommunikation, die von staatlichen Technologieagenturen umgesetzt wurden (CEA, DGA, CNES, ONERA), welche wiederum unter der Aufsicht des Verteidigungsministeriums agierten. Entscheidende Kompetenzen wurden von zivilen Ministerien an das Militär übertragen. Ein Grund für die Beteiligung des Militärs war die historische Schwäche des industriellen Unternehmertums, sodass die Führung durch einige bedeutende «Wirtschaftskapitäne» wenig Aussicht auf Erfolg versprach. Die französische Wirtschaft wurde somit neben der der USA und Großbritanniens zum Prototyp einer missionsorientierten Technologiepolitik – im Gegensatz zu den meisten anderen westlichen Staaten (Japan, Deutschland, Schweden, Italien usw.), die stattdessen auf eine Politik der ökonomischen Diversifizierung setzten, um es mit der Begrifflichkeit der Innovationsökonomie zu beschreiben.⁶⁰ Anders gesagt: Obwohl damals niemand die entscheidende Rolle des Staates für die Innovationsdynamik ernsthaft infrage stellte, wurde sie doch unterschiedlich interpretiert, insbesondere hinsichtlich der Gewichtung der militärischen Forschung und Entwicklung (F&E). Folgende Zahlen veranschaulichen dies: Im Jahr 1981 betrug der Anteil der Investitionen in militärische F&E an den staatlichen Gesamtausgaben für F&E in den USA 54 Prozent, im Vereinigten Königreich 49 Prozent, in Frankreich 39 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland neun und in Japan zwei Prozent.

Hinzu kam ein weiterer – wenngleich bisher unzureichend untersuchter – Effekt: Zu einer Zeit, als die Dekolonisierung unumkehrbar geworden war, bot die gaullistische Politik dem Militär, mittlerweile von seiner prokolonialistischen Fraktion gesäubert, die Gelegenheit, den Verlust seines Einflusses in Frankreichs «Hinterhof» durch den Eintritt in die Wirtschaft wieder wettzumachen. Manche haben diesen weitreichenden Schritt als Verwandlung von «Kriegern zu Managern» bezeichnet.⁶¹ Allerdings ist diese Bezeichnung wohl etwas zu einseitig, da sie nur einen Aspekt dieses Wandels beschreibt. Seither hat sich gezeigt, dass das französische Militär seine Rolle als «Krieger» durch seine Technologie und anhaltende Kompetenz in Sachen Expeditionsarmeen in den ehemaligen Kolonien durchaus aufrechterhalten hat.

Der Militäretat wurde nach 1958 erheblich aufgestockt, wobei die Verteilung dieser Mittel sich grundlegend von jener aus der Zeit der Vierten Republik unterschied. Statt auf operative Ausgaben wurde der Schwerpunkt nunmehr auf den Aufbau einer

60 Ergas, Henry: The Importance of Technology Policy, in: Dasgupta, Partha/Stoneman, Paul (Hrsg.): Economic Policy and Technological Performance, Cambridge 1987, S. 51–96.

61 Martin, Martin. L.: Warriors to Managers: The French Military Establishment since 1945, Chapel Hill 1981.

modern ausgestatteten Armee gelegt. Hierzu zählten beispielsweise Kredite für die autonome Entwicklung eines atomaren Abschreckungspotenzials und großer Waffensysteme in den drei konventionellen Gattungen der Streitkräfte. Atomare Rüstungsprogramme hatten dabei einen enormen Stellenwert: Im Laufe der 1960er Jahre lag ihr Anteil am Verteidigungshaushalt bei circa 40 Prozent. Eine weitere Neuerung war 1960 die Einführung der Gesetze zur Militärplanung (GMP) als Instrument zur strengeren Vorgabe für die vom Parlament zu bewilligenden Mittel. Jedes der 14 Gesetze, die seither beschlossen wurden (darunter auch das GMP für 2019–2025), deckt einen vier- bis fünfjährigen Zeitraum ab. In politischer Hinsicht begünstigten sie den Konsens zwischen den etablierten (linken und rechten) Parteien in Verteidigungsfragen, einschließlich der atomaren Abschreckung, welche von den Sozialist*innen und Kommunist*innen lange abgelehnt worden war. In ökonomischer Hinsicht erleichterten sie die Entwicklung großer Waffensysteme, auch wenn es in zahlreichen Programmen zu Kostenexplosionen kam. Das Argument war und ist stets, dass eine Beendigung solcher Programme sehr schwierig und zu kostspielig sei, wenn das Parlament die Mittel bereits über einen Zeitraum von vier oder fünf Jahren bewilligt hat.

Eine entscheidende Auswirkung der Rückkehr des Militärs in das Zentrum des Staatsapparats war die Schaffung des französischen rüstungsbezogenen Mesosystems (FRMS),⁶² das auch 60 Jahre später nach wie vor die zentrale Säule der nationalen industriellen Basis bildet.

2.2 Das Konzept des französischen rüstungsbezogenen Mesosystems

Die Produktion von Waffensystemen ist in jeder Hinsicht eine spezielle Unternehmung. Dies betrifft a) die dazugehörige Marktstruktur des bilateralen Duopols, das heißt, es gibt nur einen Kunden – meist Regierungen (weshalb Exporte der Genehmigung bedürfen) – und einen Produzenten von Waffensystemen (bzw. von Ausrüstung zur Nutzung zu Land, zu Wasser oder in der Luft); b) die Regulierung im Sinne einer peniblen Kontrolle der Entwicklung, Produktion und Exporte durch Regierungsinstanzen; und c) ihre Stellung innerhalb des Prozesses der gesamtwirtschaftlichen Reproduktion von Reichtum. Weder sind Rüstungsgüter ein Produkt, das der Investition im Sinne der erweiterten Kapitalakkumulation dient noch eine Konsumware zur Reproduktion von Arbeitskraft.

Außer diesen knappen Bemerkungen ist in dieser Studie leider kaum Raum, um im Detail auf den Beitrag von Militärausgaben zur kapitalistischen Wirtschaftsdynamik einzugehen. Daher sei an dieser Stelle lediglich darauf verwiesen, dass in der Debatte über Rüstungsausgaben als Anreiz oder als Bremse der Kapitalakkumulation und des

62 Serfati, Claude: *Production d'armes, croissance et innovation*, Paris 1995.

gesamtwirtschaftlichen Wachstums⁶³ zwischen den folgenden Faktoren differenziert werden muss: a) der zeitliche Horizont (im Sinne möglicherweise unterschiedlicher Kurz- und Langzeiteffekte); b) die makro- und mikroökonomischen Folgen (was für einzelne Unternehmen vorteilhaft ist, kann durchaus ein Nachteil für die Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes sein); c) die territoriale Ebene (Verlagerungs- oder Transfereffekte von einem in ein anderes Land).⁶⁴ Ein ähnlicher Vorbehalt betrifft die Debatte über die «Spin-off»- oder Übertragungseffekte von Militärtechnologie auf zivile Bereiche, die ebenso einer genaueren Kontextualisierung bedürfen.

Hinzu kommt, dass die Rüstungsproduktion – wenngleich sie eine industrielle Aktivität darstellt, die im Sinne eines Arbeitsprozesses funktioniert – zuallererst eine direkte Projektion der politischen Macht auf das Feld der Ökonomie darstellt. Denn grundsätzlich verfolgt die Waffenproduktion das Ziel, den staatlichen Anspruch zu gewährleisten, «innerhalb eines bestimmten Gebietes [...] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit» (Max Weber) auszuüben, um eine Bevölkerung gegen innere und äußere Bedrohungen zu schützen. Während die nationale Rüstungsindustrie eine politische Projektion des Staates auf die Volkswirtschaft darstellt, besitzt sie zugleich ihre eigene auf immanenten ökonomischen und politischen Mechanismen basierende Dynamik. Ein wichtiger Grund für die anhaltende Beliebtheit des Begriffs «militärisch-industrieller Komplex» (MIK), den einst US-Präsident Eisenhower prägte (und der selbst einer seiner maßgeblichen Architekten in der Folgezeit des Zweiten Weltkriegs war), ist die Hervorhebung des «gesamte[n] Einfluss[es] – wirtschaftlich, politisch, ja sogar spirituell [– als Resultat] der Verbindung eines gewaltigen Militärapparates mit einer großen Rüstungsindustrie».⁶⁵ Trotz der gängigen Verwendung des Begriffs MIK steht dieser für nicht viel mehr als ein loses Konzept.⁶⁶ Außerdem unterscheidet sich das Verhältnis zwischen Militär und Volkswirtschaft aufgrund der ungleichen Entwicklung im globalen Raum von Land zu Land teils sehr stark.

63 Um ein Beispiel zu nennen: Eine Untersuchung der Literatur zum Wachstum der Verteidigungsausgaben offenbart jüngst, dass von den 168 Analysen, die seit der wegweisenden Studie von Benoist (1973) durchgeführt wurden, 44 Prozent der länderübergreifenden und 31 Prozent der Fallstudien einen negativen Effekt der Militärausgaben für das Wirtschaftswachstum bestätigten, während 20 Prozent einen positiven Effekt nahelegten und etwa 40 Prozent unklare Resultate lieferten. Vgl. dazu Dunne, Jean P./Tian, Nan: Military Expenditure and Economic Growth: A Survey, in: *Economics of Peace and Security Journal*, *Economists for Peace and Security* 1/2013, S. 5–11.

64 Dies ist der Fall, wenn beispielsweise ein Land militärisch durch ein anderes Land geschützt wird (siehe auch die entsprechende Debatte über die «Verteilung der Lasten» zwischen den USA und ihren Verbündeten). Ebenfalls interessant in diesem Zusammenhang sind die Anmerkungen Kaleckis in einem Artikel von 1962, in dem er argumentiert, dass die deutschen Exporte von den Wiederbewaffnungsbemühungen der westlichen Allianz profitierten. Toporowski, Jan: Multilateralism and military Keynesianism: Completing the analysis, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 4/2016, S. 437–443.

65 Eisenhower, Dwight D.: Farewell Address to the American Nation, 17.1.1961, unter: www.americanrhetoric.com/speeches/dwightdeisenhowerfarewell.html.

66 Zu den interessanteren Analysen in diesem Zusammenhang zählen die von Seymour Melman («Pentagon-Kapitalismus: Die politische Ökonomie des Krieges») und «Staatsmanagement»), Ann Markusen und Joel Yudken («Aerospace, Communications, Electronics (ACE) Complex») und James M. Cypher («Iron triangle» – bestehend aus politisch-zivilen und militärischen Institutionen sowie den Unternehmen, die von den entsprechenden Aufträgen profitieren).

Das Konzept des Mesosystems (in der französischsprachigen Welt auch bekannt als *filière*, also Zusammenhang verschiedener Systeme), das der Industrieökonomie entlehnt ist, ermöglicht die Definition der französischen Rüstungsindustrie als «rüstungsbezogenes Mesosystem». Das französische RMS weist dieselben Merkmale wie andere Systeme auf, darunter eine spezifische Zweckmäßigkeit, was bedeutet, dass die eigentliche Funktionsweise durch die Erreichung vorgegebener Ziele bestimmt wird,⁶⁷ sowie ein umfangreiches Zusammenspiel zwischen den einzelnen Komponenten (wozu das militärische Establishment, rüstungsrelevante Agenturen und Behörden, Industriebetriebe, Forschungseinrichtungen usw. zählen). Darüber hinaus müssen hier noch zwei weitere Eigenschaften des FRMS erwähnt werden: Die Beziehungen zwischen den Einzelkomponenten sind sowohl marktbasierend als auch nicht marktbasierend (darunter rechtliche und politische Verhältnisse) und das Verhältnis des FRMS zu seiner sozioökonomischen Umgebung ist ein interaktives. Das FRMS nimmt sowohl Impulse von außen auf, verändert aber zugleich durch sein Handeln seine breitere Umgebung.

Die Generaldirektion Rüstung DGA, die 1961 als Agentur innerhalb des Verteidigungsministeriums geschaffen wurde, nimmt eine zentrale Rolle für den Zusammenhalt des FRMS ein und steht im Zentrum der inner-systemischen Beziehungen. Ihre Aufgaben sind vielfältig: technologisch-industrielle Aufgaben (in der Entwicklung und Umsetzung von Forschungs-, Design-, Produktions- und Wartungsprogrammen für Waffensysteme), regulatorische (hinsichtlich der Zertifizierung und Freigabe von Waffensystemen, die von Armeen gekauft werden), Waffenproduktion (obwohl diese Rolle aufgrund des Rückgangs der Arsenale eher abnimmt) und Organisation von Exporten. Der innere Zusammenhalt des FRMS wird durch die enge personelle Verzahnung mit der Leitung französischer Spitzenunternehmen verstärkt. Dies bestätigt die Erkenntnisse der Bourdieuschen Soziologie hinsichtlich der Reproduktion der französischen herrschenden Klasse und Eliten: Das osmotische Verhältnis zwischen dem Staat und der Großindustrie wird durch eine Zirkulation der Eliten untermauert, die im Laufe ihrer beruflichen Karriere zwischen (öffentlichen oder privaten) Konzernen und staatlichen Institutionen hin- und herpendeln. Die große Mehrheit dieser Eliten sind Absolvent*innen bestimmter elitärer Hochschulen, wovon zwei besonders dominant sind – die *École Polytechnique* und die *École nationale d'administration*. In der jüngeren Vergangenheit ist die *École des hautes études commerciales de Paris*, eine Hochschule für Management, hinzugekommen. Sie fordert die anderen beiden in ihren Spitzenpositionen heraus. Eine derart ausgeprägte Homogenität bei der Rekrutierung von Führungskräften unterscheidet sich von einer größeren Heterogenität der Elite wie beispielsweise in Deutschland.⁶⁸

67 Bertalanffy, Ludwig von: An Outline of General System Theory, in: *The British Journal for the Philosophy of Science* 2/1950, S. 134–165.

68 Massol, Joël/Vallée, Thomas/Koch, Thomas: Les élites économiques sont-elles encore si différentes en France et en Allemagne?, in: *Regards sur l'économie allemande* 3/2010, S. 5–14.

2.3 Das rüstungsbezogene Mesosystem in der französischen Wirtschaft

Am Verhältnis von Militärausgaben zum BIP, welches üblicherweise für internationale Vergleiche und eine Beurteilung des Stellenwerts von Rüstungsausgaben in einem bestimmten Land herangezogen wird, gibt es eine Reihe von legitimen Kritikpunkten.

Erstens: Der tatsächliche Gehalt der beiden Komponenten ist umstritten. Hinsichtlich der Militärausgaben wird die Grenze zwischen Verteidigung und innerer Sicherheit, die traditionell auf der Unterscheidung zwischen äußeren und inneren Bedrohungen basierte, in den strategischen Dokumenten führender Nationen zunehmend verwischt – mit erheblichen Auswirkungen auf die Angaben der jeweiligen Ausgaben.⁶⁹

Zweitens: Das BIP als Indikator des «Reichtums eines Landes» wird von vielen Seiten her kritisiert und seine Aussagekraft für internationale Vergleiche ist teilweise irreführend. Zudem ist die Angabe von Daten über militärische Staatsausgaben freiwillig und oftmals intransparent. Selbst wenn zwei Länder ein ähnliches Verhältnis zwischen beiden Komponenten aufweisen, so können sie dennoch hinsichtlich der Zusammensetzung der Militärausgaben bezüglich Personalkosten, Ausrüstung sowie F&E deutlich voneinander abweichen, wie es bei Frankreich und Deutschland der Fall ist.

Drittens: Da das Verhältnis zwischen Rüstungsausgaben und BIP sowohl für den zwischenstaatlichen wie auch chronologischen Vergleich zwischen «Sicherheit und Bedrohung» herangezogen wird, ist das Verhältnis zwischen Verteidigungsausgaben und nationaler Sicherheit alles andere als eindeutig. Daher ist die Forderung nach Militärausgaben in Höhe von zwei Prozent des BIP, lange Zeit von der NATO eingefordert und von Trump wiederbelebt, vielmehr als politisches Ziel zu verstehen denn als Festlegung eines Wertes, der die Sicherheit einer Bevölkerung garantiert.

Auf die Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Relation zu verzichten und die Rüstungsproduktion stattdessen im Verhältnis zu nationalen Produktions- und Innovationssystemen zu analysieren erzeugt ein klareres Bild vom Stellenwert der Rüstungsproduktion innerhalb einer Volkswirtschaft. In Frankreich, wo der Anteil der Militärausgaben am BIP unter zwei Prozent liegt, stellt die Rüstungsindustrie 6,2 Prozent aller Arbeitsplätze in der Fertigung, während die Standorte der rüstungsbezogenen Industrie 30 Prozent der wichtigsten Produktionsstätten ausmachen – nicht zuletzt ein Indikator für das Ausmaß der Deindustrialisierung in Frankreich. Noch bedeutender ist, dass 20 Prozent aller (zivilen und militärischen) technologischen Fähigkeiten (gemessen an F&E sowie angemeldeten Patenten) von den acht größten Rüstungskonzernen kontrolliert werden. Die Diskussion dieser überaus bedeutenden Rolle innerhalb des nationalen Innovationssystems folgt weiter unten. Zwischen

69 Im Falle Frankreichs zeigt sich, dass die sicherheitsrelevante Branche nahezu ebenso wichtig ist wie die Rüstungsindustrie: private Sicherheit: 6 Milliarden Euro, nationale Sicherheit: 8 Milliarden Euro, Verteidigung: 15,1 Milliarden Euro. Vgl. dazu Serfati, Claude: *L'industrie française de défense*, Paris 2014, S. 168.

2011 und 2015 erreichte der Anteil der Exporte durch Rüstungsfirmen an den französischen Warenexporten (also auch unter Hinzuziehung ihrer zivilen Warenexporte) bemerkenswerte 19,2 Prozent.⁷⁰

Die französische Waffenproduktion ist stark konzentriert. Acht große Industrieunternehmen agieren als hauptsächliche Auftragnehmer der Rüstungsproduktion, das heißt, sie sind zuständig für alle wichtigen Waffenprogramme. Als Folge einer Industriepolitik, die die Konzentration technologischer und finanzieller Leistungsfähigkeit anstrebt und zugleich die Konkurrenz unter den großen Playern zu verhindern sucht, haben sie alle eine Monopolstellung auf dem französischen Markt inne. Im Jahr 2016 erhielten sie über 70 Prozent der Aufträge an nationale Firmen. Tabelle 3 zeigt die größten Auftragnehmer. Zwischen ihnen gibt es allerdings erhebliche Unterschiede. Zum einen betrifft dies ihre Größe – gemessen am Ertrag und an der Zahl der Beschäftigten –, zum anderen ihre Abhängigkeit von öffentlichen Rüstungsaufträgen. Während vier der Konzerne vollkommen (oder im Falle von DCNS nahezu vollständig) von Rüstungsgeschäften abhängig sind, machen die Rüstungsaufträge bei Airbus und Safran nur 20 Prozent oder weniger ihrer Umsätze aus. Zugleich unterscheiden sie sich in den Eigentumsverhältnissen. Zwei von ihnen (DCNS und der komplette französische Anteil von KNDS nach dem Zusammenschluss in 50-zu-50-Parität mit dem deutschen Hersteller Krauss-Maffei Wegmann, wobei die deutsche Wegmann-Gruppe den gesamten deutschen Anteil besitzt) befinden sich de facto im Besitz des französischen Staates. Die anderen Firmen werden zwar offiziell als private Firmen geführt, sind aber zumindest teilweise in staatlicher Hand. Der französische Staat besitzt elf Prozent der Anteile an Airbus. Da der deutsche Staat ebenfalls elf Prozent und der spanische 4,2 Prozent Anteile halten, ist das Luftfahrtunternehmen jedoch letztlich in regierungsübergreifendem Besitz – wenngleich 73 Prozent seines Kapitals als Umlaufkapital internationalen Eignern gehört. Die Anteile der Firma Matra BAe Dynamics Aérospatiale (MBDA) befinden sich in den Händen von Airbus (37,5%), British Aerospace Electronic Systems (37,5%) und Leonardo (25%). Die indirekte Kontrolle des französischen Staates über die Firma Dassault via Airbus wurde beendet, als Airbus 2016 seine Anteile in Höhe von 23,6 Prozent abstieß.

70 Oudot, Jean-Michel: *Stratégies et performances des entreprises de défense à l'international*, in: *Ecodef 3/2017*.

Table 3: Die größten französischen Rüstungsunternehmen

	in staatlicher Hand (in %)	Einnahmen 2015 (in Mio. Euro)	Anteil der Rüstungs- geschäfte am Gesamt- ertrag (in %)	Anteil der Rüstungs- aufträge des Vertei- digungsministeriums am Gesamtgeschäfts- volumen (in %)	Anteil von F&T-Auf- trägen des Verteidi- gungsministeriums am Gesamtgeschäfts- volumen (in %)
Airbus	11	64.450	18	20,1	9,7
DCNS	63	3.039	97	16,1	12,8
Thales	26	14.063	50	15,5	26,1
CEA und CNES	100	6.116	32	13,7	8,2
Dassault Aviation	0	4.176	40	5,9	6,9
Safran	14	17.414	20	8,4	11,4
Nexter	50*	1.070	100	2,5	1,5
MBDA	0	2.870	100	2,9	4,0
Renault Truck Defense	0	423	100	1,3	0,1

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Zahlen der DGA und von Jahresberichten

* 100 Prozent des französischen Teils von Nexter

Obwohl die genauen Grenzen zwischen den verschiedenen großen französischen Rüstungsfirmen sich aufgrund von Zukäufen und Veräußerungen seit 2014 verschoben haben mögen, ist ihre finanzielle Verflechtung nach wie vor stark ausgeprägt. Der Zusammenhalt des FRMS basiert somit auch auf dem Staat, der als Eigentümer auftritt.

Die Arbeitsplätze in dieser Branche sind historisch begründet und geografisch konzentriert, da die Rüstungsproduktionsstandorte vor Angriffen ausländischer Armeen geschützt werden mussten. 28 Prozent aller Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie entfallen auf die Region um Paris, 15 Prozent auf Südfrankreich (Region Provence-Alpes-Côte d'Azur) und neun Prozent auf die Bretagne.

Die atomare Ausschaltsperre

Die Atomindustrie bietet den wohl offensichtlichsten Beleg für die tiefe Einbettung des FRMS in das politische und ökonomische System Frankreichs. Unmittelbar nach der Ölpreiskrise von 1973 beschloss die französische Regierung, die nuklearen Kapazitäten des Landes rasch auszubauen. Das erklärte Ziel war die Erlangung einer stärkeren Energiesicherheit. Die Konsolidierung nuklearer militärischer Fähigkeiten sollte durch massive Investitionen in die energieorientierte Atomforschung vorangetrieben werden, wodurch Steuermittel in umfangreiche Atomprogramme gelenkt wurden. 40 Jahre später ist Frankreich das Land mit dem höchsten Anteil von Atomkraft am

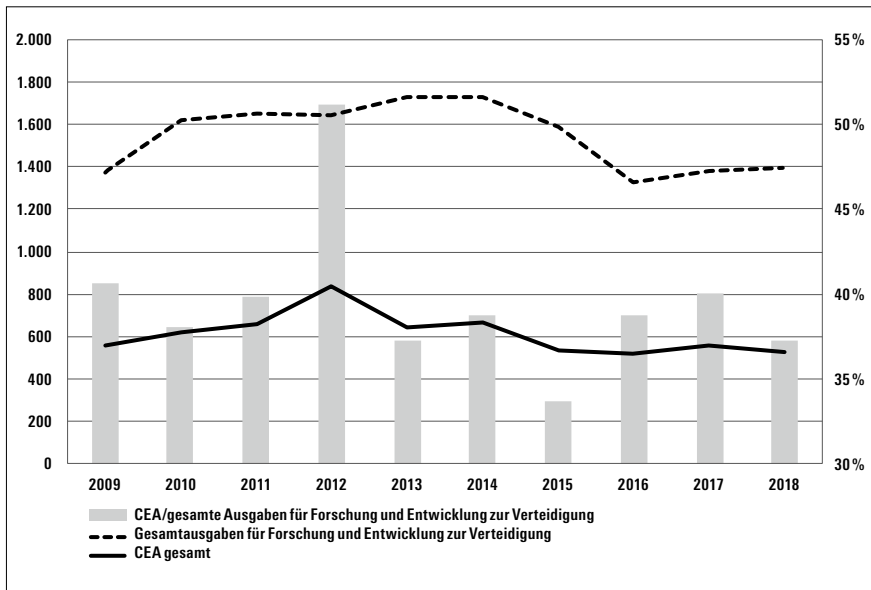
gesamten Energiemix. Im Jahr 2015 richtete Frankreich die UN-Klimakonferenz (COP 21) aus, doch keine drei Jahre später hatte der Präsident das Versprechen, den relativen Anteil der Atomkraft an der Stromproduktion auf 50 Prozent zu senken, in den Wind geschlagen. In einer Rede vor dem Europäischen Parlament im April 2018 verkündete er das Ziel, den EPR-Reaktor Flamanville 3 weiterzubetreiben. Im Jahr 2018 betrug der Anteil der Atomkraft an der gesamten Stromproduktion 70 Prozent – in den frühen 1980er Jahren nur 25 Prozent.

In Wahrheit befindet sich die französische Atomindustrie in einer Ausschaltsperrre, wie es Expert*innen der Innovationsökonomik bezeichnen. Hohe Kosten in der Anfangszeit, die durch große Unsicherheiten in der Gestaltung komplexer Systeme angehäuft wurden, verbunden mit der Intransparenz und der fehlenden Kontrolle des Projekts aus Sicherheitsgründen haben zum Entstehen von besonderen immanenten Mechanismen geführt, die den französischen Atomsektor ständig reproduzieren.

Der Anteil von Atomwaffen an der Rüstungsbeschaffung war in den 1960er Jahren bereits sehr hoch. Von 40,8 Prozent im Jahr 1964 stieg er bis 1967 auf 50,6 Prozent an, ehe er bis zum Jahr 1970 wieder auf 39,8 Prozent zurückging. Dieser Rückgang setzte sich in den Folgejahren weiter fort, mit 31,1 Prozent im Jahr 1980, 31,4 Prozent im Jahr 1990 und 19,1 Prozent im Jahr 2000. Gegen Ende der 2000er Jahre wurde dieser Trend schließlich gestoppt bzw. umgekehrt (23,1 % im Jahr 2009). Der Verteidigungshaushalt für die Jahre 2019 bis 2025 sieht bis 2024/25 eine Verdoppelung des nuklearen Budgets auf sechs Milliarden Euro vor – verglichen mit insgesamt drei Milliarden Euro in den 2010er Jahren.

Das Gewicht der Atomtechnologie wird im Bereich der Forschung noch deutlicher. Abbildung 1 zeigt die Verteilung der öffentlichen Mittel für Forschung und Technologie (F&T umfasst Grundlagenforschung sowie angewandte Forschung, nicht jedoch den Bereich Entwicklung) von 2013 bis 2018. Im Zeitraum 2009 bis 2018 ist der Anteil der Mittel für die Atomtechnologieagentur CEA auf fast 40 Prozent der Gesamtmittel für Forschung und Entwicklung im Verteidigungsetat gestiegen. Im Vergleich zu zivilen Technologieagenturen erhält die CEA somit erheblich mehr Förderung. Nur das Nationale Zentrum für Wissenschaftliche Forschung (CNRS) beschäftigt mehr Forscher*innen als die CEA, während andere öffentliche Agenturen, die auf gesundheitliche und medizinische (INSERM) und auf landwirtschaftliche Forschung spezialisiert sind, weit abgeschlagen hinter dem CEA zurückliegen.

Abbildung 1: Ausgaben für Forschung und Technologie für konventionelle und atomare Rüstungsprogramme (in Mrd. Euro)



Quelle: eigene Darstellung basierend auf parlamentarischen Berichten

Die zentrale Rolle der verschiedenen Hochschulen für die Reproduktion der französischen Eliten wird mit der École des Mines, der prestigeträchtigsten technischen Fakultät an der École Polytechnique, an der die meisten Topmanager*innen der Atomindustrie ihren Abschluss machen, bestätigt. Sie hat damit eine herausragende Stellung. Obwohl nur sehr wenige Absolvent*innen diese Hochschule jedes Jahr verlassen (15), bekleiden sie Schlüsselpositionen in den Chefetagen der Spitzenkonzerne des Landes.⁷¹

Unverzichtbare, aber anfällige Exporte

Der Leiter der DGA machte bereits in den frühen 1960er Jahren unmissverständlich klar, dass etwa ein Drittel der französischen Rüstungsindustrie exportorientiert aufgestellt sein müsse. Die ökonomischen Argumente dafür lauteten: Wenn Frankreich, dessen heimischer Markt viel kleiner als die Märkte der USA und der Sowjetunion ist, tatsächlich eine eigenständige konventionelle Rüstungsproduktion aufbauen wolle, ohne dabei unzumutbare Kosten für die französischen Steuerzahler*innen zu produ-

71 Dudouet, François-Xavier/Joly, Hervé: Les dirigeants français du cac 40: entre élitisme scolaire et passage par l'État, in: Sociologies pratiques 2/2010, S. 35–47.

zieren, so müsse auf Export gesetzt werden. Außerdem mussten die Mittel, die von der Produktion konventioneller Rüstungsgüter in die Entwicklung und Produktion von Atomwaffen umgeleitet wurden, irgendwie ausgeglichen werden. Die Lösung lag in der Generierung von Einnahmen durch den Export dieser konventionellen Waffen.

Anders formuliert: Um eine unabhängige Rüstungsproduktion zu entwickeln, musste sich Frankreich vom Verkauf seiner Waffen an ausländische Regierungen abhängig machen. Wie das gaullistische Verteidigungsministerium erklärte, stellte die Rüstungsindustrie darüber hinaus einen «Motor der industriellen Entwicklung» insgesamt dar – eine Formel, die zur Zeit der «Zusammenarbeit» («Kohabitation») der neogaullistischen Regierung mit dem sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand konsensfähig war.

Es gab auch ein politisches Argument für die Rüstungsexporte Frankreichs, das auf seiner «Vermittlerrolle» in den internationalen Beziehungen basierte. Frankreich zielte dabei auf die blockfreien Staaten, also jene Länder, die weder auf der Seite Washingtons noch Moskaus standen. Im Gegensatz zu den beiden Supermächten war Frankreich somit in der Lage, Waffen ohne damit verknüpfte Bedingungen zu verkaufen. In diesem Sinne erklärte der sozialistische Verteidigungsminister Charles Hernu 1982: «Ja, ich habe ein gutes Gewissen, wenn ich einem Land Waffen verkaufe, solange dies verhindert, dass sie die Waffen von einer der Supermächte kaufen.»⁷² Die Werbung um die blockfreien Staaten mit der Absicht, die Verfahren der USA hinsichtlich Rüstungsexporten zu unterlaufen, zog eine deutliche Veränderung in der geografischen Ausrichtung von Exporten nach sich. Über die 1970er und 1980er Jahre hinweg bezogen die «Entwicklungsländer» den Großteil der französischen Waffenexporte, während europäische Staaten lediglich einen Gesamtanteil von zehn Prozent kauften. Anhaltende Konflikte im Nahen Osten und in Afrika kurbelten die französischen Waffenexporte enorm an und stärkten nicht zuletzt den Ruf französischer Produkte als «kampferprobt» – ein Argument, mit dem französische Hersteller in den Kriegen, die Frankreich nach 2008 führte, stets warben (siehe Kapitel 1).

Die umfangreiche industrielle und technologische Kooperation mit dem irakischen Machthaber Saddam Hussein in den 1980er Jahren ist ein gutes Beispiel für den Erfolg dieser Strategie – zumindest bis 1991, als das verhängte Handelsembargo gegen den Irak die Ära lukrativer Beziehungen französischer Firmen mit «unserem Verbündeten Saddam» beendete.⁷³ Dieser Bruch ging letztlich zulasten der französischen Steuerzahler*innen, da der irakische Herrscher sich weigerte, die umfangreichen Lieferungen hochentwickelter französischer Waffensysteme, die er im Krieg gegen den Iran während der 1980er Jahre eingesetzt hatte, zu bezahlen.

Für die heimische Rüstungsindustrie zahlte sich diese resolute Exportpolitik dagegen sehr wohl aus, wie ein Vergleich mit Großbritannien, einem Land von ver-

72 Zit. n. Dussauge, Pierre: *L'industrie française de l'armement*, Paris 1998, S. 96.

73 «Notre allié Saddam» ist der Titel eines 1992 veröffentlichten Bestsellers.

gleichbarer Größe mit einer ähnlichen Rüstungsexpertise und Exportbereitschaft, zeigt. Zwischen 1950 und 1970 exportierte Frankreich nur halb so viel Waffen und Rüstung wie Großbritannien, 1973 zogen beide erstmals gleich und zwischen 1985 und 1990 exportierte Frankreich schließlich doppelt so viel wie Großbritannien. In den letzten zwei Jahrzehnten ist Frankreich laut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) schließlich in die Spitzengruppe der waffenexportierenden Länder aufgestiegen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion beraubte die französischen Regierungen des Arguments, eine Alternative zu den Supermächten darzustellen. Frankreich hat mit den anhaltenden Anstrengungen, seinen Anteil am weltweiten Waffenhandel beizubehalten und neue Kunden zu gewinnen, seither zunehmend die Menschenrechtsverletzungen durch die Abnehmerländer in Kauf genommen.

Diplomatie und Menschenrechte

Als einer der größten Waffenexporteure ist Frankreich mit zwei Problemen konfrontiert, die diesen ganz speziellen Handel seit jeher plagen: die Verstrickung in Menschenrechtsverletzungen und das hohe Maß an Korruption. Entsprechend waren fehlende Bedenken hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen stets eine zentrale Begleiterscheinung der französischen Waffenexportpolitik. Die Tatsache, dass die NATO aufgrund de Gaulles Politik für Waffenlieferungen kaum zugänglich war – hier mögen der als «Jahrhundertvertrag» gewertete Élysée-Vertrag zur militärischen Aufrüstung europäischer Länder und die Ablehnung der F-16 von General Dynamics (heute: Lockheed Martin Corporation) zugunsten der Mirage F1 von Dassault in den 1970er Jahren als Belege genügen –, machte aus dem Nahen Osten eine Schlüsselregion für französische Rüstungsfirmen. Der Erfolg lag darin begründet, dass Frankreich zur Zeit des klassischen Imperialismus in der Region bereits vor Ort war und insbesondere infolge des geheimen Sykes-Picot-Abkommens (1916) sowie nach dem Zweiten Weltkrieg gefestigte geopolitische Beziehungen mit den Ländern in der Region (darunter Ägypten) aufrechterhalten hatte.

Aufgrund des wirtschaftlichen und politischen Zwangs zum Waffenverkauf – und trotz aller internationalen Abkommen und Bemühungen – ist die Bilanz Frankreichs, was die Einhaltung von Menschenrechtskriterien beim Export von Rüstungslieferungen angeht, ausgesprochen düster. Es ist an dieser Stelle nicht genügend Raum, um all die Fälle militärischer Unterstützung (inklusive Waffenlieferungen zur Niederschlagung innerstaatlicher Proteste) für Regierungen in Afrika aufzulisten. In jüngster Vergangenheit zählte beispielsweise der tunesische Staatschef Ben Ali dazu (siehe Kapitel 1). Nahezu alle Kunden aus afrikanischen Ländern sowie aus dem Nahen Osten, die politisch und militärisch von Frankreich unterstützt werden, scheren sich

sehr wenig um demokratische Grundsätze.⁷⁴ Wenngleich der öffentliche Druck in den vergangenen Monaten tatsächlich zugenommen hat, sind Waffenlieferungen und die potenzielle Verwendung durch die Abnehmerländer seit Jahrzehnten von geringem Interesse. Nur ein paar Beispiele: Nach einem 1963 von der UN ausgerufenen Waffenembargo gegen das südafrikanische Apartheid-Regime, das sogar von seinen traditionellen Lieferanten (Großbritannien und USA) eingehalten wurde, ergriff Frankreich die Gelegenheit, um seine Präsenz insbesondere in Nordafrika bzw. in den Maghrebstaaten auszubauen. In den folgenden zwei Jahrzehnten avancierte Frankreich zum Hauptlieferanten Südafrikas, wobei die Fiktion aufrechterhalten wurde, dass die Waffen angeblich der äußeren Sicherheit Südafrikas dienten, obwohl sie freilich zur Unterdrückung der Anti-Apartheid-Bewegungen eingesetzt wurden. In seiner Unterstützung für das rassistische Regime sah Frankreich zudem eine Möglichkeit, nukleare Materialien und Einrichtungen zu liefern. Erst 1977 schloss sich die Regierung unter Giscard d'Estaing widerwillig dem Waffenembargo an.

In den 1990er Jahren unterstützte Frankreich die ruandische Regierung militärisch und setzte seine Waffenlieferung selbst dann noch fort, als der Völkermord, bei dem zwischen April und Juli 1994 über eine Million Menschen umkamen, bereits begonnen hatte. Die nachfolgenden französischen Regierungen haben Kritik an der damaligen sozialistisch-gaullistischen Regierung für ihre Unterstützung des ruandischen Regimes stets empört zurückgewiesen. Sogar noch im Juli 2016 lehnte der französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian eine mögliche Untersuchung der Beteiligung französischer Offiziere an dem mörderischen Treiben durch ruandische Behörden mit den Worten ab: «Die Unterstellung, dass sich die französische Armee an einem Völkermord beteiligt hat, ist eine infame Lüge, die ich aufs Schärfste zurückweise.»⁷⁵

Zwischen der offiziellen Beachtung der strengen Kriterien für Waffenlieferungen und der Realität tut sich gerade in jüngerer Zeit eine wachsende Kluft auf. Ungeachtet des Aufrufs der EU an all ihre Mitgliedsstaaten, die Lieferungen von Waffen an Ägypten einzustellen, um deren Einsatz zu Zwecken der Repression im Inland auszuschließen, sind französische Rüstungsverkäufe dorthin gerade in den letzten Jahren erheblich gestiegen, sodass Frankreich mittlerweile als viertgrößter Waffenlieferant des Landes gilt – alles im Namen des «Kampfes gegen den Terrorismus». Vom Hersteller Renault Trucks Defense gelieferte gepanzerte Fahrzeuge, die zur blutigen Niederschlagung der Proteste in Ägypten seit 2013 zum Einsatz kommen, sind nur eines der zahlreichen Beispiele, die in einem kürzlich veröffentlichten Bericht von verschiedenen

74 Im Demokratieindex von 2017 werden sie fast ausnahmslos unter der Kategorie «autoritäre» Länder geführt. Vgl. dazu Democracy Index 2017: Free speech under attack, The Economist Intelligence Unit, unter: www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex2017.

75 Uwiringiyimana, Clement: Rwanda probes possible role of French officials in genocide-prosecutor, Reuters, 30.11.2016, unter: www.reuters.com/article/us-rwanda-france/rwanda-probes-possible-role-of-french-officials-in-genocide-prosecutor-idUSKBN13P13E.

NGOs aufgelistet wurden.⁷⁶ Die unerschütterliche politische Unterstützung für die ägyptische Regierung, die infolge eines Wahlkampfes an die Macht kam, die Paris als «glaubwürdig und transparent, offen für alle Parteien und in Einklang mit internationalen Standards»⁷⁷ bezeichnete, bildet die Grundlage für künftige Waffenlieferungen.

Ein ähnlicher Widerspruch zwischen erklärten Prinzipien zur Einhaltung von Menschenrechten und der Realität zeigt sich mit Blick auf Lieferungen an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Laut einem von Amnesty International und der französischen Menschenrechtsorganisation ACAT in Auftrag gegebenen Bericht sind die von Frankreich gelieferten Rüstungsgüter dazu geeignet, sowohl im Konflikt im Jemen als auch allgemein für Kriegsverbrechen zum Einsatz zu kommen.⁷⁸ Eine Umfrage zeigte jüngst, dass ein Großteil der französischen Bevölkerung (75 %) für eine Aussetzung der Waffenlieferungen an die saudisch geführte Kriegesallianz im Jemen ist⁷⁹ und dass 69 Prozent der Befragten eine stärkere Rolle des französischen Parlaments bei der Kontrolle von Waffenexporten fordern. Eine solch überwältigende Ablehnung von Rüstungslieferungen könnte ein Anzeichen für ein gestiegenes Bewusstsein unter französischen Bürger*innen für die Intransparenz der Exportgenehmigungsverfahren sein, für die – ganz im Einklang mit der «Logik» der Vierten Republik – überhaupt keine parlamentarische Überprüfung vorgesehen ist. Auch könnte die Verurteilung von Waffenexporten eine Folge davon sein, dass die Zivilgesellschaft in Frankreich medial zunehmend darüber aufgeklärt wird, wie sehr Rüstungswirtschaft, Korruption und Politik in ihrem Land miteinander zusammenhängen. Illegale Geldzahlungen betreffen nicht nur dubiose «Vermittler», sondern auch die politischen Eliten. Ein vielbeachteter Fall sind die Ermittlungen gegen den ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy, dem vorgeworfen wird, finanzielle Unterstützung vom mittlerweile getöteten libyschen Machthaber Muammar al-Gaddafi für seine Wahlkampagne 2007 erhalten zu haben.

Auswirkungen der Rüstungsproduktion auf zivile Industrien

Dieser Abschnitt lenkt den Blick auf die Auswirkungen der Rüstungsindustrie auf Frankreichs Produktions- und Innovationssystem. In diesem Kontext scheint es angebracht, sich Macrons Pläne, das Land in eine «Start-up-Nation» zu verwandeln, ins Gedächtnis zu rufen. So zumindest drückte er es vor einer Reihe von Chefs von Technologieunternehmen aus, darunter Facebook, IBM, Intel Corp und Microsoft

76 International Federation for Human Rights: Egypt: A Repression Made in France, 15.4.2016, unter: www.fidh.org/IMG/pdf/egypt_report_english.pdf.

77 Ebd., S. 44.

78 International Federation for Human Rights: French arms sales: «indicators of presence» in Yemen and the necessary reform of control mechanisms, 31.5.2018, unter: www.fidh.org/en/region/north-africa-middle-east/yemen/fidh-org/en.

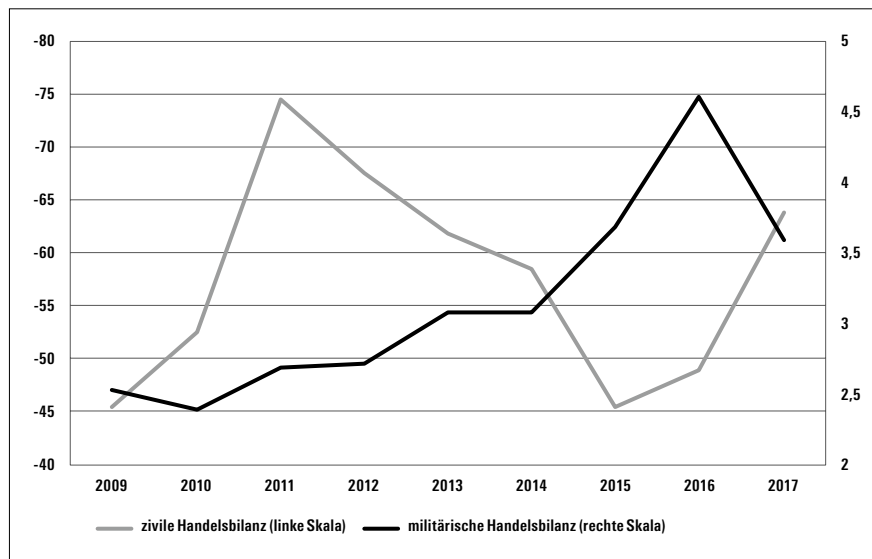
79 Irish, John: Poll shows most French oppose arms sales to Saudi-led Yemen coalition, 26.3.2018, unter: www.reuters.com/article/us-yemen-security-france-poll/poll-shows-most-french-oppose-arms-sales-to-saudi-led-yemen-coalition-idUSKBN1H202M.

Corp.⁸⁰ Vor einigen Jahrzehnten führten Forscher*innen im Bereich der Industrie- und Innovationsökonomik das Konzept des nationalen Produktions- und Innovationssystems ein, um zu verdeutlichen, dass die industrielle Dynamik eines Landes und der Erfolg seiner Produkte auf dem Weltmarkt – seine «Wettbewerbsfähigkeit» – von einer sorgfältig entwickelten Industriepolitik abhängen, die die Entwicklung technologischer Fähigkeiten vorantreibt und Rückwärts- und Vorwärtsverbindungen, das heißt Wechselwirkungen und Transfereffekte zwischen verschiedenen industriellen Sektoren, begünstigt. Da der globale Raum entlang nationaler Grenzen hochfragmentiert ist und eine ausgeprägte Hierarchie zwischen Nationalstaaten besteht (siehe Kapitel 1), gibt es keinen Grund, dass die Industriepolitik verschiedener Länder identisch sein muss – auch nicht in Ländern, die in vielen Belangen ein vergleichbares Niveau aufweisen, wie zum Beispiel Großbritannien und Frankreich. Die gegenwärtige Spezialisierung der französischen Industrie ist zu großen Teilen das Ergebnis ökonomischer und politischer Entscheidungen, die infolge des Zweiten Weltkriegs getroffen wurden. Genauer gesagt, Entscheidungen, die der Industrie- und Technologiepolitik de Gaulles zugrunde lagen. Technologische Großprogramme in den Bereichen Rüstung (einschließlich atomarer Rüstung), Luftfahrt und Telekommunikation, die von staatlichen Technologieagenturen (CEA, DGA, CNES, ONERA) – zumeist unter der Führung des Verteidigungsministeriums – umgesetzt wurden, hatten großen Einfluss auf die international ausgerichtete industrielle Spezialisierung Frankreichs.

Zuversichtlich, dass sie wenig Widerspruch von Politiker*innen und elitären Zirkeln ernten würden, haben französische Verteidigungsminister*innen stets behauptet, die Rüstungsindustrie sei ein «Motor der technologischen Entwicklung». Und doch hat selbst die DGA, die industrielle und technologische Abteilung des Verteidigungsministeriums, dieses Credo längst ad acta gelegt. In der Tat macht ein Blick auf das wachsende Auseinanderdriften der Handelsbilanzen für militärische und zivile Güter diese Zweifel plausibel. Während die militärische Handelsbilanz über den Zeitraum von 2009 bis 2017 positiv war, weist der Rest der Industrie ein beträchtliches Handelsdefizit auf. Die Rede ist von einem «Schereneffekt» zwischen den jeweiligen Verläufen (siehe Abbildung 2). Das Problem ist, dass das Ausmaß des Handelsüberschusses für Rüstungsgüter (zwischen 2,5 und 4,6 Mrd. Euro jährlich) in absoluten Zahlen, verglichen mit dem riesigen Handelsdefizit (zwischen 45 und 75 Mrd. Euro jährlich) im Bereich ziviler Güter, sehr überschaubar ist.

80 Adelman, Liz: Macron Vowed to Make France a «Start-Up Nation». Is It Getting There?, in: New York Times, 23.5.2018.

Abbildung 2: Entwicklung der Handelsbilanzen für militärische und zivile Güter (in Mrd. Euro)



Quelle: eigene Darstellung basierend auf Angaben der französischen Zollstatistik

Da eine ausführliche Befassung mit der Debatte über das Verhältnis zwischen militärischer und ziviler Technologie den Rahmen dieser Studie sprengen würde, kann an dieser Stelle lediglich eine Zusammenfassung der Gründe dafür geliefert werden, warum die weitreichenden technologischen Fähigkeiten eben keinen Diffusionseffekt für andere Sektoren produzierten.⁸¹ Die Entwicklung von Technologien, die zu militärischen Zwecken genutzt werden, zielt auf die Herstellung von Waffen ab, die rauen und widrigen Bedingungen standhalten müssen. Das heißt, sie unterscheiden sich unter anderem hinsichtlich ihrer Stoßfestigkeit, ihrer Beständigkeit gegen Temperaturextreme, ihrer Strahlungsfestigkeit und den Anforderungen für Cybersicherheit von kommerziellen, zivilen Produkten. Hauptkriterium ist dabei nicht der Preis dieser Güter, sondern ihre technologische Überlegenheit gegenüber feindlichen Technologien. Zudem ist das Tempo, mit dem über die vergangenen Jahrzehnte hinweg kommerzielle Technologien entwickelt wurden, deutlich hinter dem des technologischen Fortschritts in den Waffensystemen zurückgeblieben. In diesem Zusammenhang ist vor allem der Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien erhellend, das heißt Fortschritte beispielsweise im Bereich der Künstlichen Intelligenz

81 Serfati, Claude: The adaptability of the French armaments industry in an era of globalization, in: Industry and Innovation 2/2001, S. 221–239.

(KI), bei autonomen Robotern und Cloud-Infrastrukturen.⁸² Erhebliche Anstrengungen des Militärs und gigantische F&E-Budgets zielen heute auf die Anpassung von Technologien, die zu kommerziellen Zwecken entwickelt wurden, an die physisch-chemisch sowie regulatorisch hochanspruchsvolle Umgebung im militärischen Bereich.

Tatsächlich werden die Finanzierung von Technologieentwicklung einerseits und ihres Entwicklungsverlaufs andererseits oft miteinander verwechselt. In den Nachkriegsjahrzehnten, als das Verteidigungsministerium in großem Ausmaß Unternehmen finanzierte, konnte es sich auf etablierte Firmen stützen. Damals wurden weder die Entdeckung integrierter Schaltkreise durch Texas Instruments (TI), die Entwicklung der großflächigen Massenproduktion von Siliziumchips durch Fairchild Semiconductor noch die des Mikroprozessors von Intel durch das amerikanische Verteidigungsministerium gefördert.⁸³ Letzteres trat erst nachträglich auf den Plan, um Entwicklungsaufträge an diese Konzerne zu vergeben. Die französische Regierung hingegen verfolgte mit umfangreichen Rüstungsaufträgen eine proaktive Technologiepolitik. Die Priorität, die man den großen Rüstungsprogrammen in der französischen Technologiepolitik einräumte, wirkte sich auf die einzelnen Sektoren unterschiedlich aus. In Industriesektoren wie der Luft- und Raumfahrt und der Nukleartechnik, die auf einer starken Kopplung von militärischen und zivilen Technologien basierte, hat Frankreich eine starke Position auf dem Weltmarkt inne. Ein Problem dabei ist allerdings, dass der nukleare Markt sich in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen abgeschwächt hat – dazu zählen insbesondere Sicherheits-, Verbreitungs- und Umweltbedenken. Das Ergebnis war ein finanzielles Fiasko, da die Entscheidung, die eigene Schwäche auf ausländischen Märkten durch die Beibehaltung kostspieliger staatlicher Programme zu kompensieren, die französischen Steuerzahler*innen teuer zu stehen kam. Die französische Luftfahrtindustrie befindet sich in einer gänzlich anderen Situation. Die stetige Zunahme des Flugverkehrs hat ihr enormen Auftrieb gegeben und entsprechend den zweiten Platz auf dem Weltmarkt eingebracht.

Für Industrien mit starken Verbindungen zur Waffenproduktion hatte die industrielle Spezialisierung Frankreichs negative Konsequenzen. Die vielbeschworene «Dualität» der militärischen und zivilen Elektrotechnologien in ihren frühen Entwicklungsstadien hat sich als unzutreffend erwiesen. Der Aufbau der sogenannten nationalen Champions über die 1960er und 1970er Jahre hinweg – vor allem Thales und Alca-

82 Das US-Verteidigungsministerium rief ein entsprechendes Projekt ins Leben mit dem Titel Joint Enterprise Defense Infrastructure Cloud (JEDI), was die Transmission riesiger Datenmengen des Verteidigungsministeriums in ein kommerziell betriebenes Cloudsystem beinhaltet. Vgl. dazu Nix, Naomi/Brody, Ben/Miller, Kathleen: Pentagon's Winner-Take-All Move on Cloud Contract Expected to Favor Amazon, Bloomberg, 26.7.2018, unter: www.bloomberg.com/news/articles/2018-07-26/pentagon-goes-with-winner-take-all-10-billion-cloud-contract.

83 De Grasse, Robert: The Military and Semiconductors, in: Tirman, John (Hrsg.): The Militarization of High Technology, Cambridge 1984, S. 90–92.

tel – erzeugt eben keine positiven Effekte für zivile Industrien. Das Defizit im Handel mit Informations- und Kommunikationstechnologiegütern (IKT-Güter) ist heute eines der schwerwiegendsten Handelsdefizite Frankreichs. Ein weiteres Beispiel für die negativen Auswirkungen ist der heute numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinenektor (NCMT). Länder mit einer starken industriellen Basis, wie Deutschland oder Japan, verfügen zugleich über eine sehr konkurrenzfähige Werkzeugmaschinenindustrie. Anders in Frankreich: Da die Nachfrage nach industrieller Ausrüstung durch die großen Rüstungslieferanten zur Herstellung von Luft-, Boden- und Marinevorrichtungen hochspezialisiert ist, haben die Verbindungen zwischen dem Werkzeugmaschinenbau und der Luftfahrt-, Bodenwaffen- und Marineindustrie im französischen Produktionssystem zur Marginalisierung der inländischen NCMT-Produzenten auf dem Weltmarkt geführt. Verschiedene staatlich geförderte Programme (vor allem eines aus dem Jahr 1982), die auf die Förderung der Produktion industrieller Ausrüstung zielten, scheiterten ebenso, da die wichtigsten Empfänger der Förderung die großen Rüstungsfirmen waren, die an der Entwicklung kommerzieller Produkte ihrer Lieferanten kein Interesse hatten. Auf dem vielversprechenden Markt für Dienstleistungsrobotik (in den Bereichen Reinigung, Medizin, mobile Bühnen etc.) scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Das Programm, das im Jahr 2013 aufgelegt wurde (insgesamt 226 Mio. Euro), wird zu 83 Prozent von der Verteidigungsbehörde DGA umgesetzt.⁸⁴

3 Frankreich, europäische Verteidigungspolitik und die NATO

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat Frankreich sich an die Spitze des europäischen Projekts gesetzt, um die französischen geopolitischen und ökonomischen Interessen zur Geltung zu bringen. Während der europäischen Kooperation, insbesondere mit Deutschland, oberste Priorität eingeräumt wurde, wurden zugleich die Bemühungen der EU-Kommission unterstützt, die gemeinsame Verteidigungspolitik voranzubringen (siehe Abschnitt 3.1). In dieser Studie wird ein weiterer bedeutender Aspekt untersucht: das Verhältnis zwischen Frankreich und der NATO. Französische Regierungen haben die NATO immer als zweigleisiges Unterfangen betrachtet, wobei das Land einerseits gute Beziehungen zum transatlantischen Bündnis pflegt, andererseits jedoch seine eigenen, spezifischen geökonomischen Interessen aufrechterhält (siehe Abschnitt 3.2). Dieser Ansatz hat sich durch die Reintegration Frankreichs in die Kommandostrukturen der NATO im Jahr 2009 keineswegs verändert (siehe Abschnitt 3.3).

3.1 Die Förderung der europäischen Verteidigungspolitik

Französische Regierungen machen sich seit Jahrzehnten für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik stark. Dies steht im Einklang mit der gaullistischen Tradition, die Stärkung Europas als Vehikel für die Konsolidierung französischer geopoliti-

⁸⁴ Archiv des französischen Industrieministeriums, PIPAME 2012, unter: <https://archives.entreprises.gouv.fr/2012/www.industrie.gouv.fr/p3e/seminaires/seminaires.html>.

scher und ökonomischer Interessen aufzufassen – die Taktik wurde im Übrigen auch von sozialistischen Präsidenten aufrechterhalten. Als Bestätigung der starken Verankerung staatlicher Institutionen in Frankreich verstärkte die EU-Mitgliedschaft den «Hyperpräsidentialismus», wobei die direkte Kontrolle europäischer Politik durch den Präsidenten zulasten der ständigen französischen Vertretung in Brüssel ging.⁸⁵ Französische Regierungen beteiligen sich zwar an der europäischen Wirtschaftspolitik, haben der deutschen Dynamik allerdings über die Jahre zunehmend Raum gegeben,⁸⁶ da sich die ökonomische und finanzielle Kluft zwischen dem «Paar», die bereits in den 1970er Jahren erheblich war, über die vergangenen zwei Jahrzehnte noch weiter vertieft hat. Ganz anders verhält es sich im Bereich der Verteidigung, wo Frankreich gegenüber den europäischen Partnern seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen «Wettbewerbsvorteil» aufrechterhalten konnte.

Es ist häufig angemerkt worden, dass Europa einen «Machtmultiplikator für die französische Sicherheitspolitik»⁸⁷ darstelle, eine Position, die von allen politischen Parteien sowie allen Bereichen des Rüstungssektors – dem Militär, der Industrie und den übrigen staatlichen Institutionen – geteilt wird. Die Strategie, auf diesen «Machtmultiplikator» zu setzen, ist nach wie vor nur deshalb möglich, weil Frankreich bereits seit jeher eine militärische Großmacht und den meisten Mitgliedsstaaten weit voraus ist. In diesem Sinne bedeutet die Weiterentwicklung der EU zur Militärmacht einen weiteren Schub für seine Führungsposition auf diesem Gebiet. Daher hat der Aufbau «eines europäischen Ansatzes zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Priorität».⁸⁸

In Verteidigungsfragen haben die französischen Interessen oft im Einklang mit der Agenda der EU-Kommission gestanden, die die Ausweitung ihrer Befugnisse anstrebt. Über Jahrzehnte ist der Bereich der Verteidigung von Mitgliedsstaaten eigensinnig der nationalen Souveränität unterstellt worden. Dies ist in Artikel 223 der Römischen Verträge festgehalten sowie in den zahlreichen Nachfolgeabkommen, die allesamt von den Mitgliedsstaaten ratifiziert wurden. Den Mitgliedsstaaten wird zugestanden, von den Regeln des gemeinsamen Marktes abzuweichen, wenn es um nationale Sicherheitsinteressen geht. So heißt es in einer Resolution des Europäischen Parlaments bezüglich des Vertrags von Lissabon: «Die Stärkung der GSVP im Einklang mit den Verträgen [wird] die nationale Souveränität nicht einschränken [...], da

85 Rozenberg, Olivier: Monnet for Nothing? France's Mixed Europeanisation, in: Les Cahiers européens de Sciences Po 4/2011.

86 Clift, Ben/Ryner, Magnus: The Eurozone crisis and the politics of austerity, in: French Politics 2/2014.

87 Treacher, Adrian: Europe as a power multiplier for French security policy: Strategic consistency, tactical adaptation, in: European Security 1/2001, S. 22–44.

88 The French White paper on Defence and National security, New York 2008, S. 62, unter: www.mocr.army.cz/images/Bilakniha/ZSD/French%20White%20Paper%20on%20Defence%20and%20National%20Security%202008.pdf.

diese Politik von den Mitgliedstaaten ausgeht.»⁸⁹ Dessen ungeachtet unternahm die EU-Kommission – eine halbstaatliche Institution – weiterhin Anstrengungen, sich in diesem Bereich Geltung zu verschaffen, was wiederum nur mit Unterstützung der einflussreicheren Mitgliedstaaten Aussicht auf Erfolg versprach. Dabei stützte sie sich auf die Einbeziehung der Verteidigung in den zwischenstaatlichen Abkommen und focht sogar verschiedene abweichende Interpretationen bestimmter Vertragsartikel durch einzelne Mitgliedsländer vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) an. Die Einführung der Säulenstruktur im am 1. November 1993 in Kraft getretenen Maastrichter Vertrag und die weitere Konkretisierung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik im Vertrag von Amsterdam 1998 entsprachen den wiederholten Vorschlägen der Kommission, «Technologien mit doppeltem Verwendungszweck» im Rahmen der Forschungsprogramme für «Forschung und Technologie» großzügiger zu fördern.⁹⁰

Im Jahr 1996 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung zur europäischen Rüstungsindustrie,⁹¹ in der sie aus verschiedenen Gründen eine stärkere Rolle derselben vorschlug. Die Argumente dafür waren, dass *erstens* Entwicklungen im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wie im Vertrag von Maastricht vorgesehen, eine enge Kooperation im Rüstungsbereich erforderten. *Zweitens* würde die Umsetzung von Regeln für den gemeinsamen Markt (Prinzip der Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung, wettbewerbsorientierte Auftragsvergabe, offene und transparente Vergabeverfahren) die Wettbewerbsfähigkeit der Rüstungsindustrie erhöhen. *Drittens* mache das Feld der potenziell leistungsstarken Technologien mit doppeltem Verwendungszweck ein Drittel des Gesamtforschungsbudgets der Gemeinschaft aus. Der Bericht «Strategic Aerospace Review for the 21st Century», der von einer Beratungsgruppe für Luft- und Raumfahrt, bestehend aus Spitzenvertreter*innen der Industrie und der europäischen Institutionen, ausgearbeitet und vorgelegt wurde, betonte schließlich die Notwendigkeit, sich mit den industriellen Aspekten der gemeinsamen Verteidigung zu befassen. Aufgrund ihrer Führungsposition in der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie waren französische Unternehmen in dieser Beratungsgruppe stark vertreten. Im Folgejahr veröffentlichte die EU-Kommission eine wichtige Mitteilung über Rüstungsgüter, in der sie recht unverhohlen eine Lockerung der Exportkontrollen für diese Industrie forderte. Es

89 Beschluss des Europäischen Parlaments zum Thema «Verfassungsmäßige, rechtliche und institutionelle Auswirkungen einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Möglichkeiten aufgrund des Vertrags von Lissabon», 16.3.2017, S. 125–136, unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2018:263:FULL&from=PT>.

90 Europäische Kommission: Auf dem Weg zu einer Verteidigungsgüterpolitik der Europäischen Union, Mitteilung, 14.10.2003, unter: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A5-2003-0342+0+DOC+XML+V0//DE.

91 Europäische Kommission: Die Herausforderungen für die europäische Rüstungsindustrie – ein Beitrag für Aktionen auf europäischer Ebene, Mitteilung, 2.6.1997, unter: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:51997IP0076\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:51997IP0076(01)).

müsse «sorgsam darauf [geachtet werden], dass zivile Industriezweige wie der kerntechnische, der chemische, der biologische, der pharmazeutische Bereich, die Raum- und Luftfahrt und die Informationstechnologien ausgeklammert werden, die durch die Kontrollen [bzgl. der Güter mit doppeltem Verwendungszweck] möglicherweise beeinträchtigt und denen dadurch unnötige oder ungleiche Beschränkungen auferlegt werden».⁹² Die EU-Kommission, die in dieser Frage auf die Unterstützung der französischen Regierung und großer europäischer Rüstungsfirmen zählen konnte, bezog sich dabei auf den Vertrag von Lissabon. Ziel war es, «mögliche Synergien und die Ergebnisse des fruchtbaren Austauschs zu nutzen, die sich durch das Verschwimmen der Trennlinie zwischen Verteidigung und Sicherheit und zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich ergeben».⁹³

Französische Regierungen haben diesen Punkt stets aktiv in Brüssel vertreten und die EU-Kommission diesbezüglich unterstützt. Sie waren zuversichtlich, dass die industrielle Konsolidierung Europas – insbesondere in den Bereichen Luft-, Raumfahrt und Elektronik – für Frankreichs große Rüstungsunternehmen von Vorteil sein würde. Von den 24 großen gemeinsamen Rüstungsvorhaben zwischen 1989 und 1996 wurden elf von französischen, acht von britischen, vier von deutschen und eines von spanischen Konzernen umgesetzt. Außerdem erwartete Frankreich, dass ein Großteil der von der EU-Gemeinschaft geförderten Programme in den Bereichen Luft-, Raumfahrt- und Weltraumtechnik französischen Firmen, die in diesem Sektor führend waren (und sind), zugutekommen würden – diese Erwartung wurde seither erfüllt. Von den EU-geförderten F&E-Programmen haben die französischen Unternehmen Thales und Safran sowie Unternehmen mit starkem französischem Einfluss wie Airbus und das Forschungszentrum für Atomenergie CEA erheblich profitiert.⁹⁴ Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die Beteiligung Frankreichs an europäischen Forschungsinitiativen im Rahmen des Förderprogramms «Horizont 2020» die seit Langem bestehende internationale Ausrichtung und Spezialisierung von industriellen Branchen widerspiegelt, die von militärisch-technologischen Fähigkeiten abhängen.⁹⁵

Im Dezember 2016 verabschiedete der Europäische Rat den Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan (EDAP). Ein paar Monate später, im Juni 2017, rief die EU-Kommission den Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) ins Leben, der zum ersten

92 Europäische Kommission: Auf dem Weg zu einem europäischen Markt für Rüstungsgüter, Mitteilung, 11.3.2003, S. 18, unter: <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0113:FIN:DE:PDF>.

93 Europäische Kommission: Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor, Mitteilung, 30.10.2013, unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52013DC0542>.

94 Hayes, Ben: NeoConOpticon. The EU Security-Industrial Complex, Statewatch, 2009, unter: <http://statewatch.org/analyses/neoconopticon-report.pdf>.

95 Archiv des Ministeriums für Hochschulbildung, Forschung und Innovation, Daten für Januar 2014 bis September 2016, unter: www.enseignementsup-recherche.gouv.fr.

Mal die Nutzung von EU-Mitteln zur direkten und umfassenden Förderung von Projekten im Bereich der Rüstungsforschung sowie die Kofinanzierung von Verteidigungsfähigkeiten ermöglichte. Dieser Schritt wurde in dem wichtigen Strategiepapier «Revue stratégique de défense et de sécurité nationale 2017»⁹⁶ «sowohl in politischer als auch in industrieller Hinsicht als Großereignis für Europa» von der französischen Regierung begrüßt, wenngleich ein paar Absätze später gewarnt wird: «Allerdings darf diese neue Dynamik der europäischen Verteidigungspolitik nicht zu Lasten der Verwendung, Handlung und Entscheidungen auf nationaler Ebene gehen.»⁹⁷ Ebenso führt das Dokument – im Gegensatz zum sonstigen proeuropäischen Enthusiasmus – ernsthafte Bedenken hinsichtlich einer potenziellen Kooperation beim Aufbau von Verteidigungssystemen auf. Die in dem Strategiepapier enthaltene Liste der Technologien verdeutlicht, dass die meisten davon unter nationaler Souveränität gehalten werden sollen (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Zielsetzungen im Bereich technologischer und industrieller Kooperation

Herangehensweise	Technologien	Beispiele
souveräne Entscheidung; rein nationale Ansätze	Hard- und Softwareintegration; freie Verwendung; operative Überlegenheit	Sensoren für Luft-, Boden und Marinekommunikation und -netzwerke, Befehlsketten und Missionen in Echtzeit; Tarnkappen, Auslöser für Luft- und Marinegeschosse
Kooperation unter Beibehaltung nationaler Kompetenzen	Zusammenarbeit optional, jedoch nicht die Regel; Vorbehalt nationaler Entscheidungskompetenzen	Fahrzeuge in nichtumkämpften Umgebungen (außer im Weltraum)
Kooperation bei gegenseitiger Abhängigkeit	komplementäre technische bzw. technologische Expertise unter Partnern, die jeweils auf einzelne Bereiche verzichten, aber zugleich gemeinsam sicherstellen, dass alle Felder abgedeckt sind und bearbeitet werden; spezialisierte Kompetenzen werden geteilt	Fahrzeuge in umkämpften Umgebungen (außer im Weltraum); Auslöser für Bodenraketen, Weltraumsensoren
Markt	trifft dort zu, wo nationale oder militärische Anforderungen gering sind, da entweder der Markt ein breites Angebot bietet oder die Investitionskosten als akzeptabel erachtet werden	operative Informationssysteme im Cyberspace

Quelle: eigene Darstellung basierend auf dem Strategiepapier «Revue stratégique de défense et de sécurité nationale» 2017

⁹⁶ Verteidigungsministerium Frankreich: *Revue stratégique de défense et de sécurité nationale 2017*, 22.12.2017, S. 57, unter: www.defense.gouv.fr/english/dgris/defence-policy/revue-strategique/revue-strategique.

⁹⁷ Ebd., S. 65.

Die Mehrdeutigkeit der französischen Haltung wird auch in den Vorschlägen zur Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie deutlich. In jüngster Zeit haben französische Regierungen das Prinzip der *juste retour* (dt. «angemessene Rendite») – demzufolge jedes Land Rückflüsse von Mitteln in der Höhe seiner Beitragszahlungen erhalten soll – infrage gestellt. Das Hauptargument ist dabei, dass «die Aufteilung von Entwicklungs- und Produktionsaktivitäten [...] heute auf Grundlage des strikten Prinzips industrieller Effizienz und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit organisiert werden [muss]». ⁹⁸ Dies spiegelt die Zuversicht wider, dass ein «vollständig auf Wettbewerb basierender Rüstungsmarkt» französische Firmen begünstigen könnte. Allerdings erscheint der Vorschlag ein Stück weit widersprüchlich, da der französische Markt selbst der ausländischen Konkurrenz größtenteils verschlossen ist – was sich vermutlich auch nicht ändern wird, bedenkt man die oben aufgeführten Kriterien für die Zusammenarbeit bei Rüstungsprogrammen (siehe Tabelle 4).

Die eingeschränkte Offenheit Frankreichs gegenüber einer gemeinsamen EU-Verteidigungspolitik wurde nach den Terroranschlägen 2015 in Paris deutlich. Es ist damals argumentiert worden, dass man sich auf Artikel 42.7 des EU-Vertrags (EUV) statt auf Artikel 222 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) beziehe, damit Frankreich weiterhin die Kontrolle über das Vorgehen behalten konnte – ganz zu schweigen von der Bitte um Ausrufung des NATO-Bündnisfalls. Der Bezug auf Artikel 222 hätte Frankreich eingeschränkt und EU-Institutionen beteiligt. ⁹⁹

Da jegliche Fortschritte in Fragen der gemeinsamen Verteidigungspolitik aus offensichtlichen Gründen stets vom Intergouvernementalismus abhängig gewesen sind, der auf politischem Willen basiert, hat Frankreich gleichzeitig immer auch auf der Ebene des Europäischen Rates und mittels bilateraler Verhandlungen agiert. Die Schaffung der Gemeinsamen Organisation für Rüstungskooperation (OCCAR) im Jahr 1996 stellte den Versuch einer gesteigerten Effizienz bei gemeinsamen Rüstungsprogrammen zwischen den beteiligten Ländern Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Italien dar. Am 6. Juli 1998 wurde eine entsprechende Absichtserklärung von sechs Ländern unterzeichnet (Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, das Vereinigte Königreich und Schweden), in der sie ihren Willen bekundeten, einen Kooperationsrahmen zu schaffen, der die Neuordnung der europäischen Rüstungsindustrie erleichtern sollte. Auch war es wenig überraschend, dass Frankreich im Rahmen der Diskussion um die Europäische Menschenrechtskonvention im Jahr 2002 eine zentrale Rolle bei der Schaffung und den Vorschlägen der Arbeitsgruppe zu Verteidigungsfragen (Gruppe VIII) mit dem Vorsitzenden Michel Barnier spielte.

98 Ministère de la Défense/SGA/SPAC: French White Paper on Defence and National Security 2013, S. 121, unter: <https://otan.delegfrance.org/White-Paper-on-Defence-and-National-Security>.

99 Legrand, Jérôme: Will CSDP enjoy «collateral gains» from France's invocation of the EU's «mutual defence clause»?; Europäisches Parlament, 14.12.2015, unter: [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/570452/EXPO_IDA\(2015\)570452_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/570452/EXPO_IDA(2015)570452_EN.pdf).

Mindestens genauso bedeutend ist die jeweilige bilaterale Zusammenarbeit Frankreichs mit dem Vereinigten Königreich und Deutschland. Die Gründe für eine Kooperation liegen darin, dass die drei Länder die größten Militärmächte Europas darstellen und in der Tatsache, dass eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht nur eine intergouvernementale Kompetenz ist, sondern zudem einer einstimmigen Position der Mitgliedsstaaten bedarf, um vom EU-Rat erlassen zu werden (Art. 42 EUV).

Frankreich trat mit Großbritannien in Verhandlungen über eine Reihe wichtiger Themen und die Erklärung von Saint Malo (1998) etablierte einen Kompromiss zwischen beiden Ländern, in dem sich Tony Blair und Jaques Chirac darauf verständigten, eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik zu verfolgen, die komplementär und nicht im Widerspruch zur NATO steht.¹⁰⁰ Ebenfalls bedeutend waren die als Lancaster House Treaties bekannten Verträge über die Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zwischen Großbritannien und Frankreich, die John Major und Nicolas Sarkozy 2010 vereinbarten. Die Abkommen behandeln zwei Punkte, die die beiden Länder in militärischen Belangen vom Rest der EU unterscheiden: Atomwaffen und Militärinterventionen im Rahmen der Combined Joint Expeditionary Force (CJEF), eine 2003 initiierte schnelle Eingreiftruppe, die innerhalb von 15 Tagen auf weltweite Krisen reagieren können soll.¹⁰¹ Ein Jahr später erschien der Krieg in Libyen wie die perfekte Feuertaufe für die CJEF. Obwohl die Einheit keine permanent stehende Truppe ist, sondern sich situationsabhängig aus allen Truppengattungen zusammensetzt, sind die Einsatzmöglichkeiten für die CJEF breit gestreut, bedenkt man die desaströse Lage in verschiedenen afrikanischen Regionen, mit denen die beiden ehemaligen Kolonialmächte nur allzu vertraut sind.

Trotz des geplanten Brexits gelobten beide Regierungen bei einem Gipfel im Jahr 2018, eine Reihe von auf den Lancaster House Treaties basierenden Projekten britisch-französischer Zusammenarbeit fortzusetzen. Aufgrund der lange bestehenden Abneigung Großbritanniens gegenüber einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik könnte die bilaterale Kooperation zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich – im Gegensatz zur Zusammenarbeit Frankreichs mit Deutschland – als Umgehung der EU-Institutionen gewertet werden. Die Erklärung von Saint Malo rief deshalb nicht zuletzt das Misstrauen verschiedener europäischer Staaten hervor, darunter Deutschland und Italien, für die es so aussah, als ob Frankreich der EU den Rücken kehre.

100 Unter Punkt 2 heißt es in der Erklärung: «Die Union bedarf der autonomen Handlungsfähigkeit, gestützt durch glaubwürdige militärische Kapazitäten [...] In Einklang mit unseren jeweiligen Verpflichtungen innerhalb der NATO tragen wir zur Behebung einer modernisierten atlantischen Allianz bei, die die Grundlage für die wirksame Verteidigung ihrer Mitglieder darstellt.»

101 Gemeinsames Kommuniqué, französisch-britischer Gipfel, London, 24.11.2003.

3.2 Frankreich und die NATO: vor allem eine «westliche Macht»

Das Verhältnis zwischen Frankreich und der NATO versinnbildlicht die Sicht französischer Regierungen auf die Positionierung ihres Landes im globalen Raum: Eine Kombination aus dem Bekenntnis gegenüber dem transatlantischen Bündnis (siehe Kapitel 4) bei gleichzeitiger größtmöglicher Erhaltung der spezifischen geoökonomischen Interessen Frankreichs. De Gaulle fasste dies einst mit den Worten zusammen: «ami, allié, non aligné» (dt. «Freund, Verbündeter, aber kein Untergebener»). Selbst auf dem Höhepunkt der Spannungen zwischen Frankreich und der NATO, als der französische Präsident entschied, sein Land 1966 aus der integrierten Militärstruktur herauszuführen, aber dennoch Mitglied zu bleiben und einen Sitz im Nordatlantikrat zu behalten, bekräftigte er in einem Brief an US-Präsident Johnson: «Frankreich ist sich bewusst, in welchem Maß die [...] aufgebaute Verteidigungssolidarität zwischen 15 westlichen Nationen zur Erhaltung seiner Sicherheit beiträgt, und insbesondere darüber, welche wichtige Rolle die USA dabei spielen.» Um sicherzugehen, dass man ihn nicht missverstand, schloss de Gaulle seinen Brief mit den Worten: «Frankreich sieht sich gezwungen, die Form [der] Allianz zu modifizieren, ohne jedoch ihre Substanz zu verändern.»¹⁰² Tatsächlich war de Gaulles Ziel die Wiederherstellung der Positionierung Frankreichs als westliches Land: «westlich: Dieses Adjektiv unterstreicht die Ausrichtung der Politik de Gaulles.»¹⁰³

Frankreich war Gründungsmitglied der NATO, obwohl die USA versucht hatten, das Land aus den anfänglichen Verhandlungen herauszuhalten.¹⁰⁴ Und obwohl die Angst vor einer deutschen Wiederbewaffnung in den ersten Nachkriegsjahren von französischen Politikern und auch von de Gaulle selbst oft zum Ausdruck gebracht wurde,¹⁰⁵ sah man schon bald die eigentliche Bedrohung in der Sowjetunion.

Über die Jahre löste die internationale Positionierung Frankreichs eine Reihe von Spannungen mit den USA bzw. mit der NATO aus. Die US-Intervention in der Suezkrise (1956) gegen die britischen und französischen Interessen und die allgemeine Unterstützung der USA für die Dekolonialisierungsbewegungen waren ein unübersehbares Signal für de Gaulle, dass es eine radikale Wende im Verhältnis zwischen Frankreich und seinen Kolonien brauchte, wenn man den Status einer Großmacht erhalten wollte (siehe Kapitel 1). Im Jahr 1958, nachdem de Gaulle Frankreich in dieser Frage neu ausgerichtet hatte, schlug er eine NATO-Führung bestehend aus Frankreich, den USA und dem Vereinigten Königreich vor. Ein Vorschlag, der al-

102 Brief von Präsident Charles de Gaulle an den US-Präsidenten Lyndon Johnson bezüglich des Rückzugs Frankreichs aus der NATO-Kommandostruktur, 7.3.1966, unter: www.cvce.eu/en/obj/letter_from_charles_de_gaulle_to_lyndon_b_johnson_7_march_1966-en-d97bf195-34e1-4862-b5e7-87577a8c1632.html.

103 Grosser, Alfred: *Les Occidentaux*, Paris 1982, S. 232.

104 Fortmann, Michel/Haglund, David/Hlatky, Stéfanie von: Introduction: France's 'return' to NATO: implications for transatlantic relations, in: *European Security* 1/2010, S. 1–10.

105 Vgl. Creswell, Michael/Trachtenberg, Marc: France and the German Question, 1945–1955, in: *Journal of Cold War Studies* 3/2003, S. 5–28.

lerdings von den USA nicht einmal beantwortet wurde.¹⁰⁶ Der Suezkrise und dieser harschen Zurückweisung folgten Spannungen mit der NATO, was ein paar Jahre später zum oben bereits erwähnten Teilaustritt Frankreichs führte. Interessanterweise zog das Vereinigte Königreich, wie ein ehemaliger hochrangiger britischer NATO-Vertreter angemerkt hat, genau den gegenteiligen Schluss aus dem Suez-Desaster: «Im Vereinigten Königreich zogen wir aus dem Suez-Debakel den Schluss, dass wir nie wieder etwas ohne die USA unternehmen würden.»¹⁰⁷

Um das enorme Ungleichgewicht zwischen Frankreich und den USA innerhalb der NATO zu kompensieren und an Einfluss zu gewinnen, suchten französische Regierungen verstärkt die Zusammenarbeit mit europäischen Ländern. Nach einer kurzen Phase nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Frankreich und Großbritannien noch hofften, durch eine Zusammenarbeit die Übermacht der USA einzudämmen (was sich im Dünkirchener Vertrag vom März 1947 niederschlug), bemühte sich die französische Politik anschließend um eine gemeinsame europäische Säule innerhalb der NATO. Ganz offensichtlich war Deutschland für dieses Ansinnen ein unverzichtbarer Partner. Die französische Politik, mit Deutschland zu einer Einigung in Verteidigungsfragen zu gelangen, deckte sich mit der US-Politik, Deutschland als Schutzwall gegen die UdSSR aufzubauen. Die ersten Schritte in diese Richtung wurden im Herbst 1950 in Form des Pleven-Plans für eine integrierte europäische Armee unternommen, demzufolge die Armeen von sechs Staaten (die kurz darauf die Europäische Gemeinschaft auf Basis der Römischen Verträge gründen sollten) zusammengeführt werden sollten. Im Mai 1952 folgte das Abkommen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), dem allerdings die französische Nationalversammlung im August 1954 ihre Zustimmung verweigerte. Es folgten weitere Annäherungsbemühungen zwischen Deutschland und Frankreich unter de Gaulle und Adenauer, die ihren Höhepunkt im Élysée-Vertrag von 1963 fanden. Die von der Vereinbarung abgedeckten Bereiche der Zusammenarbeit umfassten die Außenpolitik, Bildung und Verteidigung, wobei de Gaulle insbesondere Letzterer große Bedeutung beimaß, denn «ohne eine organisierte militärische Zusammenarbeit wäre die politische Zusammenarbeit zwecklos».¹⁰⁸

Das Ziel de Gaulles, das seine Nachfolger weiterführten, war die Schaffung eines «europäischen Europas», in dem Frankreich seine Macht geltend machen konnte. Im Laufe der Jahre wandelte sich dieses Motto allerdings aufgrund des zurückgehenden globalen Einflusses Frankreichs in «europäische Säule innerhalb der NATO». Heute verbinden EU-Mitgliedsstaaten mit diesem Slogan – der durch den Diskurs bezüglich einer «selbstständigen europäischen Verteidigungspolitik» eher noch verkompliziert

106 Furniss, Edgar S.: De Gaulle's France and NATO: An Interpretation, in: *International Organization* 3/1961, S. 349–365.

107 Shea, Jamie: 1967: De Gaulle pulls France out of NATO's integrated military structure, NATO, 3.3.2009, unter: www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_139272.htm.

108 Garret, Martin: The 1967 withdrawal from NATO – a cornerstone of de Gaulle's grand strategy?, in: *Journal of Transatlantic Studies* 3/2011, S. 232–243, hier: S. 237.

statt vereinfacht wird – recht unterschiedliche Handlungsweisen, die von der völligen Unterordnung unter die USA bis zur Schaffung eigener integrierter militärischer Fähigkeiten in Europa reichen (siehe Kapitel 4).

De Gaulle war davon überzeugt, dass die USA sich jeglichem Versuch der europäischen Emanzipation in Verteidigungsfragen in den Weg stellen würden, und entwickelte die Vision einer französischen Rolle als «Dritte Partei» neben den USA und der UdSSR. Europa erstreckte sich ihm zufolge «vom Atlantik bis zum Ural». Allerdings musste diese Position einmal mehr der Realität eines geringer gewordenen Einflusses Frankreichs auf der Weltbühne angepasst werden, was der sozialistische Präsident Mitterrand ein Jahrzehnt später mit der Maßgabe «Unabhängigkeit innerhalb des Bündnisses» tat.

3.3 Die neue internationale Konstellation der 1990er Jahre und die schrittweise Wiedereingliederung in die NATO

Die historischen Veränderungen des internationalen geopolitischen und ökonomischen Kontexts der 1990er Jahre markierten einen Wendepunkt. Der Zusammenbruch der Sowjetunion machte die französische Position als vermeintlichen «Vermittler» zwischen den beiden Machtblöcken obsolet, was seinen geopolitischen Spielraum außerhalb seines afrikanischen «Hinterhofs» erheblich einschränkte. Auch der ökonomische Kontext spielt für diese Analyse eine Rolle. Die schwere Krise des Europäischen Währungssystems in den Jahren 1992 und 1993 machte der französischen Wirtschaft arg zu schaffen. Der Vertrag von Maastricht (1992) mit seinen strikten Vorgaben für die nationale Haushaltspolitik der Unterzeichnerstaaten («Konvergenzkriterien») und der Beschluss, bis zum Ende des Jahrzehnts eine einheitliche Währung einzuführen, bedeuteten eine Beschneidung der autonomen gesamtwirtschaftlichen Strategie Frankreichs.

Die neue globale Konstellation, in der die USA eine unangefochtene Position innehatten, beschleunigte Frankreichs Wiederannäherung an die NATO. Der Irakkrieg von 1991 markierte in diesem Zusammenhang eine Zäsur. Da das irakische Regime seit Langem ein bedeutender Abnehmer französischer komplexer Waffensysteme und anderer Hightech-Produkte gewesen war – während des Irak-Iran-Krieges in den 1980er Jahren in der Tat einer der wichtigsten Abnehmer überhaupt –, befand sich Präsident Mitterrand zu Beginn des Krieges in einer marginalisierten, das heißt schwachen militärischen Position im Ausland (anfangs durften keine französischen Militärjets starten, da ihre Freund-Feind-Erkennungssysteme mit denen der amerikanischen und britischen Kampfjets inkompatibel waren) und in einer schwachen politischen Position zu Hause: Aufgrund der großen Ablehnung des Krieges sah er sich gezwungen, keine Wehrpflichtigen, sondern ausschließlich Berufssoldat*innen zu entsenden. Diese Lektion hatte Jaques Chirac verinnerlicht, als er im Jahr 1995 die Wehrpflicht vollständig aufhob und die Armee umbaute, um sie an die neuen Gegebenheiten anzupassen – mit den Jugoslawienkriegen ganz oben auf der Einsatzliste.

Die darauffolgenden Jahre sollten bestätigen, dass die 1990er Jahre eine stetige Bewegung Frankreichs hin zu einer engeren Einbindung in die NATO gewesen waren. Der NATO-geführte Krieg auf dem Balkan fand unter starker französischer Beteiligung statt, wobei eine gigantische Menge an präzisionsgelenkter Munition sowie eine erhebliche Anzahl an Kampfflugzeugen zum Einsatz kamen, die etwa 21 Prozent aller Aufklärungsflüge und zwölf Prozent der Angriffe flogen.

Der in den 1990er Jahren begonnene Prozess der Annäherung an die NATO nahm in den 2000er Jahre weiter Fahrt auf. Im Jahr 2001 stellte Frankreich eines der größten Kontingente in der NATO-geführten Koalition in Afghanistan. Ein paar Monate nach der öffentlichen Absage Chiracs an den Irakkrieg von 2003 wurde ein französischer General Oberkommandeur der NATO-Truppen im Kosovo. Die Wiedereingliederung in die integrierte Kommandostruktur des Bündnisses (ohne Teil der atomaren Planungsgruppe zu sein), die Präsident Sarkozy beschloss und die die Nationalversammlung 2009 bestätigte, war somit eine logische Folge der Entwicklung der französischen Strategie seit 1990. Weder hatte de Gaulles Entscheidung eine grundsätzliche Feindschaft gegenüber der NATO bedeutet, noch veränderte Sarkozys Kurs die französische Position der «Unabhängigkeit innerhalb des atlantischen Bündnisses». Das veränderte internationale Umfeld erforderte schlicht eine Anpassung der französischen Taktik. Zum einen stellten sich in Europa neue ost- und mitteleuropäische Mitgliedsstaaten in vielen Verteidigungsfragen auf die Seite der USA, einschließlich ihrer ausdrücklichen Unterstützung der US-Invasion des Iraks im Jahr 2003. Dieser Umstand musste von französischen Politiker*innen berücksichtigt werden, sofern sie ihr Land im Zentrum der europäischen Entscheidungsprozesse halten wollten, insbesondere mit Blick auf die angestrebte gemeinsame europäische Verteidigungspolitik. Zum anderen musste Frankreich seinen Verbündeten – scheinbar paradoxerweise – entgegenkommen und auch zum Teil auf die militärischen Fähigkeiten der Bündnispartner vertrauen, wenn es seine eigenen militärischen Auslandseinsätze, vor allem in Afrika, ausweiten wollte. Sarkozys Entschluss, 2011 Krieg gegen Libyen zu führen, bestätigte seine Arroganz und seine Zuversicht in die militärischen Fähigkeiten der französischen Streitkräfte. Der von ihm begonnene Krieg unterstrich das Paradox: Der Anspruch Frankreichs, durch die Projektion seiner Macht weiterhin eine aktive militärische Rolle in der Welt zu spielen, wurde durch einen Mangel an entscheidenden militärischen Fähigkeiten (Luftbetankung, Nachrichtendienst, Überwachung und Aufklärung, Drohnen) begrenzt und machte Anfragen nach US-Unterstützung notwendig. Laut verschiedenen Beobachter*innen erteilte der Libyen-Einsatz der NATO zwei wichtige Lektionen, die einen «Paradigmenwechsel» einleiteten: Es erfolgte die Transformation hin zu einer Agentur, die jeweils «Koalitionen der Willigen» mobilisiert, und die «Europäisierung der NATO», die vom ehemaligen Außenminister unter Mitterrand und anschließenden Berater Sarkozys, Hubert Vedrine, vorange-

trieben wurde. Tatsächlich sind diese Ziele völlig miteinander kompatibel – und beide dürften französischen Regierungen in die Hände spielen.¹⁰⁹

Aufgrund der Tatsache, dass Frankreich mittlerweile sehr auf sein Bündnis mit den USA innerhalb der NATO (und darüber hinaus) angewiesen ist – so die Analyse eines der französischen Regierung nahestehenden Thinktanks –, ist die Annäherung zwischen beiden Ländern sowohl doktrinelles – hinsichtlich der Bedrohungsdefinition – als auch technologischer Natur. Das Resultat ist ein Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit absoluter Zusammenarbeit bei der Rüstungsinnovation – denn das Land würde sonst eine ernsthafte strategische und technologische Abwertung erleben – und der Verstärkung seiner ohnehin bereits beträchtlichen Abhängigkeit von US-amerikanischen Verteidigungstechnologien und -fähigkeiten, wodurch das Land einer Schwächung der französischen strategischen Autonomie entgegentreten könnte.¹¹⁰

Die Ernennung eines französischen Generals zum Supreme Allied Commander Transformation (SACT)¹¹¹ im Jahr 2009 «ermöglicht Frankreich eine aktive Teilnahme an dem Prozess der Erneuerung der Aktionsmittel des Bündnisses»¹¹² und unterstreicht zugleich, wie eng das Verhältnis Frankreichs zur NATO heute ist.

4 Hin zu einer integrierten europäischen Verteidigung?

Nachdem in Kapitel 3 die Rolle Frankreichs in der Entwicklung einer europäischen Verteidigungspolitik beleuchtet wurde, liegt der Schwerpunkt dieses abschließenden Kapitels auf dem aktuellen Stand der EU-Verteidigungspolitik im Allgemeinen, einschließlich einer Betrachtung des politischen und institutionellen Zustands der EU. In Abschnitt 4.1 wird dargelegt, warum die EU als «hybride Konfiguration» bezeichnet werden kann. Abschnitt 4.2 verortet die EU als Kernelement des transatlantischen Blocks, jenes geoökonomischen Raums mit der mächtigen militärischen Komponente namens NATO, die diesen seit Jahrzehnten dominiert. Abschnitt 4.3 geht auf die jüngsten Triebkräfte für die Militarisierung der EU ein. Gleichwohl verdeutlicht Abschnitt 4.4, dass wohl kaum von der Einführung einer gemeinsamen EU-Verteidigungspolitik ähnlich wie beim Euro auszugehen ist, da gerade dieser Bereich ein Paradebeispiel für die Unverwundlichkeit der Interessen mächtiger Nationalstaaten im globalen Raum darstellt.

109 Howorth, Jolyon: «Opération Harmattan» in Libya: a paradigm shift in French, European and transatlantic security arrangements?, in: *Journal of Transatlantic Studies* 4/2014, S. 405–417, hier: S. 413.

110 Matelly, Sylvie: Defense Innovation and the Future of Transatlantic Strategic Superiority: A French Perspective, The German Marshall Fund of the United States, 9.4.2018, unter: www.gmfus.org/publications/defense-innovation-and-future-transatlantic-strategic-superiority-french-perspective.

111 Die Allied Command Transformation (ACT) ist eines der strategischen Hauptquartiere der NATO und für die Identifikation und Schwerpunktsetzung künftig benötigter Fähigkeiten und Anforderungen an die Interoperabilität zuständig.

112 Ministère de la Défense/SGA/SPAC: French White Paper on Defence and National Security, S. 61.

4.1 Eine hybride Konfiguration

Die vorliegende Analyse hätte den Kern der Sache verfehlt, wenn sie, wie es in der Mainstream-Literatur häufig der Fall ist, die EU einfach mit anderen internationalen Organisationen gleichsetzen würde (IWF, Weltbank, WTO, NATO usw.), von denen sie sich lediglich in ihrem Grad der «funktionalen Integration» unterscheidet. Tatsächlich haben die institutionellen Entwicklungen die EU zu einem internationalen Gebilde eigener Art gemacht und in Bezug auf die konkrete «Staatsform» eine hybride Konfiguration geschaffen.¹¹³

Die Gründung der EU war das Ergebnis spezifischer historischer Umstände: Der lang anhaltende, tödliche imperialistische Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland (drei Kriege in 70 Jahren), der seinen Gipfel in unbeschreiblicher Barbarei fand (Stichwort «Nie wieder!»), musste ebenso wie die existenzielle Krise des Kapitalismus – verursacht durch den Zusammenbruch einer Reihe europäischer Staatsapparate (einschließlich des französischen) durch verschiedene revolutionäre Bewegungen – überwunden werden. Hinzu kam der Wille, den Einfluss der UdSSR auf dem europäischen Kontinent einzudämmen.

Die mittlerweile seit sechs Jahrzehnten andauernde Weiterentwicklung der EU-Architektur basiert auf einer Mischung aus drei bzw. vier Triebkräften.¹¹⁴

Erstens: Die zunehmende Internationalisierung des Kapitals setzte die europäischen Länder unter Druck, einen gemeinsamen Binnenmarkt für die Erleichterung des Waren- und Kapitalflusses zu schaffen.

Zweitens: Nationale Regierungen – insbesondere die französische und die deutsche – spielten eine wesentliche Rolle im europäischen Entscheidungsprozess. Ursprüngliche Vorstellungen von einer Föderation, dem Aufbau einer europäischen Armee und einer supranationalen Staatsgewalt scheiterten vor allem aufgrund der Ablehnung einer europäischen politischen Gemeinschaft durch Frankreich.

Drittens: Die Eigendynamik der bürokratischen Institutionen (EU-Kommission, EZB, EuGH usw.) wurde durch die ihnen zugewiesenen Kernaufgaben stimuliert: die Entwicklung eines regulatorischen Rahmens, innerhalb dessen europäische Unternehmen auf Augenhöhe miteinander in Wettbewerb treten konnten; der Schutz der gemeinsamen Interessen, wann immer die Konkurrenz mit anderen Nicht-EU-Ländern – besonders mit den USA und Japan – dies erforderte; die Organisation der verschiedenen sozialen Sicherungssysteme nach dem Prinzip «race to the bottom» durch die regelgebundene Vermittlung zwischen einzelnen nationalen Systemen.¹¹⁵

113 Serfati, Claude: *Impérialisme et militarisme. Actualité du vingt-et-unième siècle*, Lausanne 2004, insbesondere Kapitel 3.

114 Vgl. Serfati, Claude: *EU Integration as Uneven and Combined Development*.

115 Bonefeld, Werner: *European integration: the market, the political and class*, in: *Capital and Class* 2/2002, S. 117–141.

Die zusätzliche *vierte* Triebkraft ist das, was weitläufig als «Demokratiedefizit» bezeichnet wird. Seit ihrem Entstehen ist die EU von ihren Architekten als Elitenprojekt konzipiert worden. Jacques Delors, ein prominenter Verfechter der europäischen Integration, charakterisierte dies einst als «wohlwollenden Despotismus». ¹¹⁶ Entgegen seinen Erwartungen haben sich autoritäre Trends über die Jahre jedoch nicht abgeschwächt, sondern sogar noch verstärkt. ¹¹⁷

Die Kombination dieser vier Faktoren liefert eine Erklärung dafür, warum die EU – wenngleich sie einen sozioökonomischen und geopolitischen Raum sui generis darstellt – eine hybride Konfiguration ist, die selbstverstärkende halbstaatliche Institutionen, intergouvernementale Gremien (die wiederum selbst fragmentiert sind – wobei sich der Europäische Rat und das Eurosystem zunehmend konsolidieren) ¹¹⁸ und, allerdings in viel geringerem Umfang, das Europäische Parlament (dessen Rolle trotz verschiedener Reformen nachrangig ist) miteinander vereint. ¹¹⁹ Die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik veranschaulicht diese hybride Konfiguration. Wie bereits erwähnt, ist in diesem Bereich keine gemeinsame Politik wie im Falle des Euro zu erwarten. Gleichzeitig unterstreichen die Schritte zur Finanzierung gemeinsamer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie die Entwicklung gemeinsamer militärischer Fähigkeiten jene Dynamiken, die der Militarisierung der EU zugrunde liegen. Das von der EU verfolgte militärische Projekt dient dem vielfach diskutierten Ziel, die strategischen Interessen und die Macht der EU auf die äußere Peripherie des europäischen Kapitalismus zu projizieren – dies gilt insbesondere für den afrikanischen Kontinent. Zugleich ist dieses europäische Interesse mit den französischen Bemühungen vereinbar, seinen Militäroperationen in Afrika einen «europäischen Stempel» aufzudrücken.

4.2 Die EU innerhalb des transatlantischen Staatenblocks

Der transatlantische Staatenblock (TSB) entstand nach dem Zweiten Weltkrieg aus mindestens drei Gründen: *Erstens* die Notwendigkeit der Überwindung lange bestehender zwischenimperialistischer Rivalitäten, deren barbarische Austragung nicht nur Europa, sondern viele weitere Teile der Welt verwüstet hatten; *zweitens* befand sich die USA in der Position, die westlichen Länder dazu zwingen zu können, die von ihnen vorgegebenen Regeln zu befolgen; und *drittens* die Tatsache, dass ein Gebiet, auf dem mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung lebte, außerhalb des kapitalisti-

116 Zit. n. Bogdanor, Vernon: Futility of a House with no windows, in: The Independent, 26.7.1993.

117 Sandbeck, Sune/Schneider, Etienne: From the sovereign debt crisis to authoritarian statism: Contradictions of the European state project, in: New Political Economy 6/2014, S. 847–871.

118 Christakis, Georgiou: Economic Governance in the EU after the Eurozone Crisis, Transform Europe, 4.7.2014, unter: www.transform-network.net/en/publications/issue/economic-governance-in-the-eu-after-the-eurozone-crisis/.

119 Brack, Nathalie/Costa, Olivier: Introduction: the European Parliament at a crossroads, in: The Journal of Legislative Studies 1/2018, S. 1–10.

schen Weltmarkts und der «freien Welt» lag. Aufgrund dieser Herausforderung für den Kapitalismus durch die sozialistischen Staaten sowie widerstreitender Positionen innerhalb des Washingtoner Establishments wurde das ursprüngliche Projekt des damaligen US-Außenministeriums zur Deindustrialisierung, «Pastoralisierung» und Teilung Deutschlands – der Morgenthau-Plan, der zunächst auch vom US-General und späteren Präsidenten Dwight D. Eisenhower unterstützt worden war – zugunsten des Marshallplans aufgegeben. Letzterer ermöglichte es Deutschland, sich – ohne ein eigenes militärisches Projekt¹²⁰ – wirtschaftlich erholen und auf globaler Ebene zur Errichtung einer «internationalen liberalen Wirtschaftsordnung» beitragen zu können.

Der TSB ist ein geökonomischer Raum, der auf wirtschaftlichen, politisch-kulturellen und militärischen Verbindungen beruht.¹²¹ Den Kern des TSB bilden nach wie vor die USA und die EU, die aus dominanten kapitalistischen Ländern besteht, deren herrschende Klassen durch enge historische Verbindungen miteinander verwoben und innerhalb des Blocks noch immer führend sind. Trotz des Aufstiegs Chinas findet der Großteil der weltweiten Finanz- und Handelsströme noch immer zwischen den USA und der EU statt.¹²² Die Länder im TSB sind auch politisch miteinander verknüpft: Der TSB ist «eine Gemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Werte sowie gegenseitiger Verwundbarkeit»¹²³ – dies kommt nicht zuletzt durch den gefestigten euroatlantischen Zugriff auf wichtige internationale Organisationen (IWF, Weltbank usw.) zum Ausdruck. Doch schließlich basiert der TSB vor allem auf militärischer Zusammenarbeit. Die NATO, das transatlantische Bündnis zwischen den USA und den meisten europäischen Ländern sowie der Türkei, ist eine Art «kristallisierte» Form des transatlantischen Blocks, dem sich noch weitere von den USA geschaffene Bündnisse hinzufügen ließen (z. B. mit Japan oder das ANZUS-Abkommen zwischen den USA, Australien und Neuseeland).

Ein Zeichen der Beständigkeit der militärischen Verbindungen zwischen den transatlantischen Partnern – auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, gegen den die NATO ursprünglich gegründet worden war – war die Überarbeitung des strategischen Konzepts der NATO im Jahr 1999, die das Einsatzgebiet der Allianz geografisch um die sogenannten Out-of-area-Missionen mehr oder weniger überall auf der Welt (Afghanistan, Irak) erweiterte. Auf ökonomischer Ebene berief man sich dabei auf neue Bedrohungen des «globalisierten» Handels, darunter die Angst vor «Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen».

Die hier vertretene TSB-These unterscheidet sich von der eines «US-Imperiums». Trotz der Tatsache, dass die USA den «Block» aufgrund ihrer unübertroffenen öko-

120 Mosely, Philip E.: Dismemberment of Germany: The Allied Negotiations from Yalta to Potsdam, in: Foreign Affairs 3/1950, S. 487–498.

121 Pijl, Kees van der: The making of the Atlantic ruling class, London 1984.

122 Hamilton, Daniel S./Quinlan, Joseph P.: The Transatlantic Economy 2018, Washington, DC 2018.

123 Ikenberry, John: The End of Liberal International Order?, in: International Affairs 1/2018, S. 7–23, hier: S. 20.

nomischen und militärischen Macht anführen, treten sie nicht im Sinne eines «Imperiums» auf – eine Metapher, die die vollständige Herrschaft über «unterworfenen» Staaten impliziert. Zugleich steht die TSB-These im Widerspruch zur Annahme eines entstehenden «transnationalen Staates», der die Herrschaft einer transkapitalistischen Klasse über die ganze Welt suggeriert.¹²⁴ Nationalstaaten lösen sich in der «Globalisierung» nicht auf, wie eine durch «Hyperglobalisten»¹²⁵ während der 1980er und 1990er Jahre in Umlauf gebrachte Behauptung nahelegt. Über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten hat die UN kontinuierlich an Zuwachs gewonnen.¹²⁶ Trotz der Tatsache, dass Dutzende dieser UN-Mitglieder (im Vokabular des US-Außenministeriums) sogenannte *failed states* (dt. «gescheiterte Staaten») oder (wie eine Reihe internationaler Organisationen sie nennt) «fragile Staaten» sind, tragen ihre Regierungen zugleich unverzichtbar zu einem Regelwerk bei, das von führenden Nationalstaaten im Interesse der «internationalen Gemeinschaft» eingeführt wurde.¹²⁷

Wenngleich der TSB sich in vielen Kernfragen einig ist, so bleibt er dennoch entlang nationalstaatlicher Grenzen gespalten, was darauf hindeutet, dass innerimperialistische Rivalitäten nie völlig verschwunden sind, obwohl die Möglichkeit bewaffneter Konflikte zwischen Mitgliedern des «Blocks» kaum gegeben ist, denn «die atlantischen Demokratien konstituieren eine Sicherheitsgemeinschaft in dem Sinne, dass Krieg zwischen ihnen unvorstellbar scheint».¹²⁸ Trumps Politik hat sicherlich zu einer dramatischen Zunahme der Spannungen zwischen beiden Seiten des Atlantik geführt, sie muss allerdings in einem größeren Kontext gesehen werden. Seit dem Ende der 2000er Jahre ist es zwischen den USA und der EU schon häufiger zu Spannungen gekommen, die Ergebnis einer Kombination aus tiefer liegenden geopolitischen und ökonomischen Veränderungen waren, die schließlich im «2008er-Moment» zusammenliefen. Die Meinungsverschiedenheiten resultierten nicht nur aus der Ablehnung des Irakkriegs 2003 durch Gerhard Schröder und Jaques Chirac. Ökonomische Differenzen bestanden auch während der Amtszeit von Barack Obama, wie das Scheitern des Freihandelsabkommens TTIP unterstreicht. TTIP war als ehrgeiziges geökonomisches Projekt konzipiert worden, damit «Amerika und Europa» gegenüber den Schwellenländern «die Regeln für den globalen Standard der freien Markt-

124 Robinson, William I.: *A Theory of Global Capitalism: Production, Class, and State in a Transnational World*, Baltimore 2004.

125 Diese Bezeichnung stammt von Held, David/ McGrew, Anthony/Goldblatt, David/ Perraton, Jonathan: *Global Transformations: Politics, Economics and Culture*, Cambridge 1999.

126 Ihre Zahl erhöhte sich von 45 Mitgliedern im Jahr 1945 auf 154 bis zum Jahr 1980, 159 bis 1990, 189 bis 2000 und 193 bis 2018.

127 In seinem Artikel «Liberal Internationalism 3.0: America and the Dilemmas of Liberal World Order» aus dem Jahr 2009 stellte der prominente Theoretiker des liberalen Internationalismus John Ikenberry recht treffend die Frage: «Was genau ist eigentlich die ‚Staatengemeinschaft‘ und wer spricht in ihrem Namen?», in: *Perspectives on Politics* 1/2009, S. 71–87, hier: S. 79.

128 Kupchan, Charles A.: *The Geopolitics Of Transatlantic Relations: Discord And Repair*, in: *Politique étrangère* 1/2009, S. 73–85, hier: S. 15.

wirtschaft festlegen» konnten.¹²⁹ Doch trotz all der Kräfte, die sich um eine stärkere transatlantische ökonomische Integration bemühten, hatte die «lange Rezession» ab 2008 eine Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt zur Folge, der die neue US-Regierung mit einer Offensive gegen Deutschland und China zu begegnen sucht.

4.3 Hin zu einer integrierten EU-Verteidigungspolitik

Eine seit Langem bestehende Militärmacht

Die EU wird vom Mainstream und von Politiker*innen oft als *soft power* bezeichnet. Diese Vorstellung geht auf Robert Kagan zurück, der einst argumentierte, dass die Europäer*innen von der Venus und die Amerikaner*innen vom Mars kämen.¹³⁰ In einem weniger bekannten Artikel von 2003, in dem er ausgiebig auf Tony Blairs Position zum Irakkrieg eingeht, verdeutlicht Kagan, was er mit der Europa-Venus-These meinte, als er sich auf Robert Coopers Ruf nach einem «neuen liberalen Imperialismus» bezog, welcher wie folgt definiert wird: «Innerhalb der postmodernen Welt halten sich alle beteiligten Akteure an das Gesetz, doch wenn man den Operationsradius in den Dschungel verlegt, dann gelten auch die Gesetze des Dschungels.»¹³¹

Nachdem er Tony Blairs diplomatischer Berater geworden war, assistierte Cooper im Jahr 2003 Javier Solana, dem damaligen Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, bei der Umsetzung der europäischen Strategie-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die europäische Sicherheitsstrategie, die in diesem Jahr aus der Taufe gehoben wurde, entsprach in ihren Werten, Zielen und in ihrer Bedrohungseinschätzung der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bush-Regierung, die einige Monate zuvor präsentiert worden war, betonte allerdings die Notwendigkeit des Multilateralismus und erwähnte keine präventiven Militäraktionen (welche wiederum aus der US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie von 2010 gestrichen wurden).

In ideologischer Hinsicht ist die «hybride Bedrohung» zu einem Schlagwort im Brüsseler Jargon geworden, nachdem der Begriff mit der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU im Jahr 2016 eingeführt wurde. Die Idee der «hybriden Bedrohung» wird sogar als «sinnvolles Konzept [bezeichnet], da es den vernetzten Charakter der Herausforderungen (ethnische Konflikte, Terrorismus, Migration und schwache Institutionen) betont».¹³² Die EU-Rhetorik stellte damit die «Bedrohung» durch Terrorismus und Migration auf eine Stufe.¹³³ Dieser Schritt ist

129 Grant, Dan: Transatlantic trade: Is China in or out?, The Hill, 22.7.2013, unter: <http://thehill.com/blogs/congress-blog/foreign-policy/312613-transatlantic-trade-is-china-in-or-out>.

130 Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, München 2003.

131 Cooper, Robert: The new liberal imperialism, in: The Guardian, 7.4.2002.

132 Europäisches Parlament: Countering hybrid threats: EU-NATO cooperation, 2.3.2017, S. 2, unter: [www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI\(2017\)599315](http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI(2017)599315).

133 Vgl. Rede von Emmanuel Macron an der Sorbonne vom 26.9.2017: «Es gibt viele Herausforderungen: Vom Klimawandel über die Digitalisierung bis zu Migration und Terrorismus.», unter: <http://international.blogs.ouest-france.fr/archive/2017/09/29/macron-sorbonne-verbatim-europe-18583.html>.

eine kaum zu überschätzende Unterstützung der Parteien der extremen Rechten (die wahltechnisch von dieser Gleichsetzung unglaublich profitiert haben) und bedeutet, dass soziale Fragen wie die der Migration mit repressiven Mitteln gelöst werden müssten.

Die Bezeichnung der EU als *soft power* lässt außer Acht, dass für Joseph Nye, den Begründer dieses Konzepts, die sogenannte *hard power* nicht ausschließlich für militärische, sondern auch ökonomische Macht gilt. Auf Grundlage dieser Definition lässt sich wohl kaum bestreiten, dass die EU auch eine *hard power* gegenüber bestimmten Ländern und Regionen weltweit darstellt. Die ökonomische Macht der EU ist vor allem dort besonders spürbar, wo europäische Länder zuvor als Kolonialmächte auftraten, vor allem in afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten und Regionen (AKP-Staaten). Vereinbarungen, die mit AKP-Staaten ausgehandelt wurden, werden seit Langem dafür kritisiert, dass sie die asymmetrischen Beziehungen aufrechterhalten, die bereits lange vor der formalen Kolonialisierung des 19. Jahrhunderts bestanden. Auch die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zielt auf die Integration dieser Länder in die EU-Strukturen ab und setzt dies mittels militärischer Überlegenheit (durch die NATO) und finanzökonomischer Abhängigkeit durch. Mit der Zeit scheint die ENP aus dem Jahr 2003 den «Freundeskreis» in einen «Feuerring» verwandelt zu haben, wie es der ehemalige schwedische Premierminister Carl Bildt ausgedrückt hat.¹³⁴ Der «harte Kern» der *hard power* – die militärische Komponente – ist auch bei der EU sichtbar. Im Jahr 2017 lag der EU-Anteil an den weltweiten Militärausgaben bei 20 Prozent. Unter den 15 Ländern mit den höchsten Militärausgaben befinden sich SIPRI zufolge vier europäische Länder: Frankreich (Platz 6), das Vereinigte Königreich (Platz 7), Deutschland (Platz 9) und Italien (Platz 12). Zwischen 2013 und 2017 betrug der Anstieg der Militärausgaben der EU laut SIPRI 5,1 Prozent (5 % in West-, 36 % in Zentral- und 1,5 % in Osteuropa). Die Erreichung der Zwei-Prozent-Marke – das Ziel, zwei Prozent des BIP in Rüstung zu investieren, dem sich alle Mitgliedsstaaten der NATO verpflichtet haben – hätte bei den europäischen NATO-Staaten verglichen mit den Ausgaben des Jahres 2016 einen weiteren Anstieg um 26 Prozent zur Folge.¹³⁵

Es ist entscheidend, daran zu erinnern, dass es auf dem Kontinent seit Langem dominante imperialistische Staaten gibt: Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich. Diese Länder verfügen über mächtige Rüstungsindustrien und sind allesamt unter den zehn größten Waffenexporteuren der Welt – neben ihnen sind auch noch viele andere EU-Staaten NATO-Mitglieder. Wie durch ihren ständigen

134 Taylor, Paul: EU «ring of friends» turns into ring of fire, Reuters, 27.9.2015, unter: www.reuters.com/article/us-europe-migrants-neighborhood-analysis/eu-ring-of-friends-turns-into-ring-of-fire-idUSKCN0RR09020150927.

135 SIPRI: Current Military Spending Versus NATO 2 Per Cent, 24.4.2017, unter: www.sipri.org/sites/default/files/Media-backgrounder-current-military-spending-vs-NATO-2-per-cent.pdf.

Sitz im UN-Sicherheitsrat belegt, nehmen Frankreich und das Vereinigte Königreich in globalen geopolitischen Fragen eine führende Position ein. Sie sind nicht nur Teil eines erlesenen Clubs von Atommächten, sondern aufgrund einer Vielzahl von Militärbasen weltweit sehr präsent, was ihnen ihre globale Machtprojektion sowie die Fähigkeit, Krieg zu führen, ermöglicht. Das aktuelle Weißbuch Frankreichs hebt gerade diese Militärbasen als wichtiges Mittel für die Rolle des Landes als Weltmacht hervor (siehe Kapitel 1).

Während einige Mitgliedsstaaten also eindeutig Militärmächte mit globaler Reichweite sind, ist die EU selbst jedoch offiziell keine Militärmacht. Die Analyse des interaktiven Prozesses zwischen der Militarisierung führender europäischer Länder – insbesondere Frankreich und das Vereinigte Königreich – und einer zunehmenden Militarisierung der EU als Ganzes steht im Zentrum dieser Studie. Die EU steht dabei nicht als passive Beobachterin am Rand: Der Trend zur Militarisierung findet ebenso auf europäischer Ebene statt. Das Kernelement einer Rede des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker war sein Aufruf für ein «Europa der Verteidigung»: «Jetzt schlägt die Stunde der europäischen Souveränität. Die Weltpolitik verlangt es von uns.»¹³⁶ Es steht dabei außer Frage, dass ein «Europa der Verteidigung» auf die militärischen Fähigkeiten seiner mächtigsten Mitgliedsländer setzen muss. Der Appell wurde in einem vom Europäischen Parlament in Auftrag gegebenen Bericht sehr begrüßt. Der Bericht enthält außerdem die Einschätzung, dass französische und britische Militäreinrichtungen «einen erheblichen Vorteil für die geografische und funktionale Expansion der EU-Gesamtstrategie darstellen» würden.¹³⁷

Die «Militarisierung der EU-Entwicklungspolitik»¹³⁸ der letzten Jahre hat das wahre Gesicht des Cooperschen «liberalen Imperialismus» offenbart. Die Sicherheitsagenda, die als Teil der EU-Strategie gegen militärische und zivile Bedrohungen entwickelt worden ist, gepaart mit Behauptungen wie: «Entwicklung und Sicherheit müssen zusammengedacht werden», führten zur Berücksichtigung von Militärausgaben als Teil der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Dieser Orwell'sche Kunstgriff wurde durch die Reform von 2016 ermöglicht. Obwohl von den Fördermitteln im Rahmen der ODA und der OECD «Darlehen und Kredite für militärische Zwecke [...] ausgeschlossen [sind]»,¹³⁹ werden die Kosten für folgende Posten mittlerweile durch die ODA anerkannt: «entwicklungsbezogene Ausbildung militärischen Personals», die «Einbeziehung des Militärs des Geberlandes zur Bereitstellung von Hilfs-

136 Juncker, Jean Claude: Lage der Union 2018. Die Stunde der europäischen Souveränität, Europäische Union, 12.9.2018, unter: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/soteu2018-speech_de.pdf.

137 Rogers, James/Simón, Luis: The Status And Location Of The Military Installations Of The Member States Of The European Union And Their Potential Role For The European Security And Defence Policy (ESDP), Europäisches Parlament, 19.2.2009, S. 21, unter: www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document.html?reference=EXPO-SEDE_NT%282009%29407004.

138 Hautala, Heidi: Europe's legal U-turn on militarising development policy, Euractiv, 3.7.2017, unter: www.euractiv.com/section/development-policy/opinion/europes-legal-u-turn-on-militarising-development-policy/.

139 Definition der ODA, unter: <https://data.oecd.org/oda/net-oda.htm>.

leistungen, sofern spezifische Fähigkeits- oder Ressourcenanforderungen identifiziert worden sind, die weder wirksam noch zeitnah durch zivile Akteure bereitgestellt werden können», sowie «die Bereitstellung wirksamer Unterstützung für Reformen im Sicherheitssektor».¹⁴⁰ Die Veränderungen der Abrechnungsregeln wurden von großen EU-Mitgliedsstaaten wie Frankreich, Deutschland und Italien unterstützt, sodass die Verordnung im Hinblick auf das Instrument für Stabilität und Frieden (ISP), ein mächtiges Werkzeug zur Auslandshilfe (2,3 Mrd. Euro in der Haushaltsperiode 2014–2020), im April 2017 entsprechend vom EU-Parlament ausgeweitet wurde. Laut einer EU-Abgeordneten, die diese Veränderungen kritisierte, war dies nur durch eine «erhebliche Manipulation des Rechts» und durch die Umgehung des Artikels 42 Absatz 2 des EU-Vertrags möglich, demzufolge Ausgaben für militärische oder Verteidigungszwecke nicht vom Budget der EU getragen werden dürfen.¹⁴¹

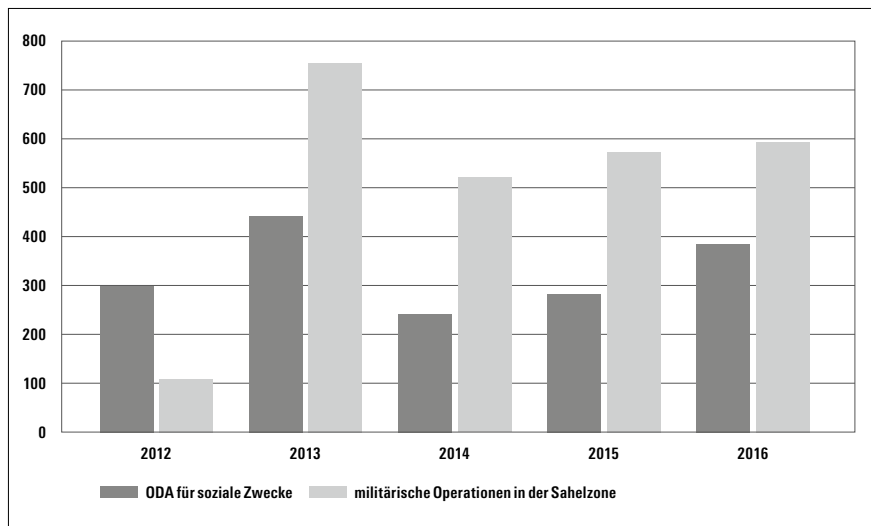
Wenig überraschend rührte Frankreich für diese Reform sehr aktiv die Werbetrommel, nachdem es bereits seit Jahren auf eine Anrechnung eines Teils seiner Ausgaben für Sicherheits- und Friedenserhaltungsmissionen in der Sahelzone als öffentliche Entwicklungshilfe gedrängt hatte. Die Begründung dafür wurde durch einen französischen Minister wie folgt formuliert: «Wer würde über Entwicklung in diesen Ländern [Mali, Zentralafrikanische Republik] sprechen, wenn Frankreich nicht interveniert hätte?»¹⁴² Seit den frühen 2000er Jahren hatte es wiederholt die Forderung seitens französischer Regierungen gegeben, dass Ausgaben für Verteidigung von den Konvergenzkriterien der EU für die Berechnung von Haushaltsdefiziten ausgenommen werden sollten. Angesichts der Zahlen, die in Abbildung 3 dargestellt sind, scheint der Grund dafür auf der Hand zu liegen. Zwischen 2013, dem Jahr, in dem die französische (und später auch deutsche) Militärintervention in Mali begann, und 2016 stiegen die Militärausgaben für Einsätze in der Sahelzone rasant an. Seither haben sie die ODA für soziale Infrastruktur, Bildung, Wasserversorgung und Kanalisation im Rahmen des Armutsbekämpfungsprogramms «G5 Sahel» (Regionalorganisation zur Koordination der Armutsbekämpfung, des Infrastrukturausbaus, der Landwirtschaft und Sicherheit) bei Weitem übertroffen – und dies zusätzlich zur EU-geförderten Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force (bestehend aus Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien und Niger).

140 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Converged Statistical Reporting Directives For The Creditor Reporting System (CRS) And The Annual DAC Questionnaire, 28.5.2018, S. 31, unter: [https://one.oecd.org/document/DCD/DAC/STAT\(2018\)9/FINAL/en/pdf](https://one.oecd.org/document/DCD/DAC/STAT(2018)9/FINAL/en/pdf).

141 Hautala, Heidi: Europe's legal U-turn on militarising development policy, Euractiv, 3.7.2017, unter: www.euractiv.com/section/development-policy/opinion/europes-legal-u-turn-on-militarising-development-policy/.

142 Girardin, Annick, Staatssekretärin für Entwicklung und Frankophonie, zit. n. Barbière, Cécile: Frankreich will Sicherheitsausgaben als Entwicklungshilfe deklarieren, Euractiv, 18.2.2015, unter: www.euractiv.de/section/entwicklungspolitik/news/frankreich-will-sicherheitsausgaben-als-entwicklungshilfe-deklarieren/.

Abbildung 3: Frankreichs öffentliche Entwicklungszusammenarbeit für soziale Zwecke im Vergleich zu den Kosten für Militäreinsätze in der Sahelzone 2008–2016 (in Mio. Euro)



Quelle: eigene Darstellung basierend auf OECD-Datensätzen bzgl. ODA sowie französischen Parlamentsberichten

Die Gleichsetzung von Sicherheit und Entwicklung, Militärausgaben und zivilen Zielsetzungen veranschaulicht, wie die EU im Rahmen ihrer «Entwicklungshilfepolitik» als übergeordnete Struktur zur Unterstützung ihrer Mitgliedsstaaten fungiert, die ihre spezifischen Interessen in jenen Ländern verfolgen, in denen sie bereits seit Langem wirtschaftlichen Einfluss ausüben.¹⁴³ Dies dürfte den irreführenden Diskurs über das Wesen der EU als *soft power* als höchst fragwürdig entlarven. Wie Nye selbst es ausgedrückt hat: «Märkte und ökonomische Macht basieren auf politischen Rahmenbedingungen, die wiederum nicht nur von Normen, Institutionen und Beziehungen, sondern auch vom Einsatz von Zwangsmitteln abhängen.»¹⁴⁴

143 Concord: AidWatch 2018. Security Aid. Fostering development, or serving European donors' national interest?, insbesondere Kapitel 2, unter: https://concordeurope.org/wp-content/uploads/2018/02/CONCORD_Aid-WatchPaper_Securitisation_2018.pdf.

144 Nye, Joseph S.: Has Economic Power Replaced Military Might?, Belfer Center for Science and International Affairs, 6.6.2011, unter: www.belfercenter.org/publication/has-economic-power-replaced-military-might.

Die Militarisierung der EU nimmt Fahrt auf

Die lange Tradition der Militarisierung in verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten verschwand keineswegs durch die institutionellen Entwicklungen auf EU-Ebene. Seit einigen Jahren hat die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auf europäischer Ebene nun Fahrt aufgenommen. Ein Wendepunkt war dabei sicherlich der EU-Vertrag. Von den 68 Änderungen im Vergleich zu seinen vertraglichen Vorläufern (dem Maastrichter Vertrag bzw. den Römischen Verträgen) befassen sich 25 mit Regelungen zu Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.¹⁴⁵ Der Vertrag sieht vor, dass die GASP in die Zuständigkeit der Union fällt, wobei in traditionell vorsichtiger Formulierung hinzugefügt ist: «einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik» (Art. 24 EUV). Zugleich enthält der EUV eine Klausel über gegenseitige Unterstützung und Solidarität und bildet die Basis für die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) unter Leitung des oder der Hohen Vertreter*in in der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (EU-Außenbeauftragte*r). Die Schaffung des EAD wird von vielen als entscheidende Neuerung gedeutet. Der EAD, der als übergeordnete Leitungscoordination auf EU-Ebene präsentiert wird, hat seinen Hauptsitz in Brüssel und entsendet 140 Delegationen weltweit. Laut Zahlen von 2017 sind in den Delegationen insgesamt 5.693 Mitarbeiter*innen beschäftigt. Zum Vergleich: Die Gesamtzahl aller Mitarbeiter*innen der EU-Kommission lag 2017 bei etwas mehr als 32.000.¹⁴⁶ Die im Juni 2016 vorgelegte Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU legt als Ziel «ein angemessenes Niveau an Ehrgeiz und strategischer Autonomie»¹⁴⁷ fest, was von verschiedenen Expert*innen dahingehend gewertet wird, dass die EU nicht mehr nur als *soft power*, sondern als vollwertige Macht gelten will.¹⁴⁸

Im November 2016 veröffentlichte der EU-Rat einen Umsetzungsplan für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und bekräftigte das übertriebene Argument, dass eine «integrierte verteidigungstechnologische und -industrielle Basis Europas (EDTIB) auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Innovation beitragen» würde. Nur ein paar Monate später schlug die EU-Kommission die Einrichtung des oben bereits erwähnten EDF vor, der laut Brüsseler Jargon zwei «Fenster» umfassen sollte – ein «Forschungsfenster» und ein «Fähigkeitenfenster». Ersteres soll nach 2020 mit rund 500 Millionen Euro vollständig aus dem EU-Haushalt gefördert werden. Das «Fähigkeitenfenster» erhält dieselbe Summe bis 2020 und danach eine Milliarde Euro jährlich, wobei die Mitgliedsstaaten noch einmal

145 Menon, Anand: European Defence Policy from Lisbon to Libya, in: *Survival* 3/2011, S. 75–90, hier: S. 75.

146 Europäisches Parlament: 2017 Annual Activity Report. European External Action Service, 11.7.2018, unter: [www.europarl.europa.eu/cmsdata/151581/Annual%20Activity%20Report%20\(without%20letter\).pdf](http://www.europarl.europa.eu/cmsdata/151581/Annual%20Activity%20Report%20(without%20letter).pdf).

147 European Union: Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe, A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy, 2016, S. 9, unter: http://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eu_gs_review_web.pdf.

148 Tardy, Thierry: The return of European Defence?, in: *European issues* 474, 2018, S. 22–27.

zwei Milliarden bis 2020 und danach vier Milliarden Euro pro Jahr beisteuern. Es ist das erste Mal, dass die EU-Kommission ein Verteidigungsprogramm finanziert, und ein weiteres Anzeichen ihres gewachsenen Anspruchs, in Verteidigungsfragen eine aktive Rolle einzunehmen. Die Höhe der Mittel ist erheblich und deckt sich mit Jean-Claude Junckers Anspruch, schnell zu handeln: «Wenn wir – ohne uns zu militarisieren – unsere Verteidigungsausgaben um das 20-Fache steigern wollen, dann sind schnelle Entscheidungen gefragt.»¹⁴⁹

Eine weitere bedeutende Initiative ist die koordinierte jährliche Überprüfung der Verteidigung (CARD), die der Empfehlung des EU-Rats aus dem November 2016 bezüglich der «schrittweisen Synchronisation und wechselseitigen Anpassung der Zyklen nationaler Verteidigungsplanungen und Praxis der Fähigkeitenentwicklung» folgte. Hauptanliegen ist es, die Zielsetzungen der Mitgliedsländer für Verteidigungsfähigkeiten zu identifizieren, Konvergenz zu fördern und multilaterale Projekte vorzuschlagen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) fungiert, wie von Artikel 45 des EU-Vertrags vorgesehen, als Sekretariat der CARD.

Schließlich wurde im Dezember 2017 ein Kooperationsmechanismus für die EU-Verteidigungspolitik gemäß den Bestimmungen des Vertrags von Lissabon durch den EU-Rat bestätigt. Die Erklärung über eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) wurde von 25 Mitgliedsstaaten angenommen und identifiziert 17 SSZ-Kooperationsprojekte in der Fähigkeitenentwicklung und im operativen Bereich. Dennoch offenbart die SSZ die andauernden Differenzen in Verteidigungsfragen zwischen Frankreich und Deutschland, die jeweils von einer Reihe an Mitgliedsstaaten unterstützt werden (siehe weiter unten).

Diese kurze Übersicht veranschaulicht die Beschleunigung der EU-Militarisierung in den letzten Jahren. Angesichts der «hybriden Konfiguration» der EU beinhaltet der Prozess komplizierte Verhandlungen zwischen dem EU-Rat und der EU-Kommission. Wie gezeigt wurde, haben Frankreich und andere größere Mitgliedsländer die Initiativen der EU-Kommission in Verteidigungsfragen unterstützt, sofern sie jeweils ihre nationalen Interessen dadurch gestärkt sahen. Gleichwohl sind sich die Mitgliedsstaaten einig, dass sie eine zu starke Kompetenz der EU-Kommission in Verteidigungsangelegenheiten verhindern wollen, weshalb der Vertrag von Lissabon die Position der Mitglieder gegenüber der EU-Kommission durch die explizite Benennung des EU-Rats als exklusive Leitung der EDA stärkt. Diese intergouvernementale Logik unterstreicht die Rivalität zwischen der EDA und der EU-Kommission.¹⁵⁰ Eine ähnliche Uneinigkeit deutet sich zwischen den oben beschriebenen Aktivitäten des Europäischen Auslandsdienstes und der intergouvernementalen Perspektive an. Prinzipiell statet der Vertrag von Lissabon die bzw. den EU-Außenbeauftragte*n (zu-

149 Juncker, Jean Claude: Lage der Union 2018, S. 10.

150 Fiori, Daniel: The European Commission and the European Defence Agency: A Case of Rivalry?, in: Journal of Common Market Studies 3/2015, S. 542–557, hier: S. 550.

gleich Vizepräsident*in der Kommission) mit dem Recht aus, politisch-strategische Ansätze für ein Gleichgewicht zwischen EU-zentrierten und intergouvernementalen Perspektiven und des EAD vorzuschlagen, da Letzterer als Stütze der bzw. des Außenbeauftragten fungiert. Die Komplexität der institutionellen Architektur hat manche Expert*innen zu der Einschätzung gebracht, dass es «nach wie vor eine gewisse Rivalität sowie Koordinationsprobleme zwischen dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und der EU-Kommission gibt, trotz der Tatsache, dass die EU-Außenbeauftragte gleichzeitig die Vizepräsidentin der Kommission ist.»¹⁵¹ Diese innerbürokratischen Rivalitäten resultieren womöglich aus der Schwierigkeit, intergouvernementale und Gemeinschaftsbefugnisse zu harmonisieren, sowie aus der Tendenz von Staatsbürokratien, ihre eigenen Kompetenzen ausweiten zu wollen. Doch trotz ihrer «Rivalität» sind all diese EU-Gremien darauf ausgelegt, die Verteidigungspolitik – auf ihre jeweils spezifische, jedoch gleichzeitig in gegenseitig ergänzender Weise – auf EU-Ebene voranzutreiben. Dabei arbeiten sie in der Regel zusammen und sind aktiv an der Umsetzung von EU-Verteidigungsprogrammen beteiligt. Sie werden einerseits von den Mitgliedsstaaten und andererseits vom europäischen militärisch-industriellen Komplex unterstützt.¹⁵² Ohne die EU-Institutionen, die sich für eine gemeinsame Verteidigungspolitik stark machen, hätte es auf diesem Feld in den letzten Jahren kaum solche Fortschritte gegeben. Die Mitgliedsstaaten haben diese Institutionen selbst geschaffen – einschließlich der Kompetenzen der EU-Kommission in Verteidigungsfragen. Mit anderen Worten: Was als Rivalität erscheint, fungiert zugleich als Triebkraft für einen kumulativen Prozess der EU-Militarisierung.

Ein günstiges geoökonomisches Umfeld

Die anhaltenden Bemühungen französischer Regierungen um eine verstärkte EU-Militarisierung (siehe Kapitel 3) wurden durch Emmanuel Macrons Aufruf zu einer «gemeinsame[n] strategische[n] Kultur» in seiner Rede an der Sorbonne im Jahr 2017 bekräftigt.¹⁵³ Der Vorschlag kam zu einer Zeit, in der die Rahmenbedingungen für seine Realisierung angesichts der Veränderungen des internationalen Umfelds seit Ende der 2000er Jahre günstig waren (und immer noch sind). Drei Faktoren tragen besonders zur Vertiefung der EU-Verteidigungspolitik bei.

Erstens: Der Anspruch Russlands auf eine herausragende geopolitische Rolle, die sich aus EU-Sicht in den Spannungen zwischen der Ukraine und Russland an der

151 Marrone, Alessandro/Ungaro, Alessandro R.: Actors in the European Defence Policy Area: Roles and Developments, Istituto Affari Internazionali, 24.11.2014, S. 7, unter: www.iai.it/en/pubblicazioni/actors-european-defence-policy-area.

152 Oikonomou, Iraklis: The EDA-European Commission Connection in EU Military R&D: Not Seeing the Forest for the Trees, in: Karampekios, Nikolaos/Oikonomou, Iraklis/Carayannis, Elias G. (Hrsg.): The Emergence of EU Defense Research Policy. From Innovation to Militarization, Basel 2018, S. 261–279.

153 Rede von Emmanuel Macron an der Sorbonne vom 26.9.2017, unter: <http://international.blogs.ouest-france.fr/archive/2017/09/29/macron-sorbonne-verbatim-europe-18583.html>.

EU-Außengrenze manifestiert, löst in einer Reihe von Mitgliedsstaaten, darunter die baltischen und verschiedene ost- und südosteuropäische Länder, erhebliche Besorgnis aus. Diese Länder haben ihre Militärausgaben über die letzten Jahre drastisch erhöht und zudem die NATO um die Aufstockung ihrer Militärpräsenz an der Ostflanke Europas und die Entsendung einer sogenannten Enhanced Forward Presence im Baltikum gebeten. Sie setzen auf eine Vertiefung der NATO-EU-Kooperation.¹⁵⁴

Zweitens: Trumps geopolitisches Vorgehen nimmt sowohl Deutschland als auch China ins Visier. Für die vorliegende Analyse entscheidend ist dabei, dass der US-Präsident seine Kritik nicht auf ökonomische Fragen beschränkt, sondern Angela Merkel auch für ihre mangelnde Unterstützung für Militärinterventionen angreift und Deutschlands Widerwillen bemängelt, seinen Verteidigungshaushalt an die NATO-Zielmarke von zwei Prozent anzuheben. Darüber hinaus kritisierte Trump die deutsche Haltung im Gegensatz zu «den Franzosen, die keinen Moment zögerten, die USA zu unterstützen. Und Macron war großartig», da er die USA in Syrien unterstützte.¹⁵⁵ Die deutsche Rhetorik bezüglich der Notwendigkeit einer stärkeren Autonomie der EU in Verteidigungsfragen war eine direkte Reaktion auf die Offensive Trumps. Der einflussreiche ehemalige Finanzminister Wolfgang Schäuble bemerkte, er könne «diese kritische Position [Trump] [...] verstehen»,¹⁵⁶ während Angela Merkel betonte: «Wir sollten an der Vision arbeiten, eines Tages auch eine echte europäische Armee zu schaffen.»¹⁵⁷

Drittens: Die desaströsen Folgen des «2008er-Moments» haben zur Ausweitung der militärisch-humanitären Einsätze in der EU-Nachbarschaft beigetragen. Die Operationen der EU und der NATO zur Bekämpfung der Migration als «hybride Bedrohung» haben die Militärinterventionen im Mittelmeer und in der Sahelzone seit mehreren Jahren insgesamt vervielfacht und innerhalb der EU-Struktur in Form der Einstellung des Frontex-Programms¹⁵⁸ ihren Ausdruck gefunden. Die Operation «Sophia» – der 2015 gestartete EU-Einsatz gegen «Schlepper» im Mittelmeer zur Eindämmung der Migration – war die erste Operation, die Maßnahmen zur inneren und äußeren Sicherheit explizit miteinander verband.¹⁵⁹ Und es scheint ein lukratives

154 Gemeinsame Erklärung der V4-Verteidigungsminister beim NATO-Gipfel in Brüssel, 13.7.2018, unter: www.visegradgroup.eu/v4-defence-ministers.

155 Delfs, Arne/Jacobs, Jennifer: Merkel's Struggle to Gain Trump's Ear Leaves Berlin Sidelined, Bloomberg, 16.4.2018, unter: www.bloomberg.com/news/articles/2018-04-16/merkel-s-struggle-to-gain-trump-s-ear-leaves-berlin-sidelined.

156 Schäuble zeigt Verständnis für Trumps Forderungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.7.2018, unter: www.faz.net/aktuell/politik/wolfgang-schaeuble-zeigt-verstaendnis-fuer-trumps-forderungen-15685425.html.

157 Vu, Vanessa: Bundeskanzlerin plädiert für europäische Armee, Zeit Online, 13.11.2018, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2018-11/angela-merkel-eu-parlament-jean-claude-juncker-europa.

158 Frontex ist die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache.

159 Tardy, Thierry: Operation Sophia: Tackling the refugee crisis with military means, European Union Institute for Security Studies, 30.9.2015, S. 2, unter: www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/Brief_30_Operation_Sophia.pdf.

Geschäft zu werden:¹⁶⁰ Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, das Budget der aus dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) hervorgegangenen Asylagentur für 2019 bis 2020 auf 321 Millionen Euro und auf 1,25 Milliarden Euro für den Zeitraum 2021 bis 2027 anzuheben.¹⁶¹

4.4 Grenzen einer integrierten europäischen Verteidigungspolitik

Im Jahr 2018 behauptete die damalige EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini: «Was wir aufgebaut haben, ist noch ambitionierter als eine europäische Armee [...] Wir wollen eine europäische Verteidigung auf der Grundlage eines europäischen Industriesystems, europäischer Technologien und eines europäischen Rüstungsmarkts. Wir wollen, dass unsere Mitgliedsstaaten gemeinsam investieren, entscheiden und handeln. Heute haben wir endlich die Werkzeuge, um dies möglich zu machen.»¹⁶² Der damalige EU-Kommissionspräsident Juncker rief zum Aufbau einer «funktionierenden Europäischen Verteidigungsunion» bis zum Jahr 2025 auf. In ihrer Betonung einer integrierten Verteidigungspolitik erhielten die beiden Unterstützung von verschiedenen Analyst*innen, die von «strategischer Konvergenz» sprechen.¹⁶³ Diese Rhetorik belegt, dass die in jüngster Vergangenheit erzielten Fortschritte den Weg für eine vertiefte Integration der EU-Verteidigungspolitik geebnet haben.

Der Diskurs über die europäische Verteidigungspolitik und ihren gegenwärtigen Entwicklungsstand besteht jedoch, gelinde gesagt, aus einer Mischung aus Verwirrung und Wunschdenken. Bündnisse zwischen Regierungen zum Zweck der Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen sind sicherlich nichts Neues und es gibt prinzipiell keinen Grund anzunehmen, dass sie nicht auch innerhalb der EU-Struktur zustande kommen können. Solche Bündnisse sind jedoch etwas anderes als eine integrierte europäische Verteidigungspolitik. Manche meinen, das als europäische Verteidigungsunion bezeichnete Szenario – dessen Kernelemente eine «halbföderale Verteidigungsunion, gemeinsame Beschaffung, eingeschränkte europäische Abschreckung, weniger Kooperation mit Großbritannien nach dem Brexit» seien – würde eine «weitreichende

160 Akkerman, Mark: Expanding the Fortress. The policies, profiteers and people shaped by E.U.'s border externalisation programme, Transnational Institute, 11.5.2018, unter: www.tni.org/en/publication/expanding-the-fortress.

161 Europäische Kommission: Lage der Union 2018 – Kommission schlägt letzte Elemente für einen Kompromiss über die Reform von Migrationspolitik und Grenzmanagement vor, Pressemitteilung, 12.9.2018, unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_18_5712.

162 Mogherini, Federica: European defence cooperation is not about creating an EU Army – which is why it is so much more, European Union External Action, 12.2.2018, unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/39754/european-defence-cooperation-not-about-creating-eu-army-which-why-it-so-much-more_en.

163 Koenig, Nicole: France and Germany: spearheading a European security and defence union?, Jacques Delors Institute, 19.7.2017, unter: www.institutdelors.eu/wp-content/uploads/2018/01/franceandgermanyspearheadingaEuropeanssecurityanddefenceunion-koenigwalter-jdib-july2017.pdf?pdf=ok.

Übereinkunft» zwischen Deutschland und Frankreich erfordern.¹⁶⁴ Eine solche ist allerdings nicht in Sicht.

Unterschiedliche Visionen einer Verteidigungspolitik

Eine Reihe von Hindernissen steht der integrierten europäischen Verteidigungspolitik im Weg. Eine entsprechende Politik wird als Vervollständigung eines Prozesses gesehen, der zu einer «Ganzheit» auf EU-Ebene führen würde – ein Prozess, in dem nationale Industrien, Politiken und Fähigkeiten jeweils Teilkomponenten wären, was in etwa der oben erwähnten Vision Mogherinis entspricht. Unter anderem würde es bedeuten, nationale Souveränität zugunsten der EU-Souveränität abzugeben. Doch noch einmal: Der EU-Verteidigungspolitik mangelt es keineswegs an Narrativen, die zutiefst mehrdeutig, wenn nicht geradezu widersprüchlich sind. Macron fordert eine «wahre Souveränität» für Europa und eine «echte europäische Armee» – eine Forderung, die von einem seiner Berater umgehend als «engere Verteidigungskoordination statt eines tatsächlich transnationalen Militärs des gesamten Kontinents» eingeordnet wurde.¹⁶⁵ Außerdem äußerte Macron den Wunsch nach europäischer Souveränität, während das französische Strategiepapier von 2017 von der Notwendigkeit spricht, souverän über Frankreichs nationale atomare und konventionelle Verteidigungskapazitäten entscheiden zu können – und zwar ganze 17 mal. Ähnlich äußerte sich der ehemalige EU-Kommissionspräsident Juncker, der zwar von einer EU-Armee sprach, aber dessen Sprecher Margaritis Schinas zugleich einräumte: «Ich glaube nicht, dass diese Verteidigungsidentität mit einer EU-Armee beginnt.»¹⁶⁶ Merkel sekundierte Macrons Vorschlag, betonte allerdings, dass dies «keine Armee gegen die NATO [ist] [...], sondern [...] eine gute Ergänzung der NATO sein [kann]».¹⁶⁷

Eine Art Synthese dieser Mehrdeutigkeiten findet sich im Konzept der «strategischen Autonomie» der EU, das sowohl politische, operative und industrielle Komponenten umfasst. Obwohl die «strategische Autonomie» über die letzten Jahre in Europa zu einem Modebegriff geworden ist, trifft das, was Expert*innen über Frankreich gesagt haben, womöglich auch auf andere EU-Länder zu: «Was das Konzept durch

164 Fägersten, Björn/Danielson, August: Order, integration and the development of European security and defence. Key uncertainties and future scenarios, Swedish Institute of International Affairs, 2018, unter: www.ui.se/globalassets/ui.se-eng/publications/ui-publications/2018/ui-paper-1-2018.pdf.

165 Macron calls for «true European army» to defend against Russia, US, China, Euractiv, 7.11.2018, unter: www.euractiv.com/section/defence-and-security/news/macron-calls-for-european-army-to-defend-against-russia-us-china/.

166 Macron fordert Bildung einer «wahren europäischen Armee», in: Die Welt, 6.11.2018, unter: www.welt.de/politik/ausland/article183349088/Bedrohung-durch-Russland-Macron-fordert-Bildung-einer-wahren-europaeischen-Armee.html.

167 Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede vor dem EU-Parlament in Straßburg am 13.11.2018, unter: www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-vor-dem-europaeischen-parlament-am-13-november-2018-in-strassburg-1549538.

die Häufigkeit seiner Verwendung gewinnt, verliert es an Klarheit.»¹⁶⁸ Hinzu kommt, dass man sich bislang weder auf eine einheitliche Definition noch auf die konkreten Aufgaben einer EU-Armee verständigt hat.

Anstatt die verschiedenen Interpretationen einer EU-Verteidigungspolitik in den einzelnen Mitgliedsländern zu untersuchen, ist es zielführender, die tatsächlichen Hindernisse für konkrete Fortschritte einer integrierten Verteidigungspolitik zu analysieren.

Erstens: Kein Land – und dies dürfte nach einem Brexit noch stärker der Fall sein – misst der Verteidigungspolitik eine derart zentrale Rolle bei der internationalen Positionierung zu wie Frankreich, wobei manche Staaten (wie z. B. die skandinavischen Länder) nicht einmal annähernd eine vergleichbare Neigung zur Militarisierung zeigen. Zwar hat eine ganze Reihe von Ländern die Ausgaben für innere Sicherheit erhöht – insbesondere zur Abwehr von Einwander*innen bzw. im Sinne der Errichtung von Grenzbefestigungen, um Geflüchtete an der Einreise zu hindern –, doch sind derartige repressive Maßnahmen nicht mit der Unterstützung von Militärinterventionen im Ausland gleichzusetzen.

Zweitens: Wenn Mitgliedsländer ihre militärischen Auslandsmissionen aufstocken oder, wie im Falle Polens, ihre Militärausgaben deutlich erhöhen, dann tun sie dies vor allem im Rahmen der NATO. Nicht wenige Regierungen verdächtigen Frankreich zudem, die Europäisierung der Verteidigungspolitik nur aus seinem eigenen nationalen Interesse in Afrika einzufordern. Ein deutscher Beamter, der um seine Einschätzung der französischen Verteidigungspolitik gebeten wurde, brachte Frankreichs Herangehensweise wie folgt auf den Punkt: «Ist da ein Problem? Wir haben eine militärische Lösung.»¹⁶⁹

Drittens: Viele Länder sehen den strategischen Schwerpunkt im Osten, während Afrika eine Schlüsselregion für geopolitische und ökonomische Interessen darstellt.

Viertens: Eine Reihe kleinerer und mittlerer EU-Staaten befürchten, dass sie in einer gemeinsamen EU-Verteidigungsstruktur durch die größeren EU-Mächte Frankreich und Deutschland an den Rand gedrängt werden könnten.¹⁷⁰

Fünftens: Fragen rund um das Thema Atomwaffen künden von unendlichen Debatten in Europa.

Da diese Studie nicht beabsichtigt, die Haltung aller Mitgliedsländer gegenüber europäischen Verteidigungsfragen detailliert darzulegen, fokussiert der Rest dieses Abschnitts auf den Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland in Bezug auf Fragen der Verteidigungspolitik.

168 Maruo, Frédéric: Strategic autonomy under the spotlight. The New Holy Grail of European Defence, Brüssel 2018.

169 Mehler, Andreas/Soest, Christian von: Die deutsche Afrikapolitik: Welche Gemeinsamkeiten mit Frankreich?, Notes du Cerfa, IFRI, 2012, S. 18.

170 Lösing, Sabine/Wagner, Jürgen: Global Power Europe: The hidden imperial Agenda behind the European Council, Informationsstelle Militarisierung e. V., 10.12.2013, unter: www.imi-online.de/download/Paper-European-Council.pdf.

Frankreich und Deutschland

Wie bereits in Kapitel 1 ausgeführt, hängt die internationale Stellung eines Landes von der jeweiligen ökonomischen und militärischen Stärke ab, wobei die relative Gewichtung der beiden Komponenten auch zwischen Staaten, die im globalen Raum einen vergleichbaren Rang einnehmen, stark variieren kann. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs bieten Frankreich und Deutschland ein Paradebeispiel dafür, wie es möglich ist, mit völlig unterschiedlichen Priorisierungen der ökonomischen und militärischen Dimensionen gleichwohl großen Einfluss in der Weltpolitik geltend zu machen. Tabelle 5 veranschaulicht die markanten Unterschiede in der internationalen Positionierung der beiden Länder. Die Spalten 1 bis 5 deuten auf eine ausgeprägte Überlegenheit Deutschlands und einen mittleren Rang Frankreichs mit Blick auf ökonomische Indikatoren, während die Spalten 6 bis 8 den klaren Vorsprung Frankreichs in militärischer Hinsicht offenbaren.

*Tabelle 5: Ökonomische und militärische Indikatoren
(Deutschland und Frankreich im Vergleich)*

	BIP 2017 (in Mrd. Euro)	Veränderungen des Anteils an globalen Exporten 2009–2016 (in %)	Handelsüberschuss 2016 (globaler Rang)	verarbeitende Produktion 2017 (EU-Rang)	wirtschaftliche F&E 2016 (globaler Rang)	Militärausgaben/BIP 2017 (in %)	Militärausgaben/Kopf 2017 (in Euro)	Militärausgaben 2017 (globaler Rang)
Deutschland	3.477	+3,9	2	1	3	1,2	576	9
Frankreich	2.465	-5,3	195	4	6	2,3	760	5

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten von Weltbank (World Development Index), WTO, Eurostat, EU Industrial R&D Investment Scoreboard und SIPRI

Die führende Rolle und der wachsende Einfluss Deutschlands auf die europäische Wirtschaft ist durch die europäische Integration noch gefördert worden, während Frankreichs globale Rolle, basierend auf seinen militärischen Fähigkeiten, das Land zum Motor weiterer Fortschritte im Bereich der gemeinsamen Militär- und Sicherheitspolitik macht. Die Partnerschaft zwischen beiden ist das Ergebnis von Kompromissen und stets von ihrer jeweiligen Verhandlungsmacht abhängig gewesen – wie auch von den Entscheidungen anderer Mitgliedsstaaten. Der wohlwollenden Annahme Berlins der Vorschläge, die Macron 2017 in seiner Rede an der Sorbonne machte, war die Zusage des französischen Präsidenten vorausgegangen, stärkere Vorgaben für die französische makroökonomische Politik durch Brüssel zuzulassen – im Austausch für eine stärkere Beteiligung Deutschlands an der gemeinsamen Verteidigungspoli-

tik. Allerdings stimmte Deutschland nicht allen Vorschlägen Macrons zu. Wolfgang Streeck hat das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen dem «Paar» wie folgt zusammengefasst: «Merkel hatte (in der für sie typischen Art) seinen Aufruf zu einem raschen Ausbau der «Bankenunion» einschließlich eines separaten Budgets, eines «Finanzministers» und eines Parlaments für die Eurozone öffentlich begrüßt, während sie intern an einer Neudefinition arbeitete, um den deutschen Bedürfnissen und Interessen gerecht zu werden.»¹⁷¹

Auch sollten die Schwierigkeiten bei der Harmonisierung der jeweiligen Standpunkte zu Verteidigung und Sicherheit nicht unterschätzt werden. Tabelle 6 bietet eine Übersicht über die Positionen beider Länder in zentralen Verteidigungsfragen. Ausgehend von sehr verschiedenen historischen Hintergründen ist man sich uneins über Militäreinsätze und den Einsatz von Gewalt im Ausland sowie über die Prioritäten der geopolitischen Agenda (Mittelmeerregion versus Osteuropa). Zudem haben beide Länder unterschiedliche Sichtweisen auf die Rolle des Militärs (d.h. sowohl auf die Rolle der Armee als auch der Rüstungsindustrie) im Rahmen ihrer Außenpolitik. Auch gibt es jeweils unterschiedliche institutionelle Kontrollmechanismen in Bezug auf Verteidigung und Rüstung (Budgets, Waffenprogramme, Waffenexporte, Zustimmung zu Auslandseinsätzen usw.). Außerdem stellt die öffentliche Ablehnung von militärischen Auslandseinsätzen in Deutschland – sehr zum Verdruss bestimmter Interessengruppen in Frankreich – nach wie vor ein erhebliches Hindernis für eine aktivere geopolitische Rolle Deutschlands dar.

171 Streeck, Wolfgang: Europe under Merkel IV: Balance of Impotence, in: *American Affairs* 2/2018, S. 162–192, hier: S. 178.

Table 6: Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland in verteidigungsrelevanten Fragen

Thema	Frankreich	Deutschland
politischer Stellenwert der Verteidigung	Entscheidungsfindung: – in den Händen des Staatsoberhauptes gebündelt (einschließlich der Entscheidung über Krieg) – eingeschränkte Rolle des Parlaments – politischer Konsens zwischen der (parlamentarischen) Linken und Rechten	Entscheidungsfindung: – parlamentarische Kontrolle («Zustimmungsrecht») – politischer Konsens zwischen der (parlamentarischen) Linken und Rechten
volkswirtschaftlicher Stellenwert der Verteidigung	– herausragende Rolle für das Innovations- und Produktionssystem – Waffenexporte sind entscheidend für die Industrie	– zweitrangige Rolle der Rüstungsindustrie für das Innovations- und Produktionssystem – restriktive Exportpolitik für Waffen und Rüstungsgüter
Verteidigungskultur bzw. «strategische» Kultur	– ausgeprägte Expertise – offensiv (Machtprojektion durch Expeditionsarmee) – Eigeninitiative – geopolitische Priorität: Afrika, Naher Osten	– begrenzte Expertise – Friedenssicherung und Krisenmanagement – multilateraler Rahmen – geopolitische Priorität: Osteuropa
militärische Kapazitäten	– Atomstreitmacht – Produktion komplexer Waffensysteme – modern ausgestattete Armee	– Produktion komplexer Waffensysteme – Armee mit veralteter Ausrüstung
EU-Verteidigungspolitik	«Koalition der Willigen»	inklusiv
NATO	– europäische autonome operative Fähigkeiten in Ergänzung zur NATO – Militärausgaben/BIP: 2 %	– NATO als strategische Priorität (Rahmennation) – europäische autonome operative Fähigkeiten innerhalb der NATO – Militärausgaben/BIP: 1,2 % (2017)
innere Sicherheit	Kontinuität zwischen innerer und äußerer Sicherheit («Militarisierung» innerer Angelegenheiten)	verschiedene Schwerpunkte
Atomwaffen	Eckpfeiler französischer Verteidigungssouveränität	NATO als atomare Schutzmacht

Quelle: eigene Analyse von zuvor genannten Dokumenten und Statistiken der Europäischen Union

Ein weiteres Anzeichen für die nach wie vor weit auseinander liegenden verteidigungspolitischen Ansätze ist Macrons Entscheidung vom Juli 2018, eine Europäische Interventionsinitiative (EII) zu gründen, nur ein paar Monate nach der Entscheidung des EU-Rats im Dezember 2017, «den historischen Schritt zur Begründung einer

Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ)» zu unternehmen, wie im Vertrag von Lissabon von 2007 festgehalten ist.¹⁷² Dies spiegelt die französische Unzufriedenheit mit dem für die SSZ vorgesehenen Rahmen wider. Während Frankreich ein «ehrgeiziges» Projekt forderte, das heißt eines der Machtprojektion auf operativer Basis und unter Einschluss nur jener Länder mit nennenswerten militärischen Fähigkeiten (oder solchen, die diese zu entwickeln bereit sind) – kurz gesagt: die Schaffung einer gemeinsamen strategischen Kultur –, sprach sich Deutschland für eine «inklusive» SSZ aus und verwässerte französische Vorschläge, die Deutschland in die Militäreinsätze in Afrika verwickeln könnten. Wie es Claudia Major und Christian Mölling ausgedrückt haben: «Kurzum: Die EII ist das Gegenteil der SSZ.»¹⁷³ Gleichwohl ist die Absichtserklärung hinsichtlich der Schaffung einer EII von neun Staaten unterzeichnet worden, darunter auch Deutschland – durchaus ein Zeichen eines intergouvernementalen Eiertanzes.

Fazit

Die hier untersuchte Militarisierung der EU der letzten Jahre ist das Ergebnis einer Kombination dramatischer Auswirkungen des «2008er-Moments» auf dem Kontinent sowie der spezifischen Rolle(n) verschiedener EU-Akteure. Letztere sind recht vielfältig: Einzelne Mitgliedsstaaten – dabei Frankreich an vorderster Front – sowie Institutionen der Europäischen Union: Die EU-Kommission (mit ihrer beachtlichen Erhöhung der Ausgaben für Verteidigungsprojekte), doch auch die EDA, SSZ und schließlich die europäische Rüstungsindustrie. Thinktanks, die sich mit der gemeinsamen Verteidigungspolitik befassen und von der EU und/oder den Mitgliedsstaaten finanziert werden, bemühen sich um einen einheitlichen Sprachgebrauch und eine Präzisierung der ungelösten Probleme.

Dass es dieser Konstellation von Akteuren über die vergangenen Jahre gelungen ist, die Verteidigungspolitik voranzutreiben, ist ein Zeichen der «hybriden Konfiguration» der EU. Es gibt keinen Grund, von einem Prozess der Verteidigungsintegration wie im Fall der Euroeinführung auszugehen, wengleich sowohl Verteidigungs- als auch Geldpolitik zu den «königlichen» Vorrechten zählen. Die Einführung des Euro basierte nicht nur auf einem Kompromiss zwischen Frankreich und Deutschland im Kontext dramatischer geopolitischer Umbrüche (darunter die deutsche Wiedervereinigung und der Zerfall Jugoslawiens im Sommer/Herbst 1991) infolge des (zeitweiligen) Zusammenbruchs des europäischen Währungssystems, sondern spiegelte zudem eine sich annähernde Position nationaler ökonomischer Eliten (einschließlich mächtiger Finanzkonzerne) wider. Sie waren sich vollends im Klaren darüber, dass

172 Vgl. dazu u. a. Europäischer Rat: Zeitleiste: Zusammenarbeit der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung, 13.11.2019, unter: www.consilium.europa.eu/de/policies/defence-security/defence-security-timeline/.

173 Major, Claudia/Mölling, Christian: France Moves From EU Defense to European Defense, Carnegie Europe, 7.12.2017, unter: <http://carnegieeurope.eu/strategieurope/74944>.

die institutionelle Ausgestaltung der gemeinsamen Währung strukturelle Reformen – unter anderem der Steuersysteme, Rentensysteme und Arbeitsmärkte – nicht nur ermöglichen würde, sondern dass diese Reformen zugunsten wirtschaftlicher Stabilität in Europa (basierend auf dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und der «Konvergenzkriterien») vorgenommen werden könnten.

Der Bereich der Verteidigung ist im Vergleich zum Geldsystem – auch wenn er ebenso zu den «königlichen Vorrechten» zählt – grundverschieden. Zusammen mit der Polizei stellt die Verteidigung die ultimative Form politischer Macht über ein Territorium dar, deren Hauptaufgabe die Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse ist. Gesellschaftliche Verhältnisse sind ihrerseits territorial eingegrenzt und politisch organisiert, weshalb Kerninstitutionen des Staatsapparats für die innere und äußere Sicherheit nicht ohne ein Risiko für die (innere) Gemeinschaft aufgegeben werden können. Dies bedeutet, dass die Grenzen der Mitgliedsstaaten durch bestimmte soziopolitische Verhältnisse bestimmt werden und nicht so einfach wie die Hindernisse für Handels- und Kapitalflüsse beseitigt werden können.

Ein Hinweis darauf findet sich auch im EU-Vertrag, in dem es in typisch vorsichtiger Formulierung heißt, das Ziel sei es, «eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu erarbeiten und zu verwirklichen».¹⁷⁴ Und selbst diese vage Aussicht stellt noch das am meisten favorisierte von drei möglichen Szenarien dar, wie es in einem im Juni 2017 erschienenen Reflexionspapier zur Zukunft der europäischen Verteidigung der EU-Kommission heißt.¹⁷⁵

Von einer zunehmend dynamischen EU-Militarisierung kann in den kommenden Jahren indes sehr wohl ausgegangen werden – weniger auf Basis einer auf EU-Ebene entworfenen «Gesamtstrategie» als vielmehr mittels «Durchwurschteln» bei den Verhandlungen zwischen den in diesem Bereich relevanten Akteuren. Der Brexit wird die ohnehin komplizierte Situation sicherlich noch einmal erschweren. Dennoch ist zu erwarten, dass jene Kräfte, die das Vereinigte Königreich – ein äußerst wichtiges NATO-Land – zur Zusammenarbeit mit den EU-Ländern drängen, um seine globale Rolle in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen zu bewahren, nicht verschwinden werden.

Und doch ist dieses Szenario alles andere als unumkehrbar. Daher gebührt der Auseinandersetzung mit Verteidigungs- und Sicherheitsfragen ein Platz auf der Agenda derjenigen, die sich für ein anderes Europa einsetzen und daran glauben, dass ein solches auch durch verschiedene gesellschaftliche Kräfte (von unten) erkämpft werden kann.

Aus dem Französischen von Jan-Peter Herrmann

¹⁷⁴ Vertrag über die Europäische Union 2007, Art. 42 Abs. 2, bzw. Änderungsart. 2a Abs. 4.

¹⁷⁵ Europäische Kommission: Reflexionspapier zur Zukunft der europäischen Verteidigung, 7.6.2017, unter: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-defence_de.pdf.

Abkürzungen

ACAT	Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter
ACT	Allied Command Transformation (strategisches Hauptquartier der NATO)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der EU
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik
ANZUS	Australien, Neuseeland, USA
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CARD	Coordinated Annual Review on Defence (Koordinierter Jahresbericht zur Verteidigung)
CEA	Commissariat à l'énergie atomique et aux énergies alternatives (französische Atomenergiebehörde)
CJEF	Combined Joint Expeditionary Force (britische und französische Eingreiftruppe für weltweite Kampfeinsätze)
CNES	Centre national d'études spatiales (Nationales Zentrum für Weltraumforschung)
COFOG	Classification of the Functions of Government (Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staates)
COP 21	United Nations Framework Convention on Climate Change, 21st Conference of the Parties (UN-Klimakonferenz in Paris 2015)
DCNS	Direction des Constructions Navales (französischer Industriekonzern)
DGA	Direction générale de l'armement (Beschaffungs- und Technologieagentur der französischen Regierung)
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EASO	European Asylum Support Office (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen)
EDA	European Defence Agency (Europäische Verteidigungsagentur)
EDAP	European Defence Action Plan (Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan)
EDF	European Defence Fund (Europäischer Verteidigungsfonds)
EDTIB	European Defence Technological and Industrial Base (Europäische verteidigungstechnologische und industrielle Basis)
EII	Europäische Interventionsinitiative
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	EU-Vertrag
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
F&E	Forschung und Entwicklung
F&T	Forschung und Technik

FLN	Front de Libération Nationale (Nationale Befreiungsfront)
FRMS	französisches rüstungsbezogenes Mesosystem
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GMP	Gesetze zur Militärplanung
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
IWF	Internationaler Währungsfonds
KI	Künstliche Intelligenz
KNDS	KMW + NEXTER Defence Systems
MBDA	Matra BAe Dynamics Aérospatiale
MIK	militärisch-industrieller Komplex
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt)
NCMT	numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen Sektor
NGO	Nichtregierungsorganisation
OCCAR	Organisation Conjointe de Coopération en Matière d'Armement (Gemeinsame Organisation für Rüstungskoooperation)
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
ONERA	Office national d'études et de recherches aérospatiales (französisches Forschungsunternehmen für Luft- und Raumfahrt)
SACT	Supreme Allied Commander Transformation (Oberkommandierende*r des ACT)
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
SSZ	Ständige Strukturierte Zusammenarbeit
TSB	Transatlantischer Staatenblock
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantisches Freihandelsabkommen)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; Sowjetunion
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
V4	Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn)
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

Judith Dellheim

DISKUSSIONSANGEBOT FÜR DIE ANALYSE POLITISCHER HANDLUNGSBEDINGUNGEN UND DIE DARAUSS ZU ZIEHENDEN PRAKTISCHEN KONSEQUENZEN

Das vorliegende Papier nimmt die Analyse von Claude Serfati zum Ausgangspunkt und bekräftigt sie. Es besteht aus zwei längeren Teilen und einem kurzen Fazit. Es handelt sich zunächst um einige eher theoretische Ausführungen, denen ein diskursiverer Teil und eine politisch-praktische Orientierung folgen. Das Papier soll zur Klärung von drei Fragen beitragen: (1.) Was bedeutet es, dass die Vergesellschaftung der Arbeit wesentlich über Digitalisierung forciert wird und mit Privatisierung, Finanzialisierung, Militarisierung und Repression einhergeht, dass die dabei fortschreitende Akkumulation des Finanzkapitals mit der Stärkung und Verfestigung von Kapitaloligarchien verbunden ist? (2.) Wie werden diese Prozesse in der Europäischen Union und durch die Politik der Europäischen Kommission vorangetrieben? (3.) Was bedeutet das für die Linken in der EU? Genauer: Was heißt das für ihre Kooperation und für politische Strategien, die eine radikale gesellschaftliche Transformation in sozialökologischer Richtung avisieren?

Die Ausgangsüberlegung ist einfach: Der einstige Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise bestand in der von ihr durchgesetzten Vergesellschaftung – in der Bildung von Gesellschaften in Nationalstaaten, verbunden über den kapitalistischen Weltmarkt, und in einem geistig-kulturellen Austausch. Diese Vergesellschaftung war zugleich mit brutaler Gewalt, mit sozialer und ökologischer Zerstörung verknüpft. Dieser Fortschritt, der sich insbesondere in neuen Technologien ausdrückt, die die Produktivität menschlicher Arbeit steigern und neue Möglichkeiten für die Individualitätseröffnung eröffnen, hat die Trennung der Kapitalfunktion vom Kapitaleigentum in einer Weise forciert, dass die Kapitalist*innen mittlerweile für die gesellschaftliche Reproduktion überflüssig geworden sind. Das Zusammenspiel von Kapitaleigentum und -funktion hat seit Jahrzehnten insbesondere mit der ökologischen Krise und der Atomkriegsgefahr global bedrohliche Formen angenommen. Diese können letztlich nur durch vielfältige Formen der Selbstbefreiung und Solidarität der von den Kapi-

talkräften Unterdrückten und Ausgebeuteten außer Herrschaft und Macht gesetzt werden.

Da aber diese Selbstbefreiung de facto aussteht, schreitet die soziale und ökologische Zerstörung fort, wächst die Tendenz zur «Barbarisierung» bzw. zur Freisetzung destruktiver Gewalten im globalen Maßstab. Die prinzipiell überflüssig gewordenen Kapitalist*innen bilden in Gestalt von Kapitaloligarchien die global herrschende Macht. Die von ihnen betriebene, immer wieder auch zerstörerische Vergesellschaftung erfolgt wesentlich über Technologien, deren gesellschaftliche Anwendung Menschen verbindet, bereichert, deformiert, ausgrenzt, knechtet und tötet. Sie erfolgt durch die Mobilisierung von immer weiter ausgedehnten und auch immer wieder neuen Akkumulationsquellen. Diese Vergesellschaftung wird vermittelt über die Ausbeutung von Arbeitskräften, von Lohnabhängigen im Arbeitsprozess, über Entzignung, Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Eigentum, über die Steuer- und Finanzpolitik, über Kredit und Zins. Dabei werden gesellschaftliche Hierarchien und fortwährend auch Gewalt gegen die Menschen und ihre natürlichen Lebensbedingungen gesetzt und reproduziert, sodass die Vergesellschaftung der Arbeit, die Vergesellschaftung von Arbeitseinkommen und Vermögen, Vereinzelung in der Gesellschaft und fortwährende vielfältige Gewaltproduktion zusammengehen. Sie überschatten die Durchbrüche und Fortschritte in der immer noch dynamischen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Das findet nicht zuletzt einen besonderen Ausdruck in der Feststellung seitens der in der EU Herrschenden, dass sie im vorgeblich allgemeinen Interesse «mögliche Synergien» finden und «nutzen» sollten, «die sich durch das Verschwimmen der Trennlinie zwischen Verteidigung und Sicherheit und zwischen dem zivilen und dem militärischem Bereich ergeben» (Europäische Kommission 2013: 5).

Da aber vor allem die emanzipativ-solidarischen Kräfte mögliche Synergien für ihr Zusammenwirken suchen, finden, nutzen und mehren sollten, will das Papier wenigstens einige bescheidene Vorschläge für eine Gegenperspektive unterbreiten. Diese sollen an die «andere Seite» der kapitalistischen Entwicklungen anknüpfen, also an die Tendenzen zu einer Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und insbesondere an die darin frei zu legenden Möglichkeiten für die Selbstbestimmung der Individuen und eine bewusste Kontrolle der menschlichen Einwirkungen auf die irdische Biosphäre.

1 «Back to the roots» – Suche nach Halt bei Marx, Engels und Luxemburg

Dass hier für die Arbeit an Vorschlägen aus der Gegenperspektive auf Marx, Engels und Luxemburg zurückgegriffen wird, ist vor allem dadurch motiviert, dass diese wissenschaftlich und praktisch an einer emanzipativ-solidarischen Gegenperspektive gearbeitet haben. Wer sich daher die Forschungsmethode und den Politikstil von Marx, Engels und Luxemburg kritisch aneignen und ihn nutzen will, stellt beim Analysieren von Prozessen in der Gesellschaft zumindest folgende Fragen:

- Was bedeuten die ablaufenden Prozesse für die theoretisch erkannte Möglichkeit der Realisierung einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, die folglich solidarisch miteinander leben und sorgsam mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgehen? Wie wirken diese Tendenzen so, dass sie das Mögliche verstellen und verhindern?
- Wer sind die Akteure, die die zerstörerischen Gegentendenzen hervorbringen bzw. realisieren, also Gesellschaftsmitglieder in konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen, vor allem in Machtverhältnissen, die konkrete Interessen haben und diese verfolgen?
- Was bedeuten die Befunde für das Handeln jener Akteure, die ihr Denken und Handeln an der erkannten und gewollten Möglichkeit ausrichten oder, an ihre Unrealisierbarkeit glaubend, dennoch die mit der theoretischen Möglichkeit verknüpften Werte und Prinzipien leben (wollen)?

Die These, die in diesem Papier entwickelt wird, lautet: In unserer Gesellschaft findet fortwährend Vergesellschaftung als Entwicklung von Verhältnissen zwischen den Menschen als latente oder offene Repression und Militarisierung statt. Das gilt erst recht für die Vergesellschaftung der Wirtschaft bzw. der Arbeit, die politisch geprägt ist. Dabei kommt der «Industriepolitik» und konkret der «Europäischen Industriepolitik» ein besonderer Stellenwert zu. Gerade angesichts der sich verstärkenden Tendenzen zur «Barbarisierung» oder besser modern: «Destruktivierung» auf dem neuesten Stand von Wissenschaft, Technologie und Militärorganisation besteht die Herausforderung für sozialistische Akteure darin, die Frage der Vergesellschaftungs- und Lebensweise offensiv in die gesellschaftliche Debatte einzubringen. Diese Akteure sollten also den Tendenzen zur «Barbarisierung» einerseits auf den Grund gehen. Andererseits sollten sie ein selbstbestimmtes, solidarisches und daher auch ökologisch verantwortungsvolles Leben für jede und jeden zur zentralen Idee ihrer eigenen, von sich selbst ausgehenden, aber nicht bei sich selbst stehengebliebenen widerständigen und alternativen Politik machen. Dazu gehört in diesem Zusammenhang auch und insbesondere eine radikale Kritik von Industriepolitik und «Europäischer Industriepolitik», von Sicherheits- und Verteidigungspolitik, von «Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik» bzw. von Gesellschafts- und EU-Politik.

Schon Marx hatte herausgearbeitet, dass im wechselseitigen Zusammenwirken der Menschen, die mit Produktionsmitteln arbeiten, und der Verhältnisse zwischen ihnen und zur Natur gesetzmäßig die Möglichkeit entsteht, dass die unter fremdem Kommando und Zwang Dienenden/Arbeitenden frei und einander gleich werden können. Diese Möglichkeit erwächst, wenn die Gesellschaft wesentlich aus Kapitalist*innen und Lohnarbeitenden besteht und die Kapitalist*innen für die Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion nicht mehr gebraucht werden – wenn also Manager*innen die Funktion der Kapitalist*innen erfüllen. Diese Möglichkeit wird historisch realisierbar, wenn die Lohnarbeitenden und Unterdrückten sie erkennen, sie konsequent nutzen wollen, zur demokratischen Machtergreifung und zur Machtbehauptung fähig werden. Marx hat aber auch die Tendenzen gesehen, welche diese Möglichkeit verstellen und die Gewalt gegen die Menschen und gegen die Natur immer wieder

eskalieren lassen: Die miteinander konkurrierenden Lohnarbeiter*innen können als solche untereinander keine Interessensolidarität entwickeln und schon gar nicht können sie eine Solidarität mit den Versklavten, den Kolonialisierten – und später mit den in Dependenz gehaltenen Ländern – leben. Die Kapitalakkumulation bindet die Lohnarbeitenden immer komplexer an das Kapital – nicht zuletzt über Dependenzpolitik auch in den Lebenssphären außerhalb der Ökonomie. Die Lohnarbeiter*innen selbst und/oder die natürlichen Lebensbedingungen der Menschen werden immer tief greifender zerstört.

Ein entscheidendes Problem hatte Marx (in seiner Kooperation mit Engels) bereits Mitte der 1840er Jahre deutlich erkannt: Was «die Proletarier betrifft, so sind diese [...] in ihrer modernen Gestalt, erst aus der Konkurrenz entstanden». Sie haben «wegen ihrer durch die Teilung der Arbeit selbst vielfach entgegengesetzten Interessen» keine andere Möglichkeit als eine «politische, gegen den ganzen jetzigen Zustand gerichtete ›Verständigung›» (Marx/Engels [1845/46] 1978: 355) – vorausgesetzt, sie wollen eben frei werden, nicht gegen andere Ausgebeutete und Unterdrückte konkurrieren und «vorgehen», nicht auf deren Kosten leben, nicht die natürlichen Lebensbedingungen zerstören. Der Alltag der Lohnarbeitenden ist aus Enteignung, brutalster Ausbeutung und Unterdrückung hervorgegangen, beruht auf Kolonialismus und reproduziert gesellschaftliche Hierarchien nach gesellschaftlicher und ethnischer Herkunft, Stellung im gesellschaftlichen Arbeitsprozess, Geburtsort und Lebensmittelpunkt, nach körperlicher und mentaler Verfasstheit, nach Geschlecht und Alter, nach Familienstand, kultureller und weltanschaulicher Orientierung. Die Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion (insbesondere in der Aktiengesellschaft) zeigt: Ausgehend von der Qualifizierung der Lohnabhängigen, der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung gibt es keinen objektiven Grund dafür, dass Kapitalist*innen die gesellschaftliche Produktion organisieren, zerstörerische Vergesellschaftung betreiben. Um herauszufinden, was die Opfer der gesellschaftlichen Zustände daran hindert, gemeinsame Interessen an ihrer Überwindung und gemeinsames Handeln zu ihrer Überwindung hervorzubringen, wäre nicht ausschließlich, aber insbesondere der Vergesellschaftungsprozess der Arbeit zu analysieren.

Relevante Aussagen dazu finden sich (bereits) in den Abschnitten des ersten Bands von Marx' «Kapital»:

- Vergesellschaftung der Arbeit erfolgt insbesondere als Entwicklung konkreter Kooperationen und gesellschaftlicher Arbeitszusammenhänge. Die einzelne Kooperation wird vom Eigentümer an Produktionsmitteln mit seinen Privatinteressen und Zielen bzw. vom durch den Eigentümer Beauftragten organisiert und geleitet. Ihre Größe und ökonomische Wirksamkeit haben wesentlich mit dem Arbeitsmittel und den angewandten Technologien zu tun.
- Die Vergesellschaftung der Arbeit geht einher mit der Herausbildung von Proportionen angewandter Arbeitskräfte und Ressourcen innerhalb der einzelnen Kooperationen, zwischen ihnen wie innerhalb und zwischen den verschiedenen Wirt-

- schaftszweigen – vor allem im Handwerk, in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Transport und in der Kommunikation – in und zwischen den verschiedenen Territorien. Die Herausbildung und Reproduktion dieser Proportionen sind hochrelevant für den Fluss von konkreten Arbeits- und Wirtschaftsprozessen.
- Der Fortschritt hierbei ist eng verbunden mit Menschenhandel, mit der Enteignung und Vertreibung von Menschen, mit der Vernichtung natürlicher Lebensbedingungen bzw. mit erzwungener Flucht, sozialer Ausgrenzung und mit dem Einsatz von Militär zur Eroberung und Verteidigung von Territorien und Einflussphären zur Niederhaltung und Niederwerfung von Menschen.
 - Wirtschaftliche Entscheidungen werden im Interesse der Kapitalverwertung und vor allem ausgehend von Kosten und Vorteilen in der nationalen und internationalen Arbeitsteilung bzw. von Marktanteilen getroffen. Neue Arbeitskräfte, Arbeitsmittel/Maschinen und Technologien werden eingesetzt, um die Mehrarbeit der Beschäftigten so zu steigern, dass die Profite die Investitionen übertreffen. Dabei werden Arbeitskräfte «überflüssig» bzw. für andere Arbeiten disponibel. Es gibt aber immer auch den geld-, finanz- und wirtschaftspolitisch handelnden Staat als Regulator, Wirtschaftssubjekt und politischen Akteur, der gesellschaftliche Zustände stabilisieren und neue Sphären der Kapitalverwertung erschließen will.
 - Die Dynamik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erwächst der konkret-widersprüchlichen Auseinandersetzung der Eigentümer bzw. Leiter der Produktionsstätten mit Beschränkungen bzw. Begrenzungen für die Profitmaximierung durch die Bodenfruchtbarkeit, Quantität und Qualität des Materials, die Marktrealisierung, das Ordnungsrecht und vor allem die eigene Konkurrenzfähigkeit. Da interessieren das erforderliche Kapitalminimum, die räumliche Konzentration von Arbeitskräften und Produktionsmitteln von besonderer Qualität: die Bildung/Ausbildung und körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte mit ihrer «Leidensfähigkeit» bzw. die durch die Lohnabhängigen solidarisch erkämpften staatlichen Gesetze, die realen und erforderlichen Proportionen im konkreten Unternehmen, in den mit ihm verknüpften Wirtschaftsbereichen und in der gesamten Ökonomie, die Wirkung des kapitalistischen Rufes nach staatlicher Regulierung von Kapitalrentabilität und Konkurrenz, Qualifikation, Beschäftigung und Migration, nach staatlicher Organisation von Schutz, Infrastrukturen und neuen Märkten wie Herrschafts- bzw. Machtsphären.
 - Letztendlich gilt dem Kapitalisten Fortschritt «als ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter auszubeuten, [...] in der Kunst, den Boden zu berauben [...] Die kapitalistische Produktion entwickelt [...] die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprocesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: Die Erde und den Arbeiter.» (Marx/Engels [1890] 1991: 455 f.) Diese Tendenz wirkt widersprüchlich, weil die Kapitalist*innen ja mittels der «Springquellen des Reichtums» ihr Kapital verwerten wollen. Dabei ermöglichen sie auch die Entwicklung neuer Bereiche des individuellen und gesellschaftlichen Lebens außerhalb der privaten Wirtschaft.

Für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Westeuropa, für das Aufblühen der Manufakturen war Sklaverei wesentlich. Sklavenhändler hatten bereits im 16. Jahrhundert Handelskompanien gegründet – mit privatem Kapital betriebene Aktiengesellschaften, die auf staatlich aufgelegten Anleihen und gewährten Monopolen basierten. Sie wurden meist von Staatsbeamten oder Scheinunternehmern geleitet (Stamm 2011: 46 ff.). Der Staat organisierte eine Interessenübereinstimmung für Eroberung, Menschenhandel, Kolonialismus. Er bewirkte, dass «der außerhalb Europas direkt durch Plünderung, Versklavung und Raubmord erbeutete Schatz [...] ins Mutterland zurück[floss] und sich hier in Kapital [verwandelte]» (Marx/Engels [1890] 1991: 676). Es wurden vielfach geraubte Ressourcen für die Produktion in Manufakturen, dann in Fabriken eingesetzt. So wurden Lohnabhängige «dank» kolonialen Raubs ausgebeutet. Oder aber die Handelshäuser, bei Edelmetallen auch die Geldhäuser, traten – das Geraubte mit (hohem) Gewinn verkaufend – dazwischen. Das Kolonialsystem mit seinem Seehandel und Handelskriegen war mit Staatsschulden und Aktienhandel verbunden, denn die Schiffe und Waffen mussten gebaut, die Mannschaften rekrutiert, ausgestattet und mehr oder weniger hoch bezahlt werden. Mit den Staatsschulden entstand «ein internationales Kreditsystem» (ebd.: 678). Damit ist der für die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in modernen bürgerlichen Gesellschaften von Anfang an wichtige Zusammenhang zwischen Eroberung und Krieg, Staatsschuld/Staatsauftrag, Aktien- bzw. Kapitalgesellschaft, Technologien, kapitalistischer Manufaktur/Fabrik, Kreditsystem, Kapitalakkumulation und Vergesellschaftung der Arbeit als solcher angesprochen und im Kern auch begriffen. Er prägt den Alltag der Gesellschaft.

Heide Gerstenberger liegt darum richtig, wenn sie aus der Genesis der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet, welche strukturelle Gewalt der Kapitalakkumulation zugrunde liegt und damit die These widerlegt, dass in der historischen Entwicklung des «Kapitalismus» sich die ökonomische Rationalität gegen direkte Gewaltausübung in ökonomischen Prozessen durchgesetzt habe. Offensichtlich ist auch, dass die Entwicklung der Arbeitskräfte und der Produktionsmittel mit einer Zentralisierung der Produktion und des Kapitals verknüpft ist und dass Zentralisierung vielfach Gewalt bedeutet.

«Die Welt wäre noch ohne Eisenbahnen, hätte sie solange warten müssen, bis die Akkumulation einige Einzelkapitale dahin gebracht hätte, dem Bau einer Eisenbahn gewachsen zu sein. Die Centralisation dagegen hat dieß, vermittelt der Aktiengesellschaften, im Handumdrehn fertig gebracht. Und während die Centralisation so die Wirkungen der Akkumulation steigert und beschleunigt, erweitert und beschleunigt sie gleichzeitig die Umwälzungen in der technischen Zusammensetzung des Kapitals, die dessen konstanten Theil vermehren auf Kosten seines variablen Theils, und damit die relative Nachfrage nach Arbeit vermindern.» (Marx/Engels [1890] 1991: 563)

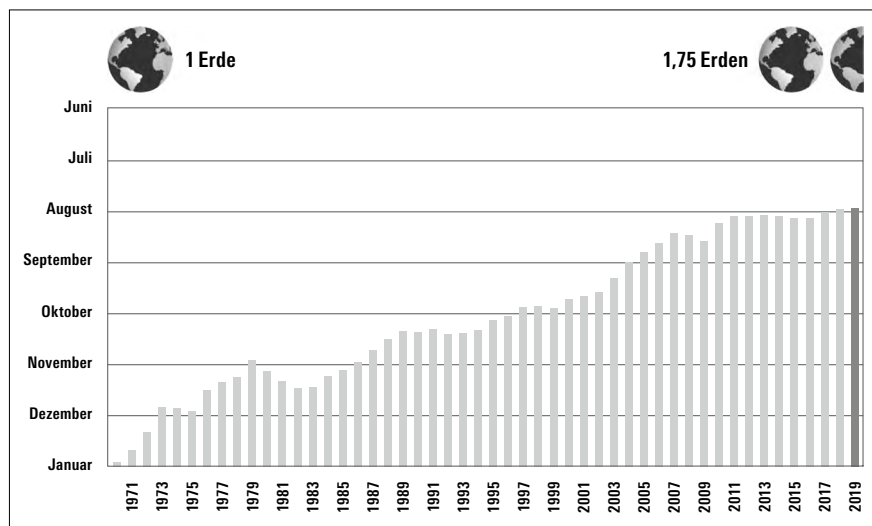
Hinter dem genannten Herrschaftszusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise steht auch und insbesondere die Entwicklung von Kapitalverwertungs-

kooperationen bzw. Kapitaloligarchien mit den mächtigsten Kapitaleigentümern, Industrie- und Geldkapitalist*innen, ihren Manager*innen, mit staatlichen und politischen Akteuren, mit Eliten «in der übrigen Wirtschaft», im «Sicherheitsbereich», in der Forschung und Entwicklung, in der Bildung, den Medien und der Kultur, im Lobbying, in der Beratung und Buchhaltung, in den Gewerkschaften und in der Zivilgesellschaft. Sie eignen sich Arbeitsergebnisse anderer äquivalentlos an und verteilen darüber hinaus sowohl über die Märkte (insbesondere die Finanzmärkte) und die staatlichen bzw. suprastaatlichen Steuer-, Finanz- und Regulierungssysteme als auch über (vielfach erpresste) Verträge und den verschiedenartigen Gebrauch von Gewalt Vermögen und Eigentum zu ihren Gunsten um. Sie generieren Kapitalminima für neue Eroberungen und zerstörerische Projekte. Mit der Entwicklung der Kapitaloligarchien bzw. der Reproduktion des aufgezeigten Zusammenhangs sind gesellschaftliche Produktions- und Konsumtionsstrukturen sowie gesellschaftliche Produktions- und Lebensweisen zustande gekommen, die von als Aktien- bzw. Kapitalgesellschaften agierenden (zunehmend transnationalen) Konzernen aus den Sektoren Energie, Grundstoffe, Transport, Agrarwesen, High-Tech-Entwicklung, «Sicherheit» und Finanzen geprägt sind. Dass diese Oligarchien der Gesellschaft ihren Willen diktieren und den gesellschaftlichen Konsens für ihr Tun organisieren, hängt mit der von ihnen ausgehenden unpersönlichen Macht zusammen: Es handelt sich hier um die Reproduktion objektiver Zusammenhänge, nicht um Verschwörungstheorien. Die objektiven Zusammenhänge bestätigen Rosa Luxemburgs Weiterführung der Marx'schen Theorie von der kapitalistischen Akkumulation als Wachstum fungierenden Kapitals und Expansion des Kapitals. Mit dieser Bestätigung durch die Praxis, zu der grausame Kriege gehören, wachsen die sozialen, ökologischen und globalen Probleme.

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahre 1947, schrieb der US-amerikanische Gesandte George F. Kennan: «Wir haben mehr als 50 Prozent des Reichtums der Welt, aber nur 6 Prozent ihrer Bevölkerung. Diese Disparität ist vor allem zwischen uns und [...] Asien besonders gewaltig [...]. Unsere Aufgabe in der kommenden Periode besteht darin, eine Struktur von Verhältnissen auszuhecken, die es uns ermöglicht, diese [...] Disparität ohne zunehmende Beeinträchtigung unserer nationalen Sicherheit aufrechtzuerhalten.» (Kennan 1948; zitiert nach Bhagwat 2010) Seit dem Sieg der USA im Zweiten Weltkrieg ist diese Diskrepanz immer weiter gewachsen. Mit ihr ist trotz des US-Erfolgs in der «Systemauseinandersetzung» auch die an sich selbst gestellte Herausforderung gewachsen – schon allein aus Gründen der demografischen Entwicklung, des Ressourcenverbrauchs, der Vernichtung und Verschmutzung der natürlichen Lebensgrundlagen, der globalen Probleme. So sind vor allem eben diese Probleme mehr und größer geworden. Ende 2019 beträgt der Anteil der USA an der Weltbevölkerung 4,4 Prozent, der der Europäischen Union 7,1 Prozent. In Asien leben dagegen etwa 60 Prozent der Weltbevölkerung. Auf die USA entfallen fast 20 Prozent des globalen Energieverbrauchs und gegenwärtig circa 16 Prozent der globalen Kohlendioxidemissionen. Geschichtlich betrachtet, sind es 30 Prozent der

CO₂-Emissionen. Für die EU betragen die Werte Anfang 2020 12,5 und 10 Prozent. Historisch betrachtet sind sie wesentlich höher, was insbesondere auf die klimazerstörenderen Aktivitäten Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs zurückgeht. Selbst die Medien des wissenschaftlichen und politischen Mainstreams erkennen an, dass die weltweite Nachfrage nach natürlichen Ressourcen seit 1971 kontinuierlich das Angebot an regenerierten Ressourcen übersteigt. Das heißt, dass die sozial gespaltene Weltbevölkerung in einem Jahr zunehmend mehr natürliche Ressourcen verbraucht, als die Erde im gleichen Zeitraum regenerieren kann.

Abbildung 1: «Erdüberlastungstag» 1970–2019



Quelle: Global Footprint Network 2019

2019 war der 29. Juli der früheste «Erdüberlastungstag» in der Menschheitsgeschichte. Damit wird angezeigt, bis wann das «Budget der Natur» für das jeweilige Jahr aufgebraucht ist. Wenn alle so leben würden wie ein*e durchschnittliche*r US-Amerikaner*in, würden fünf Erden gebraucht. Hier die Vergleichsdaten für andere Länder: Australien 4,1, Russland 3,2, Deutschland 3,0, Schweiz und Japan 2,8, für Großbritannien, Frankreich und Italien 2,7, Portugal und Spanien 2,5, China 2,2, Brasilien 1,7 und Indien 0,7.¹

Die 1947 von Kennan formulierte Herausforderung bestimmt seit Jahrzehnten in ihrer Grundtendenz die herrschende Politik der USA. Und ausgehend von den zuvor

1 Vgl. www.overshootday.org/newsroom/press-release-june-2019-german/.

entwickelten Zusammenhängen² und den wenigen Daten zur demografischen, ökonomischen und ökologischen Entwicklung wird zumindest zweierlei deutlich: Erstens ignoriert die von Kennan thematisierte «Struktur von Verhältnissen», die es «auszuhecken» gelte, um die «Disparität ohne zunehmende Beeinträchtigung unserer nationalen Sicherheit aufrechtzuerhalten», die Konsequenzen für das Leben der Mehrheit der Weltbevölkerung. Zweitens ignoriert sie, was damit verknüpft ist, schlichtweg die ökologische Problematik. Die «Herausforderung» besteht aus einer Weichenstellung in Richtung auf

- ein Wirtschaftswachstum, das den Anteil der USA am globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) weitestgehend beibehalten soll;
- Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit über Repression und Überwachung, aber auch Maßnahmen zur Befriedung und Einbindung in die Herrschaftsverhältnisse über mögliche Lebensstile;
- Aktivitäten zur Sicherung der äußeren Sicherheit über Rüstung, Militärstützpunkte, militärische Bündnispolitik; selektive privilegierende internationale Partnerschaften;
- Strategien zur Verteidigung und Erweiterung der eigenen Einflussphären über Kriegsführung, Militarisierung zur Abschreckung und Bedrohung, Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten und Organisation von Umstürzen (*regime changes*);
- Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und Re-Regulierung zur Organisation von neuen Märkten, Marktzutritt oder Marktabschottung bzw. Handelspolitiken und -kriege, Kredit-, Zins- und Schuldenpolitiken;
- Sanktionen; Regeln zur Bewertung von ökonomischen und wirtschaftspolitischen Prozessen; Investitionspolitiken, insbesondere in Infrastrukturen;
- Initiierung, Schaffung und Nutzung von formellen und informellen internationalen Zusammenschlüssen und Institutionen;
- Einflussnahme auf das internationale Recht; Gebrauch der ideologischen Apparate und insbesondere der Massenmedien.

Selbst die Begriffe BIP und Infrastruktur gehen auf die Arbeit an dieser «Struktur von Verhältnissen» zurück. Für ihre Reproduktion und ihre Entwicklung sind Dominanz und Hegemonie US-amerikanischer Kapitaloligarchien und in diesem Kontext Technologien entscheidend. Diese Technologien wurden und werden unter sehr konkreten Herrschafts- und Machtverhältnissen entwickelt und eingesetzt. Sie dienen der Reproduktion von Produktions- und Konsumtionsstrukturen und mit ihnen auch einer Rüstungs- und Militärpolitik, die die Aufrechterhaltung der zutiefst ungerechten «Disparitäten» stützen. Die Europäische Union gehört vom Beginn ihrer Geschich-

2 Wie sie schon in Marx' späteren Jahren einen besonders drastischen Ausdruck in den USA gefunden hatten. Marx sprach damals bereits von einer hier herrschenden «associated capital Oligarchie» (Marx [1877] 1970: 466), die seit dem Bürgerkrieg entstanden war.

te an zu der «ausgeheckten Struktur», was in keiner Weise Widersprüche, Konkurrenz und Interessenkämpfe mit den Herrschenden in den USA und eine alternative Entwicklung der EU ausschließt. Den in der EU Herrschenden und Lebendenden müsste allerdings klar werden, dass das Festhalten an der bestehenden Struktur aus ökologischen und legitimatorischen Gründen ihre eigene Sicherheit gefährdet. Diese Herrschenden sind wiederum wesentlich Kapitaloligarchien, welche die ebenfalls herrschenden Wirtschaftsstrukturen, die Produktions- und Konsumtionsstrukturen als solche hervorgebracht und ursprünglich bestimmt haben.

2 Acht Anmerkungen zur Gewaltproduktion durch die herrschende «Verteidigungs- und Sicherheitspolitik» in der Europäischen Union

Die Europäische Union bzw. ihre Vorgängerinnen waren zu keinem Zeitpunkt intentional ein Friedensprojekt. Allerdings haben sie faktisch Frieden unter ihren Mitgliedern gestiftet und gesichert, was durchaus nicht geringgeschätzt werden darf. Der jeweiligen Gründung bzw. dem Beitritt eines Mitgliedsstaates gingen militärische Aktivitäten voraus. Die Kontinuität des Militärischen zeigt sich in der gezielten Arbeit an militärisch nutzbaren Technologien, an Beiträgen zur Entwicklung der Rüstungsindustrie und zum Ausbau der Kampffähigkeit sowie in militärischen Kampfeinsätzen. Sie fand und findet innerhalb und in Kooperation mit der NATO statt und im eigenen «europäischen» Rahmen, der vor allem ein EU-Rahmen ist. Selbst offiziell blockfreie EU-Staaten haben an dieser Kontinuität mehr oder weniger großen und aktiven Anteil. Die Kontinuität des Militärischen erfuhr auch keinen Bruch oder eine Pause mit der Auflösung des Warschauer Paktes, im Gegenteil. Erklärte Anlässe für mehr militärische Aktivitäten hatten immer eine aktiv beeinflusste konkrete Vorgeschichte, die die Sicherheitsinteressen anderer ignorierte oder marginalisierte. Die Kontinuität des Militärischen bedeutet allerdings keine Kontinuität von zielgerichteter multilateraler Zusammenarbeit im Bereich militärischer Forschung und Aufrüstung. Auch folgte sie nicht einer gemeinsamen Arbeit an der Industriepolitik. Diese Kontinuität setzte erst nach dem Ende des Warschauer Paktes ein, wenngleich es schon seit dem Brüsseler Pakt 1948 bilaterale rüstungspolitische und rüstungswirtschaftliche Maßnahmen gab und seit 1950 Bemühungen, hierzu eine abgestimmte gemeinsame Politik zu entwickeln – also bereits vor der Gründung der «Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl». Zudem ist die Einheitliche Europäische Akte 1986 in diesem Zusammenhang von Bedeutung, da mit ihr die Weichenstellung in Richtung einer Stärkung der Position der Europäischen Gemeinschaft in der Welt erfolgte, womit ihre Rolle in der Weltwirtschaft und globale Handlungsfähigkeit auch im militärischen Sinne gemeint waren. Spätestens seit Erscheinen des ersten Berichts des Club of Rome 1972 und des Brundtland-Berichts 1986 muss von einer sehr bewussten Ignoranz der ökologischen Frage und der globalen Probleme und damit der Lebensinteressen der Mehrheit der Weltbevölkerung gesprochen werden.

1. Dass seit 1990/91 die sicherheits-, militär- und rüstungspolitischen wie die militärischen und rüstungswirtschaftlichen Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft und dann der Europäischen Union nicht nur zunahmen, sondern zunehmend als gemeinsame Aufgaben definiert und angegangen wurden bzw. werden, hat insbesondere drei eng miteinander zusammenhängende Gründe: erstens die bereits genannte Kursnahme auf Globalisierungsgewinne; zweitens die Ausnutzung von Krisen, internationalen Konflikten und Problemen durch die Herrschenden, um zulasten anderer die eigene Machtposition in den hierarchisierten internationalen und gesellschaftlichen Beziehungen zu stärken; drittens die spezifisch herrschaftspolitisch und kapitaldominant determinierte Reaktion auf globale Veränderungen, wozu selbstverständlich insbesondere das Ende des sogenannten Staatssozialismus gehört, und – nicht zuletzt – damit eng verbunden sowie auch daneben:

- neue Kräftekonstellationen in Weltregionen und zwischen ihnen;
- Bewegungen in den Geschlechter- und Generationenverhältnissen, in den Hierarchien nach ethnischer und sozialer Herkunft, kultureller und weltanschaulicher Zugehörigkeit;
- das Anwachsen der globalen Probleme auch und insbesondere der ökologischen;
- wissenschaftliche Entdeckungen und technologische Entwicklungen mit ihren Auswirkungen auf die Vergesellschaftung der Arbeit.

Die Interessenkämpfe zur Erlangung und Verteidigung von Vorteilen gegenüber den Kontrahenten mehren und verschärfen Unsicherheiten und Gewalt.

2. Die unter 1. thematisierte Kontinuität des Militärischen in der Entwicklung der EU erfuhr bzw. erfährt verschiedene Etappen und Intensitäten, die zum einen mit Kriegen zusammenhängen. Insbesondere sind hier anzusprechen der Zweite Golfkrieg, der Jugoslawienkrieg und der Afghanistankrieg sowie die Strategien, mit denen insbesondere auf Krisen reagiert wird: die im März 2000 vom damals sozialdemokratisch geprägten Europäischen Rat beschlossene Lissabon-Strategie, die die EU bis zum Jahre 2010 zur dynamischsten Wirtschaftsregion machen wollte, und ihre Nachfolgerin «Europa 2020».

Seit Annahme des Maastricht-Vertrages können eine wachsende Vielfalt und eine zunehmende Intensität, in der das Militärische zum Tragen kommt, ausgemacht werden: in vertraglichen und verbindlichen Festlegungen und ihrer Realisierung zum Auf- und Ausbau von militärischen Kapazitäten, in militärisch nutzbaren Infrastrukturprojekten, in der Außen- und Sicherheitspolitik, in Freihandelsabkommen, insbesondere in Assoziierungsabkommen und Vereinbarungen zum umfassenden Freihandel (AA/DCFT), in der Europäischen Nachbarschaftspolitik, in der Entwicklungspolitik, in der Handels- und Ausfuhrgenehmigungspolitik, in der Binnenmarktstrategie, in der Industrie- und Digitalisierungspolitik, in der Infrastruktur- und somit Investitionspolitik, in der Wissenschafts-, Forschungs- und Technologieentwicklungspolitik, in der unmittelbaren Rüstungsindustriepolitik, in der Versorgung mit Energie, Rohstoffen und Materialien, in der Schaffung von Institutionen außerhalb der Kontrolle

durch das Europäische Parlament, in einer spezifischen Handhabung von EU-Fördermitteln, in dem Einsatz von EU-Haushaltsmitteln und Ressourcen der Europäischen Investitionsbank, die teilweise den EU-Verträgen widersprechen.

Seit dem Europäischen Konvent (auch bekannt als «Konvent zur Zukunft Europas», Ende 2001 vom Europäischen Rat einberufen) kann zum einen ein systematisches Mainstreaming der Industriepolitik und insbesondere der Rüstungsindustriepolitik in den in gemeinsamer oder geteilter Verantwortung getragenen Initiativen und Programmen der EU-Institutionen und der Mitgliedsländer aufgezeigt werden. Eine gewisse Ausnahme ist die Haushalts- und Geldpolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion, wobei die Betonung auf «gewisse» liegt, weil sie letztendlich durchaus den Interessen der Rüstungskonzerne entgegenkommt, wenngleich es Restriktionen bei den Haushaltsausgaben gibt. Aber das Finanzkapital und mit ihm die Kapitaloligarchien werden gestärkt. Zum anderen kann eine zunehmende Kohärenz der Industrie-, Rüstungs- und Sicherheitspolitik festgestellt werden, vor allem bei der Entwicklung von Technologien und Infrastrukturen.

Der Konvent sollte die wichtigsten «Interessengruppen» der EU in eine große «Brainstorming-Übung» zur Frage der künftigen Ausrichtung der Europäischen Union einbeziehen. Im Rahmen ihres Prozesses hat die Arbeitsgruppe «Verteidigung» nicht nur viele Gespräche geführt, die Petersberg-Aufgaben von 1992³ aktualisiert, auf den Zusammenhang zwischen der «Entwicklung von (militärischen) Fähigkeiten» und der «Entwicklung von Rüstungsgütern» fokussiert, Einverständnis zu einer (seit Langem diskutierten) Verteidigungsagentur organisiert, einen Mechanismus zur Bewertung der militärischen Fähigkeiten und ihrer industriellen Grundlage erarbeitet und zwei Kriterien dafür zur Diskussion gestellt (der Anteil des Verteidigungsbudgets am BIP, insbesondere von Ausrüstungs- und Forschungsausgaben am Verteidigungshaushalt; die Vorbereitung auf den Einsatz von Streitkräften, einschließlich der Einsatzmöglichkeiten und ihrer Interoperabilität). Damit waren zugleich entsprechende Aktivitäten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften bzw. der Europäischen Kommission gefordert.

3. Der 1993 in Kraft getretene Maastricht-Vertrag forcierte die mit dem Europäischen Wirtschaftsraum (European Economic Area/EEA) beschlossene Ausrichtung der EU. Er orientierte ihre Entwicklung auf «ökonomische und politische Globalisierungsgewinne», auf Militarisierung sowie auf die Abschottung vor unliebsamen Geflüchteten und Migrant*innen.

In diesem Kontext enthält er Festlegungen zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion, zum Auf- und Ausbau militärischer Kapazitäten, zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, zur Industriepolitik und zu transeuropäischen Netzen.

3 Der Ministerrat der Westeuropäischen Union (WEU) hatte sich im Juni 1992 in Petersberg über die Aufgaben der EU verständigt. Diese Aufgaben umfassen den Einsatz von zivilen und militärischen Mitteln zur Vermeidung und Bewältigung von «Krisen». Die Verhandlungsergebnisse flossen später in die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union ein.

Im Zuge der widersprüchlichen Weiterentwicklung dieser Festlegungen in den Verträgen von Amsterdam, Nizza und Lissabon und damit auch der EU-Erweiterung bestimmen die Interessen der ökonomisch Stärksten noch mehr als zuvor die Politik, sind militärische und militärisch nutzbare Kapazitäten gewachsen, kam es zu einer Intensivierung von Repressionen, wurden Privatisierungen und Deregulierung forciert und wuchs das Gewicht spezifischer Allianzen mit staatlichen wie suprastaatlichen Akteuren in Gestalt von öffentlich-privaten Partnerschaften und Kapitaloligarchien. Das ging erneut mit letztendlich die sozialen, ökologischen und globalen Probleme mehrenden Entwicklungen der gesellschaftlichen Produktions-, Konsumtions-, Sozial- und Herrschaftsstrukturen einher.

Zugleich sind die Ungleichgewichte und Widersprüche innerhalb der EU, in Europa, aber auch innerhalb der NATO und zwischen der EU und den USA gewachsen. Damit schwanden aber auch gravierend die Möglichkeiten für gerechte, demokratische und zivile Problemlösungen, insbesondere für die Lösung von globalen Problemen. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden in einem immer schnelleren Tempo zerstört.

4. Die Lissabon-Strategie enthielt zwar eine explizite Aussage zur hochrelevanten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), aber keine explizite zur Industriepolitik.

- Die Mitteilung der Europäischen Kommission von 2002 zur Industriepolitik in der erweiterten EU sollte die Stärkung der Industrie nachdrücklich und nachhaltig auf die politische Tagesordnung der Union setzen und zum Gegenstand der offenen Methode der Politikkoordinierung machen (Commission of the European Communities 2002: 3 f. u. 25). Sie enthält eine Passage zur außerordentlichen Wichtigkeit der Verteidigungsindustrie, die stärker als die übrige Industrie von Staatsaufträgen abhängig sei, und plädiert für Innovationen in der gesamten Industrie. Dabei werden die Luft- und Raumfahrt sowie die Satellitenkommunikation besonders betont (ebd.: 34 f.).
- Die Europäische Kommission drängte auf globale Konkurrenzfähigkeit und kündigte deren ständige Analyse und Überwachung sowie Initiativen für ihre Steigerung an. Im März 2003 erschien dann die Mitteilung «Auf dem Weg zu einer Verteidigungsgüterpolitik der Europäischen Union» (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003), die die diesbezüglichen Mitteilungen 1996/97 fortsetzte. Im Unterschied zu diesen sollte die Mitteilung 2003 aber wirklich wirksam werden – nämlich die «europäische Rüstungsindustrie und ihre Marktposition» wie den «Beitrag Europas zur NATO» stärken.
- Die Kommission hatte ihrerseits Initiativen in folgenden Bereichen vorgeschlagen: Normung und Überwachung der verteidigungsrelevanten Industriezweige, innergemeinschaftliche Verbringung, mehr «Wettbewerb», Beschaffungsvorschriften, Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und Forschung.

- Die Kommission setzte auf eine Verteidigungsagentur (EVA) zur Koordinierung nationaler Kooperationsprogramme und zur Stärkung des Kooperationswillens. Hierzu heißt es: «Aus industrieller Sicht hängt das Überleben der industriellen Basis einer europäischen Verteidigungsindustrie, auf die sich die ESVP [Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik] stützen kann, nicht nur von einer erfolgreichen Konsolidierung der Industrie auf nationaler und europaweiter Ebene ab, sondern auch von transatlantischen Partnerschaften zwischen Unternehmen. Der gegenwärtig nur bruchstückhaft vorliegende rechtliche und ordnungspolitische Rahmen setzt der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen Grenzen oder zwingt sie zu Strategien und Allianzen, die die Union in eine ungünstige Lage versetzen. Da es Europa nicht gelungen ist, eine wettbewerbsfähige Basis der Verteidigungsindustrie zu erhalten, und eigenständige Konstruktions- und Innovationskapazitäten verloren gingen, sind die zur Verfügung stehenden Optionen begrenzt, was auf lange Sicht unweigerlich zu höheren Beschaffungskosten führen muss. Aus den genannten Gründen spricht vieles für eine besser koordinierte Politik der EU auf dem Gebiet der Verteidigungsgüter. Ebenso wie die ESVP eine Ergänzung der Verteidigungspolitik der einzelnen Staaten und der NATO darstellt, so würde auch eine EU-Verteidigungsgüterpolitik die jeweilige nationale Politik ergänzen.» (Ebd.: 6)
- Die Binnenmarktstrategie 2003 orientierte auf einen einheitlichen Rüstungsgütermarkt in der Europäischen Union. 2004 wuchsen zunächst die NATO, dann die EU um mittel- und osteuropäische Länder an. Im selben Jahr wurde die Europäische Agentur für Verteidigung gegründet: «Diese Agentur, die der Autorität des Rates untersteht und allen Mitgliedstaaten zur Beteiligung offen steht, soll die Verteidigungsfähigkeiten im Bereich der Krisenbewältigung entwickeln, die europäische Rüstungszusammenarbeit fördern und verstärken, die industrielle und technologische Basis der europäischen Verteidigung stärken und einen wettbewerbsfähigen europäischen Markt für Verteidigungsgüter schaffen sowie gegebenenfalls in Verbindung mit den Forschungstätigkeiten der Gemeinschaft die Forschung fördern, die auf die Führung bei strategischen Technologien für künftige Verteidigungs- und Sicherheitsfähigkeiten abzielt und damit das industrielle Potenzial Europas in diesem Bereich stärkt». (Europäischer Rat 2003)
- 2004 erschien das Grünbuch der Europäischen Kommission, um einen ordnungsrechtlichen Rahmen zur Beschaffung von Rüstungsgütern zu erarbeiten. 2004 wurde der Athena-Mechanismus als ständiger Mechanismus für die Verwaltung von Finanzmitteln zur Deckung von gemeinsamen Kosten aus Operationen zu militärischem oder verteidigungspolitischem Zweck im Rahmen der GASP geschaffen. Athena wird von einem Verwalter geführt und steht unter der Aufsicht eines Sonderausschusses. Dieser besteht aus Vertreter*innen der Mitgliedstaaten, die Beiträge zur Finanzierung der jeweiligen Operation leisten, und aus der Befehlshaberin der jeweiligen Operation («Operation Commander») sowie einem Rechnungsführer

und mindestens einer stellvertretenden Rechnungsführerin. Diese werden vom Generalsekretär des Rates der EU für jeweils drei Jahre ernannt. Der Sonderausschuss beschließt die Finanzvorschriften sowie die Regeln für die Einstellung von Personal und die Auftragsvergabe. Athena kann Bankkonten unterhalten, Vermögenswerte erwerben, besitzen oder veräußern, Verträge oder Verwaltungsvereinbarungen schließen und vor Gericht auftreten. Gesandte des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der EU-Kommission sind zu den Sitzungen des Sonderausschusses eingeladen, sind jedoch nicht abstimmungsberechtigt.

5. Der industriepolitische Arbeitsplan der Europäischen Kommission von 2005 enthält sektorübergreifende und sektorspezifische Aufgaben. Die Verteidigungsindustrie, die Luft- und Raumfahrtindustrie gelten hier explizit als «sektorspezifisch». Insbesondere seit dieser Zeit haben wir es mit einer Gleichzeitigkeit folgender Prozesse zu tun:
- Die Auseinandersetzung um die Um- bzw. Neuordnung des postsowjetischen Raumes, in kontinuierlicher Auseinandersetzung mit Russland;
 - Bestrebungen um verstärkten Einfluss auf die Nachbarschaft der EU im Sinne ihrer Stabilisierung im vorrangigem EU-Interesse;
 - Ringen der EU um strategische Unabhängigkeit derart, dass man sich nichts von den USA diktieren lässt und ein souveräner Partner ist, der entscheidet, wo es gemeinsame transatlantische Interessen und entsprechenden Handlungsbedarf gibt. Das gestaltet sich insbesondere in Bezug auf China schwierig: Die USA wollen sowohl den chinesischen als auch russischen Einfluss eindämmen und bekämpfen, aber für die EU ist China ein interessanter Markt und Wirtschaftspartner und man lebt gemeinsam mit Russland in Europa. Die USA fürchten ein stabiles Bündnis Russland-China, obwohl das den Weltfrieden stabilisieren könnte;
 - Streben nach technologischer Führerschaft und globaler Konkurrenzfähigkeit auf dem Gebiet der Industrie;
 - Bemühungen um einen Ausbau militärischer Fähigkeiten und ihrer industriellen wie infrastrukturellen materiell-technischen Basis;
 - Anstrengungen um internationale Verträge, die die eigene Entwicklung (besser) kalkulieren und «erfolgreich» gestalten lassen;
 - Reaktionen auf politische, gesellschaftliche und militärische Konflikte in Europa, in der EU-Nachbarschaft und weltweit;
 - Politiken in Reaktion auf Interessenwidersprüche und Probleme im eigenen Land und in der Europäischen Union, vor allem was die eigenen und gemeinsamen Interessen und Sichtweisen auf die zuvor genannten Probleme angeht. Derartige Interessenwidersprüche betreffen insbesondere das Zustandekommen und den Umfang des EU-Haushalts, die Vergemeinschaftung und Koordinierung von Politik, die Entwicklung und den Einsatz von Mitteln und Instrumenten der EU sowie die Berücksichtigung von Interessen und Problemen einzelner Mitgliedsländer. Hinzu kommen divergierende Sichten auf eine gebotene Berücksichtigung US-amerikanischer Interessen. Die insgesamt auftretenden Probleme haben sich seit Ausbruch

der globalen Finanzkrise 2008 und der Eurokrise 2010 wesentlich durch das Krisenmanagement vermehrt und weiter zugespitzt.

Einerseits ist die Europäische Kommission am stärksten um die Definition gemeinsamer Ziele und deren möglichst stringente, kohärente und reibungsarme Umsetzung bemüht. Sie entwickelt und gebraucht dafür auch spezifische Instrumente. Andererseits hat sie sich mit internen subjektiven und objektiven Widersprüchen, mit subjektiven und objektiven Widersprüchen zu anderen EU-Institutionen und insbesondere mit den Interessen der Mitgliedsländer auseinanderzusetzen.

2008 billigte der Lenkungsausschuss der EVA den ersten Plan zur Entwicklung der strategischen militärischen Fähigkeiten (CDP). Die Mitteilung der Europäischen Kommission 2008 «Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik» sollte als integriertes Maßnahmenpaket zur Förderung von mehr Ressourceneffizienz und weniger Ressourcenverbrauch wie Verschmutzung natürlicher Lebensbedingungen verstanden werden. Zudem ging es um die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie in der EU. Darüber hinaus brachte die Europäische Kommission die «Rohstoffinitiative» in die öffentliche Debatte ein. Ende 2008 nahm der Rat einen neuen Gemeinsamen Standpunkt an, der die gemeinsamen Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und -gütern von 1998 aktualisierte, sie selektiv präziserte und lockerte. Ende 2009 trat der Lissabon-Vertrag in Kraft. Er trieb die neoliberale Orientierung der EU-Entwicklung weiter und schrieb sie als solche fest. Ein demokratischer Politikwechsel und eine tatsächliche Demokratisierung sollten unmöglich werden.

Die «europäische Raumfahrtpolitik» zwecks «Förderung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts, der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der Durchführung ihrer Politik» (Europäische Union 2010: C83/128) wurde begründet. Zum einen wurde die im Maastricht-Vertrag verankerte Industriepolitik weiterentwickelt und insbesondere ihre Orientierung an den Erfordernissen der «Sicherheits- und Verteidigungspolitik» gestärkt. Dabei zeigt sich eine zunehmende Bedeutung der Arbeit mit Planungsinstrumenten. Die Westeuropäische Union wurde endgültig in die EU überführt und die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) zwischen Mitgliedstaaten ermöglicht, «die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander weiter gehende Verpflichtungen eingegangen sind». Die stark forcierte militärische Dimension der EU-Entwicklung findet besonders deutlichen Ausdruck in der Festlegung: «Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Die Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (im Folgenden Europäische Verteidigungsagentur) ermittelt den operativen Bedarf und fördert Maßnahmen zur Bedarfsdeckung, trägt zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors bei und führt diese Maßnahmen gegebenenfalls durch, beteiligt sich an der Festlegung einer europäi-

schen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung und unterstützt den Rat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten.» (Ebd.: C83/39) Als Aufgaben der Europäischen Verteidigungsagentur, die dem Rat untersteht, werden genannt:

a) bei der Ermittlung der Ziele im Bereich der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten und der Beurteilung, ob die von den Mitgliedstaaten in Bezug auf diese Fähigkeiten eingegangenen Verpflichtungen erfüllt wurden, mitzuwirken;

b) auf eine Harmonisierung des operativen Bedarfs sowie die Festlegung effizienter und kompatibler Beschaffungsverfahren hinzuwirken;

c) multilaterale Projekte zur Erfüllung der Ziele im Bereich der militärischen Fähigkeiten vorzuschlagen und für die Koordinierung der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Programme sowie die Verwaltung spezifischer Kooperationsprogramme zu sorgen;

d) die Forschung auf dem Gebiet der Verteidigungstechnologie zu unterstützen, gemeinsame Forschungsaktivitäten sowie Studien zu technischen Lösungen, die dem künftigen operativen Bedarf gerecht werden, zu koordinieren und zu planen;

e) dazu beizutragen, dass zweckdienliche Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors und für einen wirkungsvolleren Einsatz der Verteidigungsausgaben ermittelt werden, und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen.» (Ebd.: C83/276)

In der Mitteilung «An die Zukunft denken: Entwicklung einer gemeinsamen EU-Strategie für Schlüsseltechnologien» drängte die Europäische Kommission 2009 auf die Einrichtung einer hochrangigen Sachverständigengruppe, die eine gemeinsame langfristige Strategie zu Schlüsseltechnologien erarbeiten sollte. Diese legte einen Abschlussbericht mit elf politischen Empfehlungen vor, zu denen die Ausrichtung auf interne und externe Sicherheit gehörte. 2009 legte die Europäische Kommission eine Richtlinie über Vergabeverfahren im Bereich sensibler Verteidigungs- und Sicherheitsgüter (Richtlinie 2009/81/EG) und eine weitere über die Verbringung von Verteidigungsgütern (Richtlinie 2009/43/EG) vor. Diese bilden heute «den Eckpfeiler des europäischen Verteidigungsmarktes» (Europäische Kommission 2013: 5).

6. Der «Verteidigungsmarkt» korrespondiert mit der 2010 vereinbarten neuen Handelsstrategie. Diese orientiert sich an einer Investitions- und Industriepolitik, die auf Globalisierungsgewinne setzt, und an der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. «Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung» ist eine der sieben Leitinitiativen der Strategie «Europa 2020» (Europäische Kommission 2010a), der Nachfolgerin der Lissabon-Strategie bis 2010. «Digitale Agenda» (Europäische Kommission 2010b), «Cybersicherheit», «Ressourcensparendes Europa» und «Innovationsunion» sind weitere Leitinitiativen. Diese durchdringen einander – auch und insbesondere in den Schwerpunkten Rüstungsindustrie- und Sicherheitspolitik. So wird in der Leitinitiative «Innovationsunion» mit militärischem Ton gefordert, «dass wir als EU eine gemeinsame Front bilden müssen, wenn wir unsere Interessen

schützen müssen» (Europäische Kommission 2010c: 3 f.). Diese Interessen sind insbesondere «Sicherheitsinteressen». «Die EU-Sicherheitsindustrie hat mit einem stark zersplitterten Binnenmarkt und einer schwachen industriellen Basis zu kämpfen. Bei den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften sind große Unterschiede festzustellen und der Markt für Sicherheitsprodukte ist in hohem Maße diversifiziert [...]. Die Bereitstellung eines Sicherheitssystems erfordert eine enge Zusammenarbeit der Hersteller, Systemintegratoren und der Dienstleister mit den Kunden. Es ist von entscheidender Bedeutung, ein Schnellverfahren für die Genehmigung prioritärer Technologien zu entwickeln, weitere deutliche Fortschritte im Bereich der Harmonisierung und Normung zu erzielen, ein koordiniertes öffentliches Beschaffungswesen zu erwägen und die Forschung im Bereich der Sicherheitstechnologien, einschließlich der Dual-Use-Technologien zu beschleunigen. In der letzteren Frage wird die Kommission ihre Maßnahmen mit der Europäischen Verteidigungsagentur koordinieren.» (Europäische Kommission 2010d: 33)

Der «verbesserte und ehrgeizige europäische Ordnungsrahmen» für die Industriepolitik soll «aus zwei verschiedenen Strängen» bestehen:

- «einer ganzheitlichen und besser koordinierten Strategie für politische Entscheidungsfindungen auf europäischer Ebene mit Beteiligung der Kommission und der Europäischen Organe, insbesondere des Rats und des Europäischen Parlaments. Von besonderer Bedeutung sind hier die Koordinierung und Interaktion der verschiedenen Konzepte mit Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit;
- einer engeren Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten sowie der Überwachung der Erfolge und Leistungen politischer Konzepte im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten.» (Ebd.: 37)

Das bedeutet freilich: «mehr Staat, um in den globalen Märkten, in der globalisierten Wirtschaft konkurrenzfähig zu sein»; und dabei mehr systematische Suche nach Synergieeffekten und Kriterien, um erfolgreich überwachen und steuern zu können. 2011 richtete die Europäische Kommission eine Task Force zur Verteidigungsindustrie ein und 2012 erklärte der damalige Kommissionspräsident: «Die Welt braucht ein Europa, das in der Lage ist, mit militärischen Missionen zur Stabilisierung der Lage in Krisengebieten beizutragen.» (Barroso 2012) Das setze eine leistungsfähige Verteidigungsindustrie voraus. Im Sommer 2013 brachte dann die Europäische Kommission ihre Mitteilung «Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor» heraus (Europäische Kommission 2013). «Haushaltsbeschränkungen müssten durch eine intensivere Zusammenarbeit und eine effizientere Nutzung von Ressourcen aufgefangen werden, etwa durch die Unterstützung von Clustern, eine Spezialisierung auf bestimmte Aufgaben, gemeinsame Forschung und Beschaffung, einen neuen dynamischeren Ansatz für zivil-militärische Synergien und mehr Marktintegration.» (Ebd. 4) Das spreche nicht per se gegen nationale Entscheidungen über militärische Fähigkeiten. Die EU habe jedoch dabei auch einen wichtigen Beitrag zu leisten: «Sie kann mit ihren Strategien und

Instrumenten strukturelle Änderungen durchsetzen und bietet den Mitgliedstaaten den optimalen Rahmen dafür, gemeinsam ein angemessenes Maß an Autonomie zu wahren. Die Mitgliedstaaten verfügen über insgesamt etwa 1,6 Mio. Soldaten und jährliche Verteidigungsetats von 194 Mrd. EUR, so dass die EU im Einklang mit ihren Werten ein strategisch wichtiger Akteur auf der internationalen Bühne werden kann.» (Ebd.) Mit der Mitteilung fasste die Europäische Kommission bisherige einschlägige Rechtsvorschriften zusammen und entwickelte sie dahingehend weiter, dass sie versuchte, «mögliche Synergien [...] zu nutzen, die sich durch das Verschwimmen der Trennlinie zwischen Verteidigung und Sicherheit und zwischen dem zivilen und dem militärischem Bereich ergeben» (ebd.: 5). Ihre Maßnahmen zielten auf eine «weitere Vertiefung des Binnenmarktes für Verteidigung und Sicherheit», eine «Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB [verteidigungstechnologische und -industrielle Basis Europas] und auf eine optimale Nutzung zivil-militärischer Synergien (ebd.: 5 f.).

Die Kommission hatte keine Scheu, Militärisches und Ziviles miteinander zu vermengen. Ihr Aktionsplan enthielt den Bereich «Entwicklung von Fähigkeiten». Synergie und *dual use* wurden ihre Leitlinien. Es seien zwar die «meisten Raumfahrttechnologien, Raumfahrtinfrastrukturen und Weltraumdienste für zivile und militärische Zwecke gleichermaßen nutzbar» (ebd. 14), aber in der EU bestehe «kein struktureller Zusammenhang zwischen zivilen und militärischen Raumfahrtaktivitäten». Diese Trennung verursache «wirtschaftliche und politische Kosten, die sich Europa nicht mehr leisten kann. Sie wird noch dadurch verstärkt, dass Europa von Anbietern bestimmter kritischer Technologien aus Drittländern, die häufig Ausfuhrbeschränkungen unterliegen, abhängig ist» (ebd.). Wenngleich einige Raumfahrtfähigkeiten auch in Zukunft ausschließlich nationaler und/oder militärischer Kontrolle unterstehen würden, würden «in mehreren Bereichen zunehmende Synergien zwischen zivilen und Verteidigungsaktivitäten zu geringeren Kosten und mehr Effizienz führen». Das gelte auch für die Streitkräfte als «die größten öffentlichen Energieverbraucher» und vor allem Nutzer fossiler Energie, die ihren Ressourcenverbrauch reduzieren müssten (ebd.: 16). «Wir [wollen] ein integriertes Konzept sowohl für den zivilen als auch militärischen Bereich entwickeln, mit dem nahtlos alle Phasen des Nutzungszyklus der Fähigkeiten – von der Ermittlung des Bedarfs bis zum tatsächlichen Einsatz vor Ort – erfasst werden.» (Ebd.: 18 f.) Zugleich müssten ausländische Direktinvestitionen überwacht werden (ebd.: 17). Mit der Mitteilung «Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie» (Europäische Kommission 2014a) setzte die Kommission ihre Arbeit zum integrierten industriepolitischen Ansatz fort und orientierte auf eine stärkere Integration der Infrastrukturnetze, eine bessere Umsetzung und eine Vereinfachung der für Waren und Dienstleistungen geltenden Regeln, einen berechenbaren und stabilen rechtlichen Rahmen sowie eine moderne und effiziente öffentliche Verwaltung (ebd.: 3). Deren technologischen Prioritäten sollten sein:

- fortschrittliche Herstellungstechnologien,
- Schlüsseltechnologien (KET),
- biobasierte Produkte,
- umweltfreundliche Fahrzeuge und Schiffe,
- Bauwirtschaft und nachhaltige Rohstoffe,
- intelligente Netze und digitale Infrastrukturen (ebd.: 11 f.).

Diese Prioritäten seien entscheidend für die Steigerung der Internationalisierung der Unternehmen in der EU. Damit gerät erneut die Handelspolitik in den Fokus: «Die Handelspolitik ist ein Kernelement der Internationalisierungsagenda der EU, bei der es nicht nur um die Öffnung von Märkten geht, sondern auch darum, die Interessen der EU zu verteidigen und auf faire Wettbewerbsbedingungen auf Drittmärkten hinzuwirken. Die EU engagiert sich weiterhin für den Freihandel im Rahmen der WTO, [...] Parallel dazu verfolgt sie eine beispiellose Agenda für bilateralen Handel und Investitionen, wobei Freihandelsabkommen (FHA) derzeit das wichtigste Mittel zur Verwirklichung eines besseren Marktzugangs sind.» (Ebd.: 20 f.) Zugleich forderte die Kommission «Entschlossenheit zur Reindustrialisierung, zur Modernisierung der industriellen Basis Europas und zur Förderung eines wettbewerbsfähigen Rahmens für die EU-Industrie» (ebd.: 23).

Die Instrumente für die regionale Entwicklung müssten so mit den staatlichen und EU-Instrumenten kombiniert werden, dass Innovation, Qualifikationen und Unternehmerngeist maximal den industriellen Wandel gestalten und die Konkurrenzfähigkeit der EU-Wirtschaft steigern. Insgesamt sei «alles zu unternehmen, um die Integration der Unternehmen der EU in globale Wertschöpfungsketten zu erleichtern, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und den Zugang zu globalen Märkten zu günstigeren Wettbewerbsbedingungen zu sichern» (ebd.).

Nicht zufällig erschien kurz nach diesem auf Globalisierungsgewinne zielenden Dokument eine weitere Mitteilung zur Ausfuhrkontrollpolitik. «Ausfuhrkontrollen sind ein entscheidender Wettbewerbsfaktor, da sich die Wirtschaft Europas in Richtung einer innovativen Herstellung mit hoher Wertschöpfung entwickelt und die europäischen Wertschöpfungsketten ein fester Bestandteil weltweiter Wertschöpfungsketten sind. In diesem Zusammenhang schaffen unterschiedliche Kontrollniveaus in Drittländern Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil weltweit tätiger Unternehmen aus der EU. Außerdem gibt es nach wie vor einige Unterschiede bei den Kontrollparametern und Fälle von «asymmetrischer Durchführung» der Kontrollen, die zuweilen die kohärente Durchführung von Kontrollen und die Chancengleichheit innerhalb der EU beeinträchtigen.» (Europäische Kommission 2014b: 5) Im Interesse der eigenen Exporteure bzw. des eigenen Standortes sollte eine «Balance zwischen der notwendigen Regulierung des Handels und dem Abbau regulatorischer Hürden» (ebd.) gefunden werden. Die fortschreitende Vergesellschaftung der Arbeit, die zum einen mit neuen Technologien und neuen Produkten einhergeht und zum anderen eben in Form der Akkumulation von Finanzkapital erfolgt, er-

fordert eine Vergesellschaftung von einsetzbaren Geldmitteln bzw. eine spezifische Nutzung der Geldfunktion Kredit: «In Europa ist ausreichend Liquidität vorhanden, aber es mangelt an Investitionen [...]. Deshalb besteht die Herausforderung darin, private Investitionen und attraktive Projekte wieder zusammenzubringen [...]. Der neue «Europäische Fonds für strategische Investitionen» [EFSI] wird eine gezielte, risikoabdeckende Anschubfinanzierung für wirtschaftlich tragfähige Investitionen bereitstellen.»⁴ Der Einsatz des EFSI zur Realisierung des Juncker-Planes zur Mehrung von Infrastrukturinvestitionen geht mit der Einrichtung von weiteren öffentlich-privaten Partnerschaften einher. Diese aber bedeuten, dass die Vergesellschaftung von Geldmitteln zur weiteren Vergesellschaftung von Arbeit bzw. Wirtschaftstätigkeit als fortschreitende Privatisierung und Militarisierung erfolgt. Das ist durchaus gewollt, gerade in der Rüstungsforschung und bei der Entwicklung von Technologien. Schließlich sind hier die Kosten für Forschung und Entwicklung besonders hoch. Seit einer Ratsentscheidung von 2015 können kooperative Verteidigungsvorhaben und -programme von der Mehrwertsteuer befreit werden, wenn die EVA einen «Mehrwert» für die «gemeinsame Sicherheit in Europa» erkennt. Diesen Mehrwert strebt die Außenbeauftragte der EU konsequent an und sie will zugleich die erweiterte und intensiviertere Zusammenarbeit mit der NATO. Der dieser Zusammenarbeit dienenden Vereinbarung vom Juli 2016 folgten 42 konkrete Festlegungen im Dezember desselben Jahres. Der damalige Präsident Jean-Claude Juncker schlug vor, «bis 2025 eine Gigabit-Gesellschaft zu erschaffen» (Europäische Kommission 2016b).

7. Auf dem Gipfeltreffen in Bratislava im September 2016 beschlossen die Staats- und Regierungschefs die militärische Zusammenarbeit zu forcieren. Im Rahmen der EVA wurden gemäß Vereinbarung vom Oktober 2016 zum ersten Mal Mittel aus dem EU-Haushalt direkt für militärische Rüstung eingesetzt. Das Pilotprojekt ebnete den Weg zur vorbereitenden Maßnahme der Europäischen Kommission für die Verteidigungsforschung 2017 (PADR). Es gehe ja um mehr Sicherheit, Konkurrenzfähigkeit, wozu Digitalisierung wichtig sei und wobei wiederum öffentlich-private Partnerschaften helfen würden. «Derzeit decken ÖPP die gesamte digitale Wertschöpfungskette von Komponenten bis hin zu Anwendungen ab. Dazu gehören auch ÖPP für nanoelektronische Komponenten und eingebettete Software (ECSEL), Photonik, Robotik, 5G-Kommunikation, Hochleistungsrechner, Cybersicherheit (geplant) und Big Data.» (Europäische Kommission 2016a: 11) Die Kommission plane eine Reihe von Initiativen zur Förderung digitaler industrieller Plattformen der Zukunft. Plattformen seien als mehrseitige Zugänge zum Markt zu verstehen. Wechselwirkungen unter den Plattformen seien anzustreben. Dafür würden Mittel der Kohäsionspolitik genutzt, das Programm «Horizont 2020», die Fazilität «Connecting Europe» und das

4 Vgl. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-2128_de.htm.

Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME).

Im November 2016 berieten die Exekutivdirektoren von vier wichtigen europäischen Agenturen für Sicherheit und Verteidigung (Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit/ENISA, Europäisches Cyberkriminalitätszentrum von Europol/EC3, Ständiges Computer-Notfallteam der EU/CERT-EU und die Europäische Verteidigungsagentur) über Kooperationen im Bereich Cybersicherheit und -verteidigung. Im November 2016 veröffentlichte die Kommission ihren Aktionsplan für die Europäische Verteidigung mit dem Schwerpunkt Stärkung der Rüstungsindustrie. «Voraussetzung für eine stärkere europäische Verteidigung ist, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam das gesamte Spektrum der Land-, Luft-, Raumfahrt- und Seefähigkeiten erwerben, entwickeln und erhalten. In der «Globalen Strategie» für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (im Folgenden «Globale Strategie») wird eine Reihe prioritärer Bereiche bei den Verteidigungsfähigkeiten ermittelt, in die Europa investieren muss und für die es kollaborative Ansätze entwickeln muss: Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung, ferngesteuerte Flugsysteme, Satellitenkommunikation und autonomer Zugang zum Weltraum und zu ständiger Erdbeobachtung; militärische Spitzenfähigkeiten einschließlich der strategischen Grundvoraussetzungen sowie Fähigkeiten zur Gewährleistung von Cybersicherheit und maritimer Sicherheit.» (Europäische Kommission 2016b: 2) Damit aber «Europa» Fortschritte bei den genannten Herausforderungen erzielen könne, müsse es die Bedingungen für eine verstärkte Verteidigungszusammenarbeit weiter schaffen. Eine «starke, wettbewerbsfähige und innovative industrielle Basis der Verteidigung» würde «auch der gesamten Wirtschaft zugutekommen: Investitionen im Verteidigungsbereich haben einen erheblichen wirtschaftlichen Multiplikatoreffekt, was die Gründung von Spin-offs, Technologietransfers auf andere Wirtschaftszweige sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft» (ebd.: 2 f.). Allerdings müsse eben investiert werden, wobei die Europäische Kommission helfen will.

«Zum ersten Mal legt die Kommission nun einen Europäischen Aktionsplan im Verteidigungsbereich vor, in dessen Mittelpunkt der Bedarf an Verteidigungsfähigkeiten und die Unterstützung der europäischen Verteidigungsindustrie stehen. Dieser Aktionsplan besteht aus drei Hauptsäulen, die unterschiedlichen, aber sich ergänzenden Bedarf im Verlauf des Entwicklungszyklus der Verteidigungsfähigkeiten decken und auf Technologien und Produkte ausgerichtet sind:

- Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds,
- Ankurbelung von Investitionen in Lieferketten im Verteidigungsbereich,
- Ausbau des Binnenmarkts für Verteidigungsgüter.» (Ebd.: 6)

Dieser Europäische Verteidigungsfonds soll demgemäß «aus zwei verschiedenen, sich ergänzenden Finanzierungsstrukturen («Fenstern») bestehen, die schrittweise geschaffen werden sollen:

i) ein «Forschungsfenster» zur Finanzierung von Kooperationsforschungsprojekten im Bereich der Verteidigung auf EU-Ebene, das durch eine vorbereitende Maßnahme entwickelt werden soll und letztlich nach 2020 im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zu einem speziellen EU-Programm führen sollte;

ii) ein von den Mitgliedstaaten vereinbartes «Fähigkeitenfenster» zur Unterstützung der gemeinsamen Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, das durch die Bündelung nationaler Beiträge finanziert und, soweit möglich, aus dem EU-Haushalt unterstützt werden soll.

Das «Forschungsfenster» und das «Fähigkeitenfenster» werden sich ergänzen, aber ihr rechtlicher Charakter und die Finanzierungsquellen werden unterschiedlich sein. Diese «Fenster» werden durch einen Koordinierungsmechanismus in Form eines Koordinierungsausschusses ergänzt, in dem die Kommission, der Hohe Vertreter, die Mitgliedstaaten und die Europäische Verteidigungsagentur sowie gegebenenfalls die betreffende Branche vertreten sind. Hauptaufgabe des Koordinierungsausschusses wird es sein, für die Kohärenz zwischen dem «Forschungsfenster» und dem «Fähigkeitenfenster» zu sorgen, damit die von den Mitgliedstaaten vereinbarte Entwicklung der Fähigkeiten besser unterstützt wird.» (Ebd.: 6f.) Es sollten Synergien gefördert werden, um der Innovation in der Zivilwirtschaft allgemein einen Schub zu geben, zum Beispiel bei der Cyberabwehrtechnologie, ohne dass dabei Doppelstrukturen entstehen (ebd.: 8f.). Die Förderprogramme der EU und der EFSI sollen dafür eingesetzt werden. Damit und dafür wäre die Europäische Investitionsbank gefordert, die entsprechend ihres Gründungsstatuts sich jedoch nur zivil engagieren darf. Der Europäische Rat aber folgte auch hier der Kommission. Er beschloss einen entsprechenden konkreten Umsatzplan, die Einrichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) zur Stärkung der Verteidigung, die Einleitung einer koordinierten jährlichen Überprüfung der Verteidigung (CARD), den Aufbau einer militärischen Planungs- und Durchführungskapazität (MPCC) zur Verbesserung der Krisenbewältigungsstrukturen, die Stärkung des Krisenreaktionsinstrumentariums der EU, einschließlich der EU-Gefechtsverbände und der zivilen Fähigkeiten, sowie die Einrichtung des Verteidigungsfonds. Mit diesem wird also einerseits ein zusätzliches EU-Organ geschaffen, um die Rüstungsindustrie und den Ausbau der militärischen Fähigkeiten der EU zu forcieren. Andererseits wird der Einsatz öffentlicher Finanzmittel für eben diesen Ausbau massiv und zielgerichtet erhöht. Dabei wird öffentliches Recht zunächst umgangen und dann zunehmend verändert. Die Militarisierung und eine entsprechende Umdeutung der Verträge werden weiter über die «Europäische Friedensfazilität» forciert. Die Initiative der ehemaligen Hohen Vertreterin der EU, Federica Mogherini, zielte darauf, außerhalb des mehrjährigen Haushalts der EU einen zusätzlichen Fonds von 10,5 Milliarden Euro einzurichten. Er soll die Finanzierung von operativen Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen unterstützen. Über den Fonds werden bestehende außerbudgetäre Mechanismen zu-

sammengeführt: der Mechanismus Athena (siehe oben) und die Friedensfazilität für Afrika,⁵ um so Lücken zu schließen und bestehende Beschränkungen zu überwinden. Sinn und Zweck der Europäischen Friedensfazilität (EFF) ist es, die gemeinsamen Kosten von militärischen Missionen und Operationen der EU im Rahmen der GASP zu tragen und flexibles sicherheitspolitisches Agieren zu unterstützen. Der Mechanismus Athena konnte bisher nur bis zu zehn Prozent der Kosten für militärische Operationen über eine gemeinsame Finanzierung abdecken. «Bei der EFF soll der Anteil der gemeinsamen Kosten wesentlich erhöht werden, um mehr Solidarität zu garantieren.» (Europäische Kommission 2018a) Derzeit sind die Kapazitäten der EU für eine Beteiligung an militärischen oder «verteidigungspolitischen Maßnahmen» wie Kapazitätsaufbau und Bereitstellung von Ausbildung, Ausrüstung oder Infrastruktur vorgesehen. Die EFF aber soll «zum Ausbau der Kapazitäten von Streitkräften in Partnerländern zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Bewältigung von Sicherheitsbedrohungen beitragen» (ebd.). Die EFF ermöglicht nur Ausgaben, die wegen ihrer militärischen bzw. oder «verteidigungspolitischen» Ausrichtung gemäß Artikel 41 Absatz 2 EUV nicht aus dem Haushalt der Union finanziert werden dürfen. Die EFF wird aus Beiträgen der EU-Mitgliedstaaten anhand eines Bruttonationaleinkommen-Verteilungsschlüssels finanziert. Die Mittelobergrenze von 10,5 Milliarden Euro gilt für einen Zeitraum, der dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) entspricht (ebd.).

8. Das Europäische Parlament hat seine Möglichkeiten, die Militarierungsstrategie zu stören, nicht genutzt. Die europäischen Institutionen haben diese Strategie insbesondere seit 2016 weiter forciert. Im Mai 2019 erörterte der Rat die Fortschritte von PESCO nach dem ersten vollen Jahr ihrer Realisierung. Er registrierte a) Fortschritte bei der Erhöhung der Verteidigungshaushalte und der gemeinsamen Verteidigungsinvestitionen, wobei die aggregierten Verteidigungshaushalte 2018 um 3,3 Prozent und 2019 um 4,6 Prozent wuchsen; b) dass die teilnehmenden Mitgliedstaaten⁶ zunehmend die vielfältigen Instrumente, Initiativen und Maßnahmen der EU für die nationale Verteidigungsplanung nutzen, so CARD und das Europäische Programm für die industrielle Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP); c) dass die teilnehmenden Länder mit den Vorbereitungen für den Europäischen Verteidigungsfonds begonnen haben, der EDIDP für den Zeitraum 2021 bis 2027 ersetzen soll. Der Rat empfahl den teilnehmenden Mitgliedstaaten, sich auf die rasche und wirksame Durchführung der 34 PESCO-Projekte zu konzentrieren, und sicherte maximale Kohärenz mit entsprechenden NATO-Prozessen zu (Europäischer

5 Ebenfalls 2004 wurde die Afrikanische Friedensfazilität (AFF) für die Förderung von Friedensmissionen der Afrikanischen Union eingerichtet. Diese wurde aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanziert, denn: Nach den Verträgen über die Europäische Union dürfen Militäreinsätze nicht aus Gemeinschaftsmitteln bezahlt werden. Der EEF ist nicht Teil des EU-Haushalts. Er wird von den Mitgliedstaaten direkt finanziert und unterliegt somit anderen Regeln.

6 Hierzu gehören alle EU-Mitglieder außer Dänemark, Malta und das Noch-Mitglied Großbritannien.

Rat 2019a). Ebenfalls im Mai 2019 wurde die «Östliche Nachbarschaft» zehn Jahre alt: Fünf der sechs östlichen Partnerländer sind von Konflikten betroffen. Die Ukraine, Georgien und Moldawien beteiligen sich mit finanzieller Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten an den ESVP-Missionen und -Operationen der EU. In der südlichen Nachbarschaft toben Kriege und blutige Konflikte.

Im Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament einigten sich die Staatschefs auf die deutsche Verteidigungsministerin, die ungeachtet vieler zutage getretener teurer «Pannen» das Militärische bedeutend forcierte, als Kandidatin für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission. In ihrem Bewerbungspapier schrieb sie u. a.: «Die NATO wird immer der Eckpfeiler der kollektiven Verteidigung Europas sein. Wir werden transatlantisch bleiben und europäischer werden [...]. Wir brauchen in den nächsten fünf Jahren weitere mutige Schritte hin zu einer echten Europäischen Verteidigungsunion. Im Rahmen des nächsten langfristigen EU-Haushalts beabsichtige ich, den Europäischen Verteidigungsfonds zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung der Fähigkeiten zu stärken. Damit werden wir unseren High-Tech-Industrien und anderen Teilen unserer Wirtschaft große neue Möglichkeiten eröffnen [...]. Wir brauchen ein integriertes und umfassendes Konzept für unsere Sicherheit. Deshalb sollte Europa auf globaler Ebene bei den Vereinten Nationen in unserer Nachbarschaft eine umfassende und aktive Rolle spielen, insbesondere durch eine engere Partnerschaft mit Afrika. Europa muss Afrika dabei unterstützen, eigene Lösungen für Herausforderungen wie Instabilität, grenzüberschreitenden Terrorismus und organisierte Kriminalität zu konzipieren und umzusetzen [...]. Ernsthafte und akute hybride Bedrohungen sind Realität geworden. Die Europäische Union muss ihre Reaktion und Widerstandsfähigkeit verstärken.» (Leyen von der 2019: 19)

Damit machte Ursula von der Leyen klar, dass sie die «Sicherheitspolitik» weiter ausgehend von den Interessen der in der EU Herrschenden betreiben und insbesondere Militarisierung forcieren will. Den High-Tech-Industrien soll dabei ein zentraler Stellenwert zukommen. Von der Leyen will die europäische Industriepolitik aktualisieren und einen Plan für «unsere neue Industriestrategie» (ebd.: 5) vorlegen. Einen europäischen Green Deal ankündigend, schrieb sie: «Der Erhalt und die Wiederherstellung unseres Ökosystems müssen unsere gesamte Arbeit bestimmen. Wir müssen neue Standards für die biologische Vielfalt setzen, die sich auf Handel, Industrie, Landwirtschaft und Wirtschaftspolitik erstrecken.» (Ebd.: 7) Das wäre durchaus innovativ, wären die primären Prioritäten nicht de facto globale Konkurrenzfähigkeit und eine egoistische und insbesondere militärisch verstandene «Sicherheit». So aber werden weder das Klima noch die Biodiversität «gerettet».

Der Rat der Verteidigungsminister*innen nahm im November 2019 eine aktualisierte Liste von 13 Projekten an, die im Rahmen von PESCO durchgeführt werden sollen. Damit erhöht sich die Zahl der derzeit laufenden Projekte auf 47 (Europäischer Rat 2019b). Etwa zwei Wochen später verabschiedete die Europäische Kommission ihre «strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbs-

fähige und klimaneutrale Wirtschaft – Ein sauberer Planet für alle» (Europäische Kommission 2018b). Damit folgt sie dem Grundsatzpapier von der Leyens. Ebenfalls am 28. November 2019 veröffentlichte die Kommission Empfehlungen einer Expertengruppe zur Umgestaltung der energieintensiven Industriezweige in der EU. Es gehe um «das richtige Gleichgewicht zwischen Europas ehrgeizigen Klimazielen und dem Bedarf unserer Industrie mit Blick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit» (Europäische Kommission 2019a).

Der Input der Expertengruppe, der die einander ausschließenden Ziele Klimaschutz und Konkurrenzfähigkeit miteinander verbinden soll, ging in den «Europäischen Grünen Deal» der Kommission ein. Dieser soll auch die 2020 zu beschließende industriepolitische Strategie der EU entscheidend prägen. Bei diesem Grünen Deal handelt es sich um «eine neue Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist» (Europäische Kommission 2019b: 2). In dem Dokument heißt es weiter: «Die EU erkennt [...] an, dass die globalen Klima- und Umweltprobleme einen erheblichen Bedrohungsmultiplikator und eine Quelle für Instabilität darstellen. Der ökologische Wandel wird die Geopolitik, d. h. globale wirtschaftliche, handelspolitische und sicherheitspolitische Interessen, neu gestalten, was für eine Reihe von Staaten und Gesellschaften mit Herausforderungen verbunden sein wird. Die EU wird mit allen Partnern zusammenarbeiten, um die Resilienz in den Bereichen Klima und Umwelt zu steigern, damit diese Herausforderungen keine Konflikte, Ernährungsunsicherheit, die Vertreibung der Bevölkerung und Zwangsmigration verursachen, und sie wird sich weltweit für einen gerechten Übergang einsetzen. Die Auswirkungen der Klimapolitik sollten zu einem integralen Bestandteil der Überlegungen und Maßnahmen der EU in Bezug auf externe Angelegenheiten werden, auch im Kontext der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. (Ebd.: 26)

Der Europäische Rat vom Dezember 2019 begrüßte dies, an den eigenen und gemeinsamen egoistischen und eurozentristischen Zielen festhaltend.

3 Konsequenzen für sozialistische Politik

Zunächst einmal wäre die Analyse fortzusetzen und es wäre zu diskutieren, inwiefern sie die eigene Situation einer umfassenden politischen Defensive erklären kann. Diese drückt sich insbesondere darin aus, dass es in der Gesellschaft keine ständige, über die eigenen politischen Aktionsfelder hinausgehende emanzipatorisch-solidarische Diskussion über Alternativen zur vorherrschenden gesellschaftlichen Lebensweise gibt, etwa über technisch-technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt oder auch über konkrete Lösungen für Kriege bzw. gewaltförmig ausgetragene Konflikte. Weil es diese Diskussion im Grunde genommen nicht gibt, kommt es auch kaum zu lang- und

längerfristig angelegten politischen Kampagnen, wenngleich es durchaus viele Aktivitäten und Interventionen gibt, die insbesondere auf die Probleme Wohnen, Klima, Xenophobie, Faschismus und Rassismus eingehen. Diese Aktionen wären selbstverständlich zunächst zu unterstützen, denn nur sie können einen Beginn für politikwirksame Debatten über demokratische gerechte und somit nachhaltige Problemlösungen anbieten. Allerdings muss den Initiator*innen klar werden: Sie brauchen immer wieder ein plausibles Verständnis von Fortschritt und damit auch einen konkreten Ausgangspunkt für die Arbeit an radikaler Gesellschaftskritik und an der Erarbeitung und Propagierung von radikalen gesellschaftlichen Alternativen. Dieses Verständnis kann bzw. muss bei der Vergesellschaftungsweise ansetzen: Fortschritt bedeutet reale gesellschaftliche Bewegung hin zu sozialer Gleichheit in Freiheit, zu Selbstbestimmung in solidarischem Miteinander und damit im Ringen um Erhalt und Gesundung der natürlichen Lebensbedingungen. Da geht es konkreter um Frieden, um körperliche und seelische Unversehrtheit, um demokratische Partizipation, um sinnvolle Arbeit und um deren gesellschaftliche Anerkennung, um Bildung, um Wohnen, Mobilität, Gesundheit und Pflege, um Freizeit – und all das innerhalb einer intakten Natur.

Das ist nicht neu, und auch der Ruf nach den sozialen und dezidiert politischen Bündnissen all jener, die das für sich wie auch für jede und jeden ernsthaft wollen, ist nicht neu. Aber es gibt eben kaum den ständig, individuell und kollektiv gelebten Willen zu diesen Zielen und Bündnissen, der sich in gelebten individuellen und kollektiven Prinzipien ausdrückt und damit in der Organisation von entsprechenden gesellschaftlichen Zusammenhängen. Diese existieren nicht virtuell und können nur sehr bedingt auf digitalem Weg zustande kommen.

Sie müssen ihren Ausgangs- oder Verankerungspunkt lokal haben und zugleich immer wieder auf ihr Wachstum angelegt sein. Und das wäre immer ein Sichwehren dagegen, konkurrieren zu müssen, unsolidarisch und antiökologisch sein zu müssen, was Selbstkritik bedarf und voraussetzt. Schließlich können nur im Ringen um demokratische, ökologische und globale Standards sowie um konkrete Problemlösungen Bündnisse entstehen. Auf der Ebene der EU und der einzelnen Mitgliedstaaten durchzusetzende Abkommen – wie das Pariser Klimaabkommen und die UN-Vereinbarung zu den «Global Sustainability Development Goals» 2030 – könnten ein möglicher Ausgangs- oder vielleicht auch Kulminationspunkt für solche Bündnisse, alternative Bewegungen und verschiedene Aktivitäten sein. Selbstverständlich sind die Abkommen kritikwürdig, aber ihre Kritik wäre so zu führen, dass die in der Europäischen Union Herrschenden dadurch aus der EU heraus angegriffen würden. Die Herrschenden sind nun einmal Kapitaloligarchien, die zum Beispiel über Kampagnen zu *revolving doors* (dem schnellen Wechsel von Spitzenpolitiker*innen «in die Wirtschaft») vielleicht etwas geärgert, aber nicht machtpolitisch erschüttert werden können. Man kann aber derartige Kampagnen (radikaler sind die zu Regeln für transnationale Konzerne und gegen das NATO-Großmanöver 2020) durchaus auch kritisch so führen, dass sie auf die beiden genannten Abkommen und damit auf

breite gesellschaftspolitische Bündnisse fokussieren. Und diese Aktivitäten kann man immer wieder mit radikaler Gesellschaftskritik und mit der Debatte über Fortschritt verbinden.

Dies alles haben wir freilich schon häufig formuliert und auch aufgeschrieben. So findet hier zwangsläufig eine gewisse Wiederholung statt, die erst aufhören kann und darf, wenn in der Diskussion endlich zweierlei miteinander verbunden wird: erstens die Auswertung von in praktischen Kämpfen und politischen Auseinandersetzungen individuell und kollektiv gesammelten Erfahrungen und zweitens der Bezug dieser Erfahrungen auf die radikale Kritik des eigenen Lebensstils, der gesellschaftlichen Lebensweise, der Art und Weise von Vergesellschaftung, wie sie von der herrschenden Produktionsweise geprägt wird. Dabei können die sozialistischen Kräfte durchaus immer noch wichtige Hilfen bei Marx, Engels und Luxemburg finden, vorausgesetzt, sie suchen diese in Marx', Engels' und Luxemburgs wissenschaftlicher Methode und in ihrem Politikstil: Sie haben eben wirklich ein humanistisches Menschenbild, eine kritische Forschungsweise, eine auf selbstbestimmtes Denken und solidarisches Handeln zielende politische Bildung, eine selbstkritische Reflexion und eine Neues ermöglichende Politik als zusammengehörig gelebt.

Literatur

- Amtsblatt (2008): Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern, L 335/99–103, Brüssel.
- Amtsblatt (2013): Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität «Connecting Europe», zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010, L 348/129 ff., Brüssel.
- Amtsblatt (2014): Richtlinie 2014/61 des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation, L 155/1 ff., Brüssel.
- Barroso, José Manuel Durão (2012): Rede zur Lage der Union 2012, 12.9.2012, unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_12_596.
- Bhagwat, Vishnu (2010): The Weaponization of Space: Corporate Driven Military Unleashes Pre-emptive Wars, Oktober 2010, unter: www.globalresearch.ca/the-weaponization-of-space-corporate-driven-military-unleashes-pre-emptive-wars/21432.
- Commission of the European Communities (2002): Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the Economic and Social Committee and The Committee of the Regions, Industrial Policy in an Enlarged Europe, COM (2002) 714 final, Brüssel.
- Europäische Kommission (2010a): Mitteilung der Kommission, Europa 2020, Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM (2010) 2020 endgültig, Brüssel.

- Europäische Kommission (2010b): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, an den Rat, an den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Eine digitale Agenda für Europa, KOM (2010) 245, Brüssel.
- Europäische Kommission (2010c): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, an den Rat, an den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Leitinitiative der Strategie Europa 2020, Innovationsunion, SEK (2010) 1161, Brüssel.
- Europäische Kommission (2010d): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, an den Rat, an den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung, Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit 1272, SEK (2010) 1276, Brüssel.
- Europäische Kommission (2013): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor, COM (2013) 0542 final, Brüssel.
- Europäische Kommission (2014a): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, an den Rat, an den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie, {SWD (2014) 14 final}, Brüssel.
- Europäische Kommission (2014b): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Die Überprüfung der Ausfuhrkontrollpolitik: in einer Welt des Wandels Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten, COM (2014) 0244 final, Brüssel.
- Europäische Kommission (2016a): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, an den Rat, an den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Digitalisierung der europäischen Industrie – Die Chancen des digitalen Binnenmarkts in vollem Umfang nutzen, {SWD (2016) 110 final}, Brüssel.
- Europäische Kommission (2016b): Pressemitteilung: Lage der Union 2016: Europäische Kommission ebnet den Weg für den Ausbau und die Verbesserung der Internetanbindung – zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen, 4.9.2016, Straßburg.
- Europäische Kommission (2016c): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, an den Rat, an den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan, COM (2016) 950 final, Brüssel.
- Europäische Kommission (2018a): Europäische Friedensfazilität, Ein außerbudgetärer EU-Fonds für die Friedensförderung und die Stärkung der internationalen Sicherheit, 13.6.2018, Brüssel.
- Europäische Kommission (2018b): Kommission fordert klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050, 28.11.2018, Brüssel.

- Europäische Kommission (2019a): Klimaneutral werden: Empfehlungen einer Expertengruppe sollen energieintensive Industriezweige bei der Erreichung des EU-Ziels 2050 unterstützen, 28.11.2019, Brüssel.
- Europäische Kommission (2019b): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, an den Rat, an den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Der europäische Green Deal, COM (2019) 640 final, Brüssel.
- Europäische Union (2010): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in: Amtsblatt der Europäischen Union, Mitteilungen und Bekanntmachungen, C83, Brüssel.
- Europäischer Rat (2003): Rat der Europäischen Union, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 11638/03, POLGEN 55, 1.10.2003, Brüssel.
- Europäischer Rat (2019a): Defence Cooperation: Council assesses progress made in the framework of PESCO after first year of implementation, 14.5.2019, Brüssel.
- Europäischer Rat (2019b): Defence Cooperation: Council launches 13 new PESCO projects, 12.11.2019, Brüssel.
- Gerstenberger, Heide (2016): Markt und Gewalt: Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus, Münster.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Europäische Verteidigung – Industrie- und Markt Aspekte – Auf dem Weg zu einer Verteidigungsgüterpolitik der Europäischen Union, KOM (2003) 113 endgültig, Brüssel.
- Leyen, Ursula von der (2019): A Union that strives for more, My agenda for Europe Political Guidelines for The Next European Commission 2019–2024, Brüssel.
- Marx, Karl ([1877] 1970): Marx an Engels in Ramsgate, London, 25.7.1877 (1470), MEGA, Dritte Abteilung, Bd. IV, Taunus, S. 466–468.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich ([1845/46] 1978): Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: MEW, Bd. 3, Berlin, S. 9–530.
- Marx, Karl/Engels Friedrich ([1890] 1991): Zur Kritik der politischen Ökonomie, Das Kapital, Erster Band, Das Kapital und Vorarbeiten, MEGA, Zweite Abteilung, Bd. 10, Berlin.
- Stamm, Malte (2011): Das koloniale Experiment Der Sklavenhandel Brandenburg-Preußens im transatlantischen Raum 1680–1718, Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. Phil) durch die Philosophische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

DIE AUTOR*INNEN

Judith Dellheim ist promovierte Politökonomin, Referentin am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied des Steering Committee EuroMemo Group (Europäische Arbeitsgruppe alternativer Wirtschaftswissenschaftler*innen).

Claude Serfati ist Professor der Wirtschaftswissenschaften, Wissenschaftler am Institut de Recherche Économique et Sociale, Friedensaktivist und aktiv bei Attac France.

Ingar Solty ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fellow des Instituts für kritische Theorie e. V. und Redakteur bei der Zeitschrift *LuXemburg*.

«Die Gleichsetzung von Sicherheit und Entwicklung, Militärausgaben und zivilen Zielsetzungen veranschaulicht, wie die EU im Rahmen ihrer «Entwicklungshilfepolitik» als übergeordnete Struktur zur Unterstützung ihrer Mitgliedsstaaten fungiert, die ihre spezifischen Interessen in jenen Ländern verfolgen, in denen sie bereits seit Langem wirtschaftlichen Einfluss ausüben. Dies dürfte den irreführenden Diskurs über das Wesen der EU als *soft power* als höchst fragwürdig entlarven.»

Claude Serfati